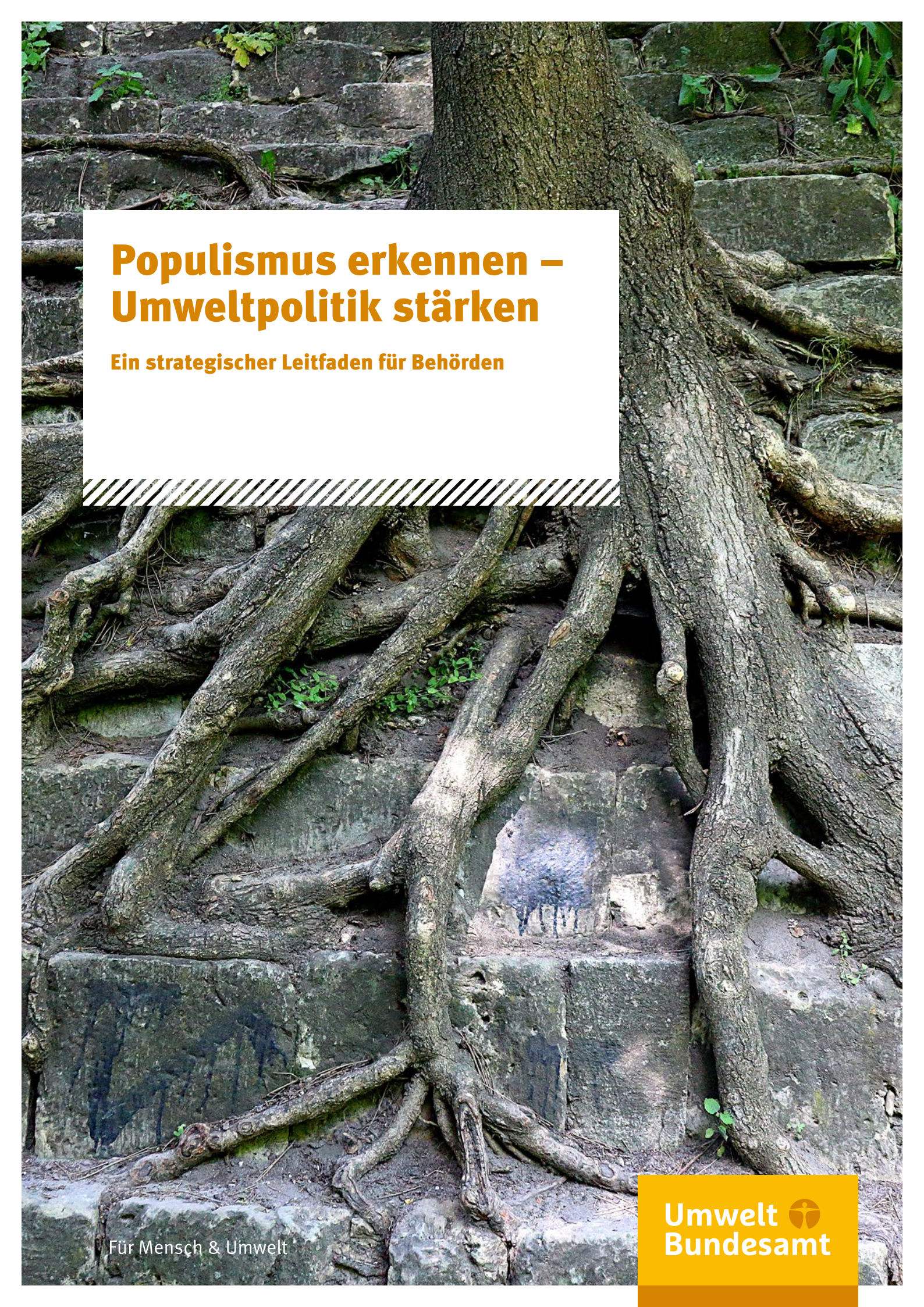




Populismus erkennen – Umweltpolitik stärken

Ein strategischer Leitfaden für Behörden

Für Mensch & Umwelt

Umwelt 
Bundesamt



POPULISMUS ERKENNEN – UMWELTPOLITIK STÄRKEN

**Ein strategischer Leitfaden
für Behörden**

Inhalt

1. Das Wichtigste auf einen Blick	5
2. Grundsätze des BMUKN und seines Geschäftsbereichs	10
3. Hintergrund: Populismus als Herausforderung für die Umweltpolitik	12
3.1 Was ist Populismus und wie wirkt er?	13
3.2 Die populistische Herausforderung für die Umweltpolitik	15
3.3 Erklärungsansätze für umweltregressiven Populismus	18
4. Prinzipien und Handlungsfelder für eine souveräne Umweltpolitik	22
5. Acht Handlungsansätze	30
5.1 Soziale Folgenabschätzung in der Politikgestaltung verankern	32
5.2 Mithilfe emotionaler Erzählungen positive Zukunftsperspektiven vermitteln	39
5.3 Komplexe Inhalte in bürgernaher Sprache kommunizieren	45
5.4 Kompetenzen zu digitalen und sozialen Medien aufbauen und stärken; Desinformation durch Community-Management entgegenwirken	49
5.5 Bürgerbeteiligung effektiv, verstärkt und passgenau für Umweltpolitik nutzen	54
5.6 Allianzbildung mit der Zivilgesellschaft (und anderen gesellschaftlichen Organisationen) stärken	59
5.7 Schulungs- und Beratungsangebote aufbauen und stärken; Betroffene schützen	66
5.8 Umwelt- und demokratiepolitische Bildung stärker verzahnen	70
6. Ausblick	74
7. Quellenverzeichnis	76
8. Abkürzungsverzeichnis	82

1

**Das Wichtigste
auf einen Blick**



Unsere Gesellschaft steht vor einer wachsenden Transformationsaufgabe. Planetare ökologische Krisen wie die Klimakrise, das Artensterben, Umweltverschmutzung und der Verlust fruchtbarer Böden bedrohen unsere Lebens- und Wirtschaftsweise grundlegend. Die sozial-ökologische Transformation, die diesen Herausforderungen begegnen soll, erfordert tiefgreifende Veränderungen in Bereichen wie Produktion, Mobilität, Wohnen, Ernährung, Arbeit und Freizeit.

Solche Umbrüche lösen Unsicherheit, Angst, Veränderungsmüdigkeit und Konflikte aus. Gegner*innen einer ambitionierten Umwelt- und Klimapolitik greifen diese nicht nur auf, sondern instrumentalisieren sie bewusst für die eigene politische Agenda. Populistisch intervenierende Akteur*innen nutzen wahrgenommene oder tatsächliche Zielkonflikte (wie zum Beispiel zwischen Energiewende und Naturschutz), persönliche Betroffenheit oder Veränderungsmüdigkeit, um gegen umwelt- und klimapolitische Bestrebungen zu mobilisieren.

Die sachliche Debatte über den Kurs der sozial-ökologischen Transformation gehört zur demokratischen Auseinandersetzung. Problematisch wird es, wenn Populismus genutzt wird, um evidenz-basiertes Handeln zu diskreditieren, Institutionen zu schwächen und Misstrauen gegenüber dem Staat zu schüren. Dann wird Populismus zur gesamtgesellschaftlichen Herausforderung.

Gleichzeitig ist oft unklar, was mit Populismus überhaupt gemeint ist. Der Begriff wird vielfältig verwendet – in Wissenschaft, Medien und Alltag –, häufig unscharf oder als politischer Kampfbegriff.

Dieser Leitfaden will deshalb Orientierung bieten: Er erläutert, was Populismus ist, wie er wirkt und welche Rolle er in der Umweltpolitik spielt. Vor allem zeigt er Handlungsansätze für den Umgang mit populistischen Interventionen für Mitarbeitende der Umweltverwaltung auf.¹ Am Leitfaden haben über 30 Teilnehmer*innen im Rahmen von fünf Werkstätten und Workshops mitgewirkt (siehe Fußnote auf S. 8). Zusätzlich war ein Projektbeirat eingebunden, dem acht Expert*innen aus Forschung und Praxis angehörten.

Warum ist Populismus ein Problem für die Umweltpolitik?

Im Bereich der Umweltpolitik werden populistische Erzählungen zunehmend genutzt, um Umweltschutz insgesamt als auch das Handeln umweltpolitischer Institutionen grundlegend infrage zu stellen.² Anders als sachlich begründete Kritik greifen populistische Interventionen gezielt politische Akteur*innen und Institutionen an – mit dem Ziel, umweltpolitisches Handeln zu blockieren oder ganz zu verhindern.

Besonders problematisch wird es, wenn sich (rechts-)extremistische Kräfte populistischer Narrative bedienen. In diesen Fällen richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Umweltpolitik, sondern gegen die Demokratie selbst. Hier verläuft die Grenze zwischen legitimer Kritik und Populismus: Populist*innen geht es nicht um konstruktive Verbesserungen, sondern um die grundsätzliche Delegitimierung von (Umwelt-)Politik und Institutionen der liberalen Demokratie.

Zu diesem Zweck instrumentalisieren populistisch intervenierende Akteur*innen bestehende Zielkonflikte im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz – etwa Fragen der Kostenverteilung. Kennzeichnend ist der Einsatz emotionalisierender Sprache, dauerhafter Krisenrhetorik, übermäßiger Vereinfachung und teils von Verschwörungserzählungen.

Populistische Interventionen zeigen sich in unterschiedlichen Formen: mediale Kampagnen, eine Flut parlamentarischer Anfragen oder persönliche Angriffe auf umweltpolitische Akteur*innen. Ziel ist es, Verwaltungsprozesse zu verlangsamen, Vertrauen in umweltpolitische Institutionen zu untergraben und Umweltpolitik insgesamt zu delegitimieren.

Extremistische Akteur*innen³ nutzen Populismus zudem als kommunikatives Mittel zur Verfolgung antidemokratischer Ziele. Eine Abgrenzung zum Extremismus und dessen Berücksichtigung in dieser Broschüre findet sich im Textkasten „Zum Fokus der Strategie: (Rechts-)Extremismus vs. Populismus“, S. 19.

1 Die Inhalte dieser Broschüre entstanden im Rahmen des Projekts „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ (Laufzeit 2022-2025), das vom UBA und BMUV beauftragt wurde. Ziel des Vorhabens war es, wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Strategien für den Umgang mit populistischen Interventionen in der Umweltpolitik und Umweltverwaltung zu entwickeln. Inhaltlich und methodisch umgesetzt wurde das Projekt von der ifok GmbH und dem Progressiven Zentrum. Die Evaluation übernahm das Öko-Institut.

2 Populistische Narrative lassen sich grundsätzlich in vielen Politikbereichen beobachten (siehe „Exkurs: Populismus als dünne Ideologie“, S. 14). Dieser Leitfaden legt den Fokus auf die spezifischen Herausforderungen für die Umweltpolitik.

3 Als populistisch intervenierende Akteur*innen bezeichnen wir all jene, die sich populistischer Narrative bedienen. In der Praxis können dies unter anderem sein: Einzelpersonen, Parteien und ihre Mitglieder, Boulevard-Medien, klimawandel-skeptische Vereine, zum Teil libertäre und marktradikale Institute und fossile Lobbygruppen sowie extremistische Gruppierungen. Zur Unterscheidung von Populismus und Extremismus siehe Textkasten auf Seite 19.



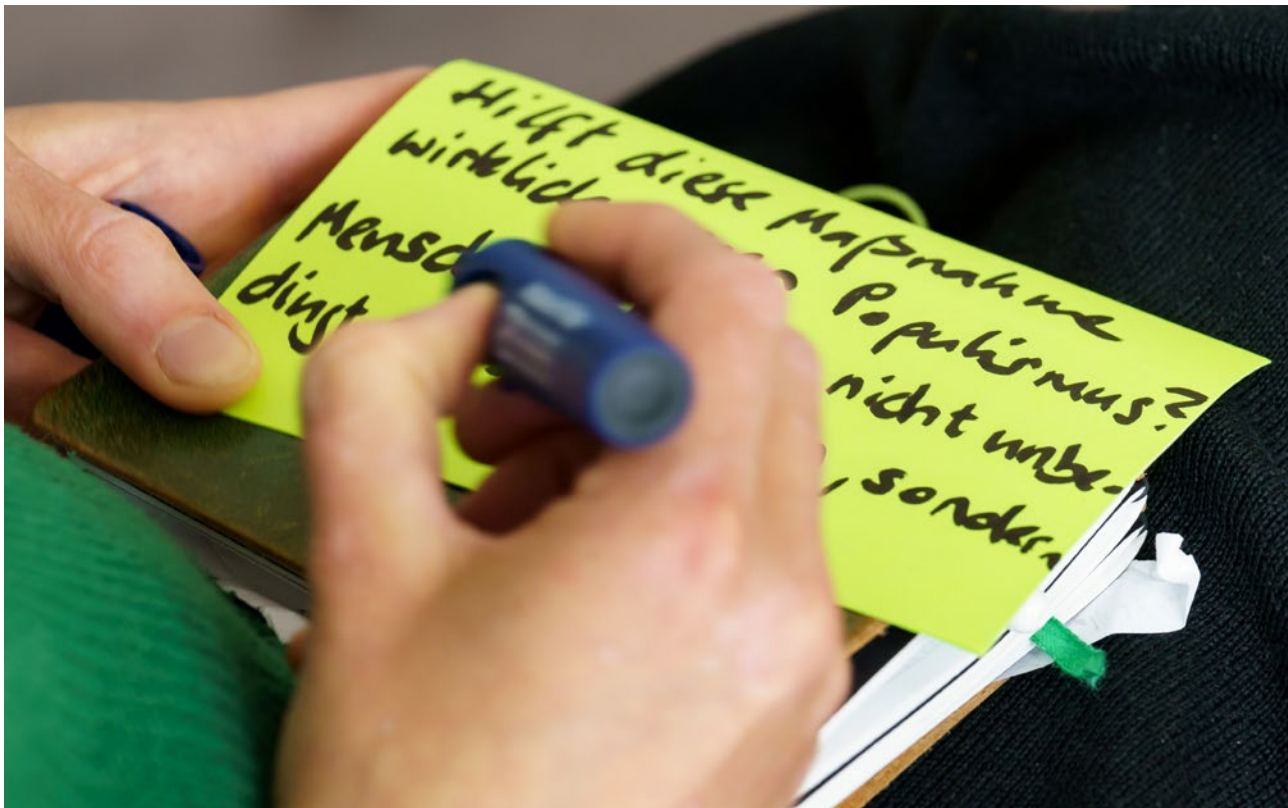
Wie erkenne ich Populismus?

Im Rahmen des Vorhabens „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ wird Populismus anhand dreier Merkmale definiert:⁴ Anti-Elitismus, Anti-Pluralismus und Pro-Volksouveränität. Anti-Elitismus meint eine pauschale, unbelegte Elitenkritik, die vermeintlichen Eliten böswilliges und ideologiegetriebenes Handeln unterstellt. Anti-Pluralismus bezeichnet die Vorstellung von einem homogenen Volk mit einem einheitlichen Volkswillen, das der Elite antagonistisch gegenübersteht. Unter Pro-Volksouveränität wird die Auffassung verstanden, dass ein vermeintlicher „Wille des Volkes“ möglichst direkt umgesetzt werden sollte, ohne parlamentarische Prozesse durchlaufen zu müssen. Die drei Merkmale können in unterschiedlicher Ausprägung vorliegen. Populismus sollte daher als eine Skala verstanden werden, nach der bestimmte Aussagen und Einstellungen als mehr oder weniger populistisch eingestuft werden können. Wird die populistische Metanarration einer ideologiegetriebenen Elite, die gegen die Interessen des Volkes und über den „wahren“ Volkswillen hinwegregiere, gegen umweltpolitisches Handeln mobilisiert, so sprechen wir von umweltregressivem Populismus. Beispiele für umweltregressive populistische Narrative sind die Behauptung, Umwelt- und Klimapolitik sei ein gezieltes Umverteilungsprojekt zu Lasten der „kleinen Leute“ oder habe die Deindustrialisierung Deutschlands zum Ziel.

Wie wirkt Populismus und warum verfängt er?

Umweltregressiver Populismus dient populistischen Akteur*innen als Abgrenzungsmerkmal gegenüber politischen Gegner*innen. Den vermeintlichen Verlierer*innen der sozial-ökologischen Transformation wird mit der pauschalen Ablehnung umweltpolitischer Bestrebungen ein politisches Angebot gemacht. Für populistisch intervenierende Akteur*innen erfüllt umweltregressiver Populismus also vor allem eine politisch-strategische Funktion. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Gründen, warum umweltregressiver Populismus in der Bevölkerung verfängt. Diese lassen sich in **ökonomische** (unter anderem Angst vor sozialem Abstieg und ungleiche Verteilungseffekte von Umweltpolitik), **ideologische** (zum Beispiel Nationalismus, Libertarismus), **soziokulturelle** (beispielsweise Ablehnung eines postmaterialistischen Wertewandels), **politische** (etwa fehlende Repräsentation) und **psychologische** Erklärungsansätze (unter anderem Reaktanz angesichts von empfundenen Freiheits Einschränkungen) unterteilen. In einer Gesellschaft, die von massiven Ungleichheiten, weitreichenden Transformationsprozessen und drastischen Veränderungen auf der kollektiven wie individuellen Ebene gekennzeichnet ist, bieten Unzufriedenheit, Verunsicherung und Orientierungsverlust den idealen Nährboden für populistische Einstellungen – insbesondere wenn Umweltpolitik dazu beiträgt, bestehende Ungleichheiten zu verschärfen.

⁴ Wissenschaftliche Grundlage für diese Broschüre bietet die im Rahmen des Projekts durchgeführte Literaturstandsanalyse sowie eigens umgesetzte Fokusgruppen und Einzelinterviews mit Vertreter*innen der Umweltverwaltung sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen im Umweltbereich und der Demokratieförderung.



Was kann die Umweltpolitik proaktiv tun, um Populismus entgegenzuwirken?

Proaktive Handlungsansätze⁵ berücksichtigen die Merkmale von Populismus, indem sie der populistischen Erzählung vorausschauend den Nährboden entziehen.

1. Sie verhindern die (reale und vermeintliche) Polarisierung zwischen gesellschaftlichen Gruppen, indem sie soziale Verteilungskonflikte in der Gestaltung von Umweltpolitik vorausschauend abschätzen und vermeiden – zum Beispiel in Form eines Social Impact Assessments.
2. Sie verringern die (reale und durch populistische Rhetorik überspitzte) Kluft zwischen Politik und Bürger*innen durch passgenaue und effektive Bürgerbeteiligung, positive Zukunftserzählungen und verständliche Sprache.
3. Sie treiben den Schutz von Mensch und Umwelt selbstbewusst voran, indem umweltpolitische Akteur*innen ihre Politik und Maßnahmen nachvollziehbar erklären sowie Unterstützer*innen für Umweltpolitik gewinnen und Allianzen aufbauen.

4. Sie stärken nicht nur Wissen über Populismus, sondern befähigen durch einen aktivierenden Ansatz in der Bildungsarbeit zur Teilhabe an demokratischen Mitbestimmungsprozessen.

Was sind geeignete reaktive Handlungsansätze, um auf populistische Rhetorik und Angriffe zu reagieren?

Für einen schnellen und souveränen Umgang mit populistischen Interventionen braucht es in der Umweltverwaltung einen gezielten Kompetenzaufbau durch Dialog-, Trainings- und Beratungsangebote, die Unterstützungsstrukturen für Betroffene von populistischen Angriffen beinhalten. Besonderes Augenmerk gilt dem Aufbau von Digital- und Medienkompetenzen, um Desinformationen und populistische Rhetorik in den sozialen Medien vorhersehen und ihnen möglichst schnell entgegenwirken zu können. Darüber hinaus sollten Umweltbildung und Demokratiebildung zur Aufklärung über die Erscheinungsformen und Wirkweisen eines umweltregressiven Populismus stärker miteinander verzahnt werden.

⁵ Die Empfehlungen und Handlungsansätze wurden auf Basis der wissenschaftlichen Analyse im Rahmen von fünf Strategiewerkstätten in Berlin erarbeitet – unter Mitwirkung von Vertreter*innen des BMUV und seines Geschäftsbereichs und von Landesumweltministerien sowie einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem Umweltbereich und der Demokratieförderung.

Wie vermeide ich, in die „Populismus-Falle“ zu tappen?

Populistisch intervenierende Akteur*innen nutzen gezielt emotionale und polarisierende Sprache sowie Bilder, um staatliche Institutionen systematisch zu delegitimieren. Die jeweilige Reaktion auf populistische Rhetorik und Agitation hängt zwar von der Intensität und Aggressivität der Intervention ab, jedoch ist grundsätzlich ratsam: Reagieren Sie nicht sofort mit dem „Aber-das-ist-doch-Populismus“-Etikett. Analysieren Sie zunächst, welche Kritikpunkte möglicherweise berechtigt sind. In einem zweiten Schritt gilt es, populistische Emotionalisierungen und Desinformation klar als solche zu kennzeichnen und richtigzustellen. Bei einem reinen Faktencheck sollte es aber nicht bleiben. Im dritten Schritt heißt es, die eigenen Argumente zu begründen und in eine nachvollziehbare Erzählung einzubetten.

Drei Schritte für eine souveräne Reaktion auf populistische Rhetorik

1. Offen für berechtigte Kritik sein
2. Falschinformation und Emotionalisierungen offenlegen
3. Eigene Argumente begründen; in ein nachvollziehbares Narrativ einbetten

An wen richtet sich diese Broschüre?

Adressat*innen der Broschüre sind die Mitarbeitenden des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Umweltressort).⁶ Dabei sind nicht alle Empfehlungen für alle Behörden und Organisationseinheiten in gleichem Maße relevant. Organisationseinheiten für Beteiligung und Kommunikation haben beispielsweise andere Schwerpunkte und Interessen als Strategiereferate.

Was kann diese Broschüre leisten? Was nicht?

Die Unsicherheit im Umgang mit populistischen Interventionen ist groß. Mindestens genauso groß sind die Erwartungen, konkrete und schnell umsetzbare Lösungen und Werkzeuge an die Hand zu bekommen. Wie in Kapitel 3 deutlich wird, ist das Phänomen Populismus jedoch äußerst dynamisch und kontextspezifisch in seinem Auftreten und den verbreiteten Narrativen. Diese Broschüre bietet daher keine „One-size-fits-it-all“-Lösung. Sie stellt jedoch acht strategische Handlungsansätze vor, die auf mittel- und langfristige Sicht wirken können. Die hier vorgestellten Ansätze sollen den Mitarbeitenden des Umweltressorts dabei helfen, Populismus in der Umweltpolitik besser zu erkennen und strategisch, organisatorisch sowie kommunikativ darauf reagieren zu können.

Die Inhalte dieses Leitfadens sollen im Sinne eines „Living Documents“ auch nach Abschluss des Forschungsvorhabens durch neue Erkenntnisse, Erfahrungen und Hinweise ergänzt und aktualisiert werden.

Wie ist die Broschüre aufgebaut?

Die Broschüre gliedert sich in zwei Teile: Teil eins (ab Kapitel 3) liefert einen Überblick über den Forschungsstand zum Thema Populismus. Er beinhaltet eine Begriffsdefinition sowie mögliche Erklärungsansätze für das verstärkte Auftreten eines umweltregressiven Populismus. Darauf aufbauend stellt Teil zwei (Kapitel 4 und 5) Empfehlungen und Handlungsansätze für eine resiliente Umweltpolitik vor.

⁶ Der Geschäftsbereich des BMUKN besteht aus den nachgeordneten Behörden Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und Umweltbundesamt (UBA). Im folgenden verwenden wir den Begriff Umweltressort.

2

Grundsätze des BMUKN und seines Geschäftsbereichs



Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und sein Geschäftsbereich, bestehend aus dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), dem Bundesamt für Naturschutz (BfN), dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und dem Umweltbundesamt (UBA), dienen insbesondere der **Erfüllung von Artikel 20a des Grundgesetzes**:

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Als Behörden sind das BMUKN und sein nachgeordneter Bereich als gesetzesvollziehende, staatliche Organe an Recht und Gesetz gebunden und dem Gemeinwohl verpflichtet. Das Umweltressort ist im Grundsatz unparteilich und neutral in Bezug auf politische Themen und gegenüber politischen Parteien.

Das Handeln ist gestützt auf den Grundsatz der **Gesetzmäßigkeit der Verwaltung** (Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes). Keine Behörde darf danach von einer durch Rechtsnorm getroffenen, zwingenden Regelung abweichen.

Das Umweltressort bekennt sich zur **freiheitlich demokratischen Grundordnung**, die den Wesenskern des politischen Systems und der Wertvorstellungen der Bundesrepublik Deutschland bildet:

- ▶ **Freiheit und Verantwortung:**
Umweltpolitik balanciert individuelle Freiheiten mit gesellschaftlicher Verantwortung.
 - ▶ **Soziale und intergenerationelle Gerechtigkeit:**
Eine vorausschauende Politik sichert eine intakte Umwelt für zukünftige Generationen, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden.
 - ▶ **Wissenschaftsbasierte Entscheidungsfindung:**
Evidenzbasierte Politik schützt vor Willkür und garantiert fundierte Entscheidungen.
- Auf dieser Basis orientiert sich die Umweltpolitik an dem EU-rechtlich vorgegebenen Vorsorgeprinzip, wonach Risiken für Mensch und Umwelt durch vorsorgendes Handeln so weit wie möglich zu vermeiden oder zu vermindern sind.
- Das Umweltressort steht für den Schutz der Menschenrechte, eine inklusive, vielfältige Gesellschaft und den Schutz der Demokratie ein.
- ▶ **Rechtsstaatlichkeit:**
Umweltpolitik muss transparent, überprüfbar und rechtlich legitimiert sein.
 - ▶ **Partizipation und demokratische Willensbildung:**
Breite gesellschaftliche Mitwirkung stärkt die Legitimität umweltpolitischer Maßnahmen.
 - ▶ **Pluralismus und Vielfalt:**
Unterschiedliche Perspektiven und Interessen verbessern die Qualität und Akzeptanz von Entscheidungen.

3

**Hintergrund: Populismus
als Herausforderung für
die Umweltpolitik**



Was ist Populismus und wie wirkt er?⁷

Der Begriff Populismus findet in der öffentlichen Debatte viel Verwendung, was damit jeweils gemeint ist, unterscheidet sich jedoch stark. Verweisen die einen auf verkürzte und überspitzte Aussagen, die aus dem Kontext gerissen werden, verstehen andere darunter eine besonders populäre oder „volksnahe“ Form der politischen Kommunikation.

Auch in der Wissenschaft gibt es keine einheitliche Begriffsdefinition. Je nach Auslegung wird Populismus als „volksnaher“ Politikstil, als Ideologie mit einer bestimmten Gesellschaftsvorstellung oder als politische Strategie zum Erlangen bzw. der Sicherung von Macht verstanden (Jacob et al. 2020, S. 305). Nach der Politikwissenschaftlerin Paula Diehl (2017) beschreibt der Begriff Populismus „die Geschichte des von der Elite betrogenen Volkes“. Im Rahmen des Projekts „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ arbeitete das Projektteam mit einer vielfach verwendeten und in der Forschung anerkannten Definition, welche unter anderem im Rahmen des „Populismusbarometers“ der Bertelsmann-Stiftung verwendet wird (Merkel & Vehrkamp 2020). Diese definiert die populistische Metaerzählung anhand von drei Merkmalen: Anti-Elitismus, Anti-Pluralismus und Pro-Volkssouveränität.

Anti-Elitismus bezeichnet eine pauschale, unbelegte Elitenkritik. Diese beruht auf der Unterteilung der Gesellschaft in zwei einheitliche Gruppen, die einander gegenüberstehen: „das reine Volk“ und „die korrupte Elite“ (Mudde 2014, S. 543). Dabei wird auf moralische Weise zwischen den vermeintlich „schlechten“ oder „bösen“ Eliten und einem „guten“ oder „anständigen“ Volk unterschieden (Müller 2016, S. 192). Letzteres werde der Erzählung nach um etwas betrogen, das ihm zustehe. Anstatt tatsächlich nachweisbare Machtverhältnisse offenzulegen und zu kritisieren oder empirische Befunde anzuführen, wird dabei – im Gegensatz zu einer gerechtfertigten Elitenkritik – pauschal die Dominanz der Eliten über ein homogen verstandenes Volk behauptet. Den vermeintlichen Eliten in Politik, Medien, Zivilgesellschaft, Wirtschaft oder Wissenschaft werden niedere Motive unterstellt; ihnen wird grundlegend die (Handlungs-)Legitimität abgesprochen (nachfolgend: Delegitimierung).

Der **Anti-Pluralismus** bezeichnet die populistische Vorstellung von einem homogenen Volk, das der Elite antagonistisch gegenübersteht. Populistische Rhetorik schreibt diesem Volk ein einheitliches Interesse in Form eines allgemeinen „Volkswillens“ zu. Sie begegnet vermittelnden Institutionen, parlamentarischen Aushandlungsprozessen und politischen Kompromissen mit Skepsis (Müller 2016, S. 188) und lehnt eine Vielfalt der Perspektiven in Politik, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ab. Während einige das homogene Volksverständnis primär auf die Idee eines einheitlichen Volkswillens beziehen, erkennen andere darin auch die Behauptung eines in seiner Zusammensetzung homogenen Volkes. In der Annahme einer homogenen Volksidentität werden Unterschiede und Diversität negiert; die Vielfalt von Werten, Lebensstilen und Weltanschauungen wird angezweifelt oder als illegitim abgewertet. Wird diese homogene Volksidentität ethnisch oder völkisch-nationalistisch begründet, spricht die Forschungsliteratur in der Regel von Rechtspopulismus (Decker 2006, S. 17).

Pro-Volkssouveränität meint die Befürwortung einer direkten und unmittelbaren Machtausübung durch das Volk oder seine Vertreter*innen im Namen des Volkswillens. Populist*innen inszenieren sich oftmals als (alleinige) Fürsprecher*innen eines „wahren Volkswillens“ (Rensmann 2006, S. 66 f.). Das kann entweder die Forderung nach Modellen der direkten Demokratie (zum Beispiel Plebiszite, Volkstribunale) umfassen, welche anstelle von (und nicht ergänzend zu) Parlamenten favorisiert werden (ebd.). Oder es wird eine Form der autoritären Machtausübung („Führerdemokratie“) gefordert, in der eine einzelne führende Person die „getreue[] Auftragserfüllung [gegenüber] dem Volk“ (Müller 2016, S. 190) wahrnimmt. Populist*innen bedienen sich also der Selbstlegitimation. Sie postulieren, für „das Volk“ zu sprechen, ohne die Bevölkerung konsultiert zu haben. In gesteigerter Form tritt dies durch einen Alleinvertretungsanspruch für eine Gesellschaft auf (Jacob et al. 2020, S. 305 f.). Nicht zuletzt dient der vermeintliche Mehrheitswille eines einheitlichen Volkes dazu, die Fachexpertise der drei Korrektive von demokratischen Gesellschaften (Journalismus, Wissenschaft, Zivilgesellschaft) zu diskreditieren und zu delegitimieren.

⁷ Dieser Abschnitt beruht in großen Teilen auf der Publikation „Grüne Eliten gegen den Volkswillen“: Populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik (Denk & Siebert 2024), welche im Rahmen des UBA-Projekts „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ erstellt wurde.

Die drei Merkmale Anti-Elitismus, Anti-Pluralismus und Pro-Volkssouveränität können jeweils in unterschiedlicher Ausprägung vorliegen. Populismus sollte daher als eine Skala verstanden werden, nach der bestimmte Aussagen und Einstellungen als mehr oder weniger populistisch eingestuft werden können. In der Forschung gibt es Uneinigkeit darüber, ob alle drei Dimensionen notwendige Bedingungen für die Identifikation von Populismus darstellen. In der empirischen Erhebung des „Populismusbarometers“ müssen die drei Merkmale gleichzeitig erfüllt sein, um eine Person als populistisch zu identifizieren (Merkel & Vehrkamp 2020, S. 16). Hier geht es jedoch weniger darum, die Einstellungen oder Weltbilder von Einzelpersonen als populistisch einzustufen. Vielmehr soll aufgezeigt werden, wie die

populistische Metaerzählung eines von Eliten betrogenen Volkes genutzt wird, um umweltpolitische Institutionen und deren Handeln zu delegitimieren. Dabei sind die Merkmale Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus ausgeprägter als Pro-Volkssouveränität. Hervorzuheben ist zudem, dass die Kritik an politischem Handeln und politischen Akteur*innen nicht per se populistisch ist, sondern vielmehr ein zentrales Element demokratischer Gesellschaften darstellt. Wird die Kritik jedoch nicht sachlich oder empirisch begründet, sondern dient sie der grundsätzlichen Delegitimierung politischer Akteur*innen und demokratischer Institutionen, wird sie im Folgenden als populistisch verstanden.

Exkurs: Populismus als „dünne Ideologie“

In der Literatur wird Populismus oft als „dünne Ideologie“ beschrieben, die im Vergleich zu „starken Ideologien“ ein weniger geschlossenes und konsistentes Weltbild aufweist (Sommer et al. 2022, S. 21). Dadurch ist die populistische Metaerzählung eines von Eliten betrogenen Volkes besonders anschlussfähig für andere ideologische Konzepte, wie beispielsweise Nationalismus oder Kommunismus (Mudde 2014, S. 544). Populismus ist also opportunistisch: Er existiert in unterschiedlichen Facetten, ist nicht an spezifische Inhalte oder politische Positionen gebunden und lässt sich in der Praxis nur bedingt trennscharf von anderen Ideologien abgrenzen.



Die populistische Herausforderung für die Umweltpolitik

Die populistische Metaerzählung einer interessengeleiteten Elite, die gegen die Interessen des Volkes und über den „wahren“ Volkswillen hinweg regiere, wird zunehmend genutzt, um eine grundlegende Ablehnung von umweltpolitischen Institutionen zu rechtfertigen. Dem populistischen Anti-Elitismus folgend wird den vermeintlich „grünen“ Eliten unterstellt, entgegen den Interessen des Volkes und unter dem Deckmantel der ökologischen Transformation beispielsweise eine Ökodiktatur oder ein Umverteilungsprojekt von unten nach oben umsetzen zu wollen. Auf Basis einer systematischen Literaturanalyse zu Umweltpolitik und der populistischen Herausforderung haben Denk und Siebert (2024) im Rahmen dieses Vorhabens sieben dominante populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik herausgearbeitet. Wird die populistische Erzählung zur Delegitimierung von umweltpolitischen Institutionen und Akteur*innen sowie zur grundlegenden Ablehnung einer gesellschaftlichen Transformation herangezogen, sprechen wir, wie bereits in Kapitel 1 erwähnt, von **umweltregressivem Populismus**⁸.

Dominante populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik (Denk & Siebert 2024)

1. „Der Klimawandel ist ein Schwindel“ – Das Narrativ einer inszenierten Klimakrise
2. „Auf Kosten der Volkswirtschaft“ – Das Narrativ einer geplanten Deindustrialisierung
3. „Zu Lasten des Volkes“ – Das Narrativ der beabsichtigten Benachteiligung
4. „Drohende Ökodiktatur“ – Das Narrativ der Freiheitsberaubung
5. „Wider gesunden Menschenverstand“ – Das Narrativ eines elitären Ideologieprojektes
6. „Gelenkt durch globale Kräfte“ – Das Narrativ des bedrohten Nationalstaats
7. „Bedrohte Kulturlandschaften“ – Das Narrativ der Natur- und Heimatzerstörung

Die rhetorischen Mittel eines umweltregressiven Populismus

Trotz inhaltlicher Unterschiede zwischen den dominanten populistischen Narrativen in der Umweltpolitik zeigen sich rhetorische Gemeinsamkeiten. Umweltregressiver Populismus greift zu einem bestehenden **Zielkonflikte** einer sozial-ökologischen Transformation auf, beispielsweise zwischen Natur- und Klimaschutz oder zwischen Umweltpolitik und sozialer Gerechtigkeit – nicht jedoch, um konstruktive Lösungen anzubieten, sondern um umweltpolitische Ziele, Maßnahmen und Akteur*innen grundsätzlich und gezielt zu diskreditieren. Zum anderen wird eine solche Instrumentalisierung von Zielkonflikten häufig mit einer **stark emotionalisierten Ansprache** verbunden, die komplexe Sachverhalte verkürzt und eine dauerhafte **Krisenrhetorik** verwendet. Umweltregressiver Populismus arbeitet mit schreckensbehafteten Zukunftsszenarien, die gezielt negative Emotionen wie Wut, Empörung und Angst bedienen und schüren (Quent et al. 2022, S. 107). Vermeintliche Eliten dienen als **Feindbilder**, die nicht selten Ziel menschenverachtender Inhalte wie Rassismus, Antisemitismus, Ableismus⁹ oder Transfeindlichkeit werden (Lamberty & Nocun 2023, S. 58). Oftmals spielen **Verschwörungsideologien** eine zentrale Rolle, zum Beispiel in Form der Erzählung, „dass als mächtig wahrgenommene Gruppen oder Einzelpersonen einen geheimen Plan verfolgen würden, um der Gesellschaft zu schaden“ (ebd. S. 49). Die Abgrenzung von diesen Feindbildern erfüllt darüber hinaus die Funktion der kollektiven Identitätsbildung. Populist*innen kreieren ein Gefühl der Zugehörigkeit innerhalb der eigenen Anhängerschaft und stilisieren sich als Held*innen im Kampf gegen die vermeintlichen Eliten sowie den kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang. Hier bieten sie neben der „düstere[n] Gegenwartsbeschreibung“ eine positive Zukunftsperspektive an, sie versprechen ein besseres Morgen (ohne Klima- und Umweltschutz), dessen Realisierung einzig die Populist*innen garantieren könnten (Hillje 2021, S. 121). Das heißt, die populistische Erzählung arbeitet mit einem **Dualismus aus positiven und negativen Emotionen**, welche erst in ihrem Zusammenspiel eine langfristige Bindung gesellschaftlicher Gruppen ermöglicht (ebd.)

⁸ Der Begriff „umweltregressiv“ ist an den Begriff „klimaregressiv“ angelehnt. Richter et al. (2024) verstehen klimaregressive Einstellungen als eine grundlegende Ablehnung von klimapolitischem Handeln. Die Autor*innen bemessen dies anhand einer fehlenden Anerkennung des wissenschaftlichen Konsenses zum Klimawandel, einer Ablehnung sozial-ökologischer Transformationsprozesse sowie einer fehlenden Bereitschaft, die eigene Lebensweise und Konsumgewohnheiten entsprechend anzupassen. Wir verwenden den Begriff „umweltregressiv“, um eine Ausprägung des Populismus zu beschreiben, die staatliches umweltpolitisches Handeln grundsätzlich ablehnt.

⁹ Ableismus bezeichnet unterschiedliche Diskriminierungsformen gegenüber Menschen mit Behinderung.

Als „**Polarisierungsunternehmer**“ (Mau et al. 2023, S. 375) nutzen populistisch intervenierende Akteur*innen die „Zuspitzung und Anheizung“ gesellschaftlicher Konflikte, um politisches Kapital zu schlagen. Sie verstärken gezielt vorhandenes Polarisierungspotenzial im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik, indem sie emotional aufgeladene Themen (zum Beispiel Fleischkonsum, Flugreisen, Mobilität) bespielen und so gezielt Kontroversen erzeugen (ebd. S. 245 f.). Einfache „**Freund-Feind-Schemata**, die Verunglimpfung politischer [...] Gegner und die Entzivilisierung von Diskursen“ (ebd. S. 375) zählen zu ihren Mitteln. Obwohl die Gesellschaft laut den empirischen Ergebnissen von Mau et al. nicht stark polarisiert ist (ebd. S. 17 f.), erweckt das ständige Anheizen polarisierter Themen den Anschein, die Gesellschaft wäre in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager gespalten.

Populistische Interventionen in der Umweltpolitik

Umweltregressive populistische Narrative (siehe S. 15) werden über gezielte Interventionen in Politik, Medien und Zivilgesellschaft verbreitet. Im Rahmen des UBA-Vorhabens „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ schilderten Mitarbeitende der Umweltverwaltung ihre Erfahrungen. Im politischen Raum beobachteten die Verwaltungsangestellten

umweltregressiven Populismus in Äußerungen einzelner politischer Akteur*innen, in parlamentarischen Anfragen, koordinierten medialen Kampagnen oder pseudowissenschaftlichen (Gegen-)Gutachten sowie in verbalen und physischen Angriffen auf Politiker*innen.

Parlamentarische Anfragen dienen als zentrales Instrument demokratischer Kontrolle. Populistisch intervenierende Akteur*innen nutzen sie jedoch gezielt, um die Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft im Umwelt- und demokratiepolitischen Bereich infrage zu stellen und die Sinnhaftigkeit umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen grundlegend anzuzweifeln (Miehlke 2021). Insbesondere die große Zahl der Anfragen bindet wichtige Kapazitäten, die für ein effektives Verwaltungshandeln nötig sind (Tagesspiegel 2024). Dieses Vorgehen lässt sich als Strategie interpretieren, um das Vertrauen der Bevölkerung in umweltpolitische und demokratische Institutionen zu untergraben (Heinze 2020). Außerdem können parlamentarische Anfragen dazu genutzt werden, populistischen Erzählungen sowie Falschinformationen einen offiziellen Charakter zu geben und ihnen so Glaubwürdigkeit verschaffen.

Exkurs: Umweltregressiver Populismus und antidemokratische Ideologien

Wie auf Seite 14 ausgeführt, ist Populismus als „dünne Ideologie“ überaus anschlussfähig an andere ideologische Konzepte. In der Forschungsliteratur zu umweltbezogenem Populismus lässt sich ein deutlicher Fokus auf rechtspopulistische Interventionen erkennen. Nach Mudde (2016, S. 2) zeichnet sich rechter Populismus dadurch aus, dass er in seinem ideologischen Kern die populistische Erzählung mit einem ethnisch, kulturell oder nationalistisch begründeten Volksverständnis und einer autoritären Gesellschaftsvorstellung verbindet. Während ein linker, ökonomisch begründeter Populismus im Bereich der Umweltpolitik durchaus vorstellbar ist, lässt sich umweltregressiver Populismus vor allem in Verbindung mit rechtsideologischen Einstellungen feststellen (Sommer et al. 2022; Reusswig et al. 2021, S. 262 ff.). Einen fließenden Übergang zwischen umweltregressivem Populismus und völkischen, nationalistischen oder autoritären Ideologien beobachten auch Fritz Reusswig und Beate Küpper: „Über Klimapolitik sind Personen bis weit in die Mitte offenkundig durch Populismus erreichbar und lassen sich über völkisch-autoritär-rebellische-Angebote bis zum Rechtsextremismus und der Billigung von politischer Gewalt verführen“ (2023, S. 313). Umweltregressiver Populismus stellt folglich nicht nur eine Herausforderung für umweltpolitisches Handeln dar, sondern gefährdet langfristig auch die Demokratie. Inwiefern neue Entwicklungen in der Parteienlandschaft einen umweltregressiven Populismus mit linksideologischer Ausrichtung hervorbringen, wird sich zeigen.

Die Debatte um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes

Die Debatte um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) im Frühjahr 2023 steht beispielhaft für die populistische Vereinnahmung des öffentlichen Diskurses in Bezug auf eine klimapolitische Maßnahme. Insbesondere der Bild-Zeitung gelang es durch frühzeitige Berichterstattung, die Debatte zu prägen. Mithilfe plakativer Überschriften, eingängiger Wortschöpfungen (zum Beispiel „Heizhammer“) und tendenziöser Berichterstattung war die Bild-Zeitung in der Lage, in Teilen der Bevölkerung eine starke Verlustangst zu aktivieren und heftige Abwehrreaktionen gegen das geplante Gesetz auszulösen. Zwar berichtete ein Großteil der Medien faktisch korrekt über das GEG, übernahm jedoch teilweise aus einer journalistischen Binnenlogik heraus (zum Beispiel Clickbaiting) populistisches Vokabular („Heizhammer“) oder populistische Narrative. Auch aus diesem Grund konnten Boulevard- und Rechtsaußenmedien mit populistischen und von Falschinformationen durchzogenen Artikeln eine große Reichweite generieren und Stimmung gegen das Gesetz machen (Jost et al. 2024). Dies gelang vor allem deshalb, weil die soziale Komponente in der ursprünglichen Version des Gesetzentwurfes nicht ausreichend berücksichtigt worden war. Die finanziellen Sorgen vieler Hausbesitzer*innen angesichts eines teuren Heizungsaustauschs waren nicht ausreichend antizipiert und soziale Ausgleichsmaßnahmen nicht klar genug kommuniziert worden (ebd. S. 27-28).

Populistisch agierende Akteur*innen nutzen die Medien gezielt, um populistische Narrative gegen Umweltpolitik zu verbreiten. Sie setzen dabei auf mediale Kampagnen (Jost et al. 2024, S. 9) und verbreiten umweltregressive, populistische Inhalte sowie Miss- und Desinformationen in den sozialen Medien über Posts, Kommentare, Memes und Hashtags. Auch rechte Zeitschriften, Blogs und Foren dienen als Plattformen für diese Botschaften. Den befragten Verwaltungsangestellten zufolge haben solche medialen Interventionen vielfältige Auswirkungen auf die Umweltpolitik. Populistisch aufgeladene mediale Kampagnen lenken von zentralen umweltpolitischen Problemen ab, indem sie eine Konfliktlinie zwischen der „einfachen Bevölkerung“ und der vermeintlichen „grünen Elite“ ziehen und die tatsächlichen umweltpolitischen Herausforderungen in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund drängen.

Auch in der **Zivilgesellschaft** tritt umweltregressiver Populismus auf. Insbesondere im Kontext der Energiewende entstehen immer wieder lokale Protestbewegungen gegen den Ausbau erneuerbarer Energien, die teils durch eine bundesweite Anti-Windkraft-Bewegung miteinander vernetzt sind (Reusswig et al. 2020, S. 147). Dabei ist es wichtig, zwischen berechtigter Kritik an der Umsetzung der Energiewende oder begründeten Sorgen um Natur und Umwelt und populistischen Interventionen zu unterscheiden. Die Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, die an den

Strategiewerkstätten im Rahmen des Projekts teilnahmen, schilderten, dass organisierte Gegner*innen der Energiewende durch populistische Narrative und stark emotionalisierte Kampagnen (zum Beispiel „Verspargelung der Landschaft“) immer wieder den öffentlichen Diskurs auf destruktive Weise dominierten und ihre Position überproportional verstärkten. Umweltregressiver Populismus findet vor allem dort Anklang, wo bislang keine starke Affinität zu umweltpolitischen Themen besteht, etwa in (Sport-)Vereinen. Zudem nutzen (rechts-)populistisch intervenierende Akteur*innen gezielt Leerstellen in der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur – insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern (Mau 2024, S. 51-52). Die Teilnehmer*innen aus der Zivilgesellschaft berichteten außerdem von gezielten Annäherungsversuchen populistischer bis rechtsextremer Akteur*innen an lokale Umwelt- und Naturschutzinitiativen, etwa in Naturschutzparks oder Naturerfahrungsräumen.

Erklärungsansätze für umweltregressiven Populismus

Um das Phänomen eines umweltregressiven Populismus besser zu verstehen und passgenaue Handlungsansätze zu entwickeln, ist eine Betrachtung der möglichen Ursachen für das gegenwärtige Auftreten populistischer Einstellungen im Umweltbereich notwendig. In der Forschungsliteratur sind dabei zwei Fragen zentral:

1. **Wodurch lassen sich die Rhetorik und das Verhalten populistischer Akteur*innen erklären?**
2. **Was erklärt die gesellschaftliche Empfänglichkeit für populistische Narrative?**

Laut Forschungsliteratur verfolgen populistisch intervenierende Akteur*innen mit umweltregressiver Rhetorik oft **politisch-strategische oder taktische Ziele**. Oftmals ist die Agitation gegen umweltpolitische Bestrebungen „nicht primär in der Sache begründet, sondern instrumentell, sie dient der Markierung einer starken Differenz“ (Selk et al. 2019, S. 55). Insbesondere die Infragestellung des Klimawandels ist ein **Alleinstellungsmerkmal gegenüber den etablierten Parteien und der dominierenden Meinung in den Medien sowie dem überwiegenden Konsens der Wissenschaft** (ebd.). Umweltregressiver Populismus fungiert daher als Mobilisierungsstrategie, um Betroffenen der Transformation – wie Arbeiter*innen in fossilen Industrien oder Gegner*innen der Energiewende – ein ideologisches und parteipolitisches Angebot zu machen (Sommer et al. 2022, S. 81).

Dies wirft die Frage auf, warum umweltregressiver Populismus in der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fällt. Die Forschungsliteratur liefert verschiedene Erklärungen für das Erstarken populistischer Einstellungen im Allgemeinen und deren Zunahme im Bereich der Umweltpolitik. Dabei spielen **ökonomische, ideologische, soziokulturelle, politische und psychologische Faktoren** eine Rolle.

Eine sozial-ökologische Transformation geht mit **ökonomischen Verteilungsfragen** einher. Diese treffen auf eine Gesellschaft, die angesichts des Endes der DDR, dem Strukturwandel im Ruhrgebiet und anderen ehemals schwerindustriellen Regionen sowie der Globalisierung von **tiefgreifenden strukturellen Umbrüchen** geprägt ist. Wachsende Ungleichheit sowie Lohnstagnation oder -verluste in den unteren

Einkommensschichten befeuern soziale Verunsicherung und Abstiegsängste – nicht nur bei Geringverdiener*innen, sondern auch in der gesellschaftlichen Mittelschicht (Sturm 2020, S. 73). Gleichzeitig hat der Rückbau des Wohlfahrtsstaats im Zuge der Globalisierung das Gefühl sinkender sozialer Sicherung verstärkt (Decker 2006). Nach Sommer et al. (2022, S. 34 ff.) beeinflussen die eigene ökonomische Situation, die **Angst vor sozialem Abstieg** und der Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (zum Beispiel Migrant*innen) die Anfälligkeit für populistische Erzählungen. Dabei zeigt sich eine **Ethnisierung sozialer Fragen**: Fehlende Sozialleistungen, Engpässe in der Gesundheitsversorgung, Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt oder Wohnraummangel werden häufig auf Migration zurückgeführt (Sommer et al. 2022, S. 35). In der Folge entstehen Narrative, die benachteiligte Gruppen gegeneinander ausspielen, statt eine Verbesserung der Lebenssituation aller zu fordern.

Mau et al. (2023) analysieren umwelt- und klimapolitische Einstellungen entlang sozio-ökonomischer Faktoren und stellen eine **„ökologische Distinktion“ zwischen Lebensstilen** fest. Das ökologische Ethos der gebildeten (oberen) Mittelschicht betont individuelle Handlungsspielräume und freiwilligen (Konsum-)Verzicht zur Reduktion des eigenen ökologischen Fußabdrucks. Dem gegenüber steht eine „Ökologie der Arbeiterklasse“, die Klimafragen vor allem aus verteilungs-politischer Perspektive betrachtet. Viele in der Arbeiterschaft nehmen Klimaschutz als „Bedrohung eines ohnehin prekären Lebensstandards“ wahr, insbesondere wenn dieser über Instrumente der Verteuerung umgesetzt wird (Mau et al. 2023, S. 233). Die „Ökologie der Arbeiterklasse“ betont den „Vorrang des Sozialen“ und der materiellen Bedürfnisbefriedigung gegenüber Klimaschutz (ebd., S. 233). Die individuellen Möglichkeiten der Verhaltensänderungen werden aufgrund der eigenen Prekarität als stark begrenzt angesehen, Wahlfreiheit und limitierter Luxuskonsum (zum Beispiel Flugreisen, hoher Fleischkonsum, Besitz teurer Verbrennerautos) werden verteidigt (ebd., S. 238).

Sozio-ökonomische Erklärungsansätze für umweltregressiven Populismus haben auch eine räumliche Dimension. **Gerade in Regionen, die tiefgreifende strukturelle Veränderungen durchlaufen haben und mit soziodemografischen und strukturalpolitischen Herausforderungen konfrontiert sind** – wie

etwa das Ruhrgebiet oder die neuen Bundesländer – **wächst die Sorge um die Zukunft der Region im Zuge der ökologischen Wende** (Fröhlich et al. 2021; Decker et al. 2023). Dabei spielt auch der hohe Identifikationsgrad mit regionalen Industrien eine wichtige Rolle. Klaus Dörre (2020, S. 296) zeigt in seiner Analyse zu rechtspopulistischen Tendenzen in der Lausitz, dass sich mit der Energiewende viele der Beschäftigten der Braunkohleindustrie in ihrer Arbeitsleistung und ihrem gesellschaftlichen Beitrag zur Energieversorgung nicht ausreichend anerkannt fühlen. Cyrill Otteni und Manés Weisskircher (2022, S. 329) betonen: „Klimapolitische Polarisierung hat [...] eine wichtige sozialräumliche Komponente“. Insbesondere in der Energiewende verstärken sich Unterschiede zwischen Stadt und Land oder zwischen Zentrum und Peripherie. Regionen, die sich politisch, infrastrukturell oder wirtschaftlich benachteiligt fühlen oder es nachweislich sind, sehen sich beim Ausbau erneuerbarer Energien besonders belastet (Sommer et al. 2022, S. 137).

Populistische Einstellungen finden sich zwar überproportional in den unteren sozio-ökonomischen Milieus bei sogenannten Modernisierungsverlierer*innen, sind jedoch in allen gesellschaftlichen Schichten anschlussfähig (Sommer et al. 2022, S. 35). Neben ökonomischen Faktoren spielen **ideologische Überzeugungen** eine Rolle. **Autoritäre und nationalistische Ideologien** führen häufig zu einer **Überhöhung**

nationaler Interessen und einer grundlegenden Ablehnung internationaler Kompromisse, etwa in der globalen Klimapolitik (Kulin et al. 2021, S. 1112). Libertäre und radikal marktliberale Überzeugungen begünstigen hingegen eine kategorische Ablehnung der Regulierung wirtschaftlicher Transformationsprozesse und (internationaler) staatlicher Umweltauflagen (Wolff et al. 2019, S. 49).

Kulturelle Faktoren dienen ebenfalls zur Erklärung eines umweltregressiven Populismus. So kann die Betonung „postmaterialistischer Werte und Lebensstile als Voraussetzung für wirksamen und ausreichenden Umweltschutz“ (Jacob et al. 2020, S. 308) die kulturelle **Polarisierung zwischen liberal-progressiven und konservativ-nationalistischen Milieus** verstärken (s. auch Radtke et al. 2019, S. 15 f.). Gesellschaftliche Gruppen, die einen **Privilegien- und Statusverlust** durch den sozial-ökologischen Wandel befürchten, zeigen eine besonders ablehnende Haltung gegenüber Umweltpolitik (Eversberg 2018, 2022). Laut Cara Daggett (2018) dient die Verteidigung eines fossilen Lebensstils darüber hinaus der Aufrechterhaltung patriarchaler Machtstrukturen. Studien zeigen einen statistischen Zusammenhang zwischen dem männlichen Geschlecht und klimaskeptischen Einstellungen (McCright und Dunlap 2011). Umweltpolitische Maßnahmen wie ein Tempolimit oder eine Reduktion des Fleischkonsums werden als Symbol für „kulturelle

Zum Fokus der Strategie: (Rechts-)Extremismus vs. Populismus

Wir definieren Populismus über drei Merkmale: Anti-Elitismus, Anti-Pluralismus und Pro-Volkssouveränität. Im Unterschied dazu bezeichnet Rechtsextremismus „politische Einstellungen, die Demokratie und die Gleichwertigkeit aller Menschen ablehnen“ (Decker & Brähl 2006, S. 20 zitiert nach Decker et al. 2024, S. 33). „Wichtige Merkmale sind eine Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus“ (Decker et al. 2024, S. 33). Zur rechtsextremen Ideologie hinzu kommen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus.

(Rechts-)Extremistische Akteur*innen treten im politischen Raum mit dem Ziel auf, die demokratische Ordnung grundlegend infrage zu stellen. Dabei nutzen sie auch populistische (umweltregressive) Narrative. Entsprechend kann Populismus nicht nur auf die Ablehnung umweltpolitischer Maßnahmen abzielen, sondern auch auf die Delegitimierung der Demokratie selbst.

Da sich diese Publikation auf den Umgang mit umweltregressivem Populismus konzentriert, wird das Handeln extremistischer Akteur*innen dort berücksichtigt, wo es für das Thema relevant ist. Eine gesonderte Betrachtung extremistischen Handelns erfolgt im Rahmen dieser Broschüre nicht.

Deprivilegierungsprozesse für bis dato privilegierte Teile der Bevölkerung“ (Sommer et al. 2022, S. 87) wahrgenommen. Die Agitation gegen die sozial-ökologische Transformation kann folglich als „Kampf um materielle und ideelle Vormachtstellung“ (Richter et al. 2022, S. 84) verstanden werden, welcher von einer Allianz aus populistischen, libertären und rechtsradikalen Akteur*innen sowie einzelnen Vertreter*innen der Öl- und Gas-Lobby geführt wird (siehe auch Götze & Joeres 2020).

Neben kulturellen Faktoren spielen **politische Ursachen** eine Rolle. Die Forschung zeigt, dass sich politische Entscheidungsprozesse strukturell verändert und dadurch gemeinschaftliche Interessen weniger im Blick haben (Sturm 2020, S. 75 f.). Zum Beispiel haben Institutionen wie Zentralbanken, Verfassungsgerichte oder internationale Organisationen, die nicht direkt gewählt sind, an Einfluss gewonnen. **Menschen mit geringem Einkommen oder niedriger formaler Bildung** erleben, dass ihre Interessen in der Politik eine unzureichende Rolle spielen (Schäfer & Zürn 2021, S. 18-19). Diese Erfahrungen können zu Unzufriedenheit führen und dazu beitragen, dass internationale Klima- und Umweltpolitik als undemokratisches Elitenprojekt abgelehnt wird (Böhmelt 2021, S. 103).

Psychologische Faktoren liefern weitere Erklärungsansätze. Die **Komplexität von Umweltwissenschaft und -politik** erschwert es vielen Menschen, politische Entscheidungen nachzuvollziehen. Das verstärkt das **Misstrauen gegenüber wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen** (Lockwood 2018, S. 713). In einer zunehmend komplexen Informationslandschaft, in der „rationale Entscheidungen unter Abwägung aller Fakten zunehmend schwieriger werden“ (Leuser & Weiss 2020, S. 11), bietet umweltregressiver Populismus einfache Antworten auf diese Verunsicherung, indem er Umwelt- und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt.

Studien aus den USA zeigen einen Zusammenhang zwischen klimaskeptischen bzw. -ablehnenden Einstellungen und **psychologischer Reaktanz** (Ma et al. 2019; Goldberg et al. 2019; Chan & Lin 2022). Reaktanz beschreibt eine Reaktion des (inneren) Widerstands auf wahrgenommene Freiheitseinschränkungen, mit dem Ziel, die bedrohte Freiheit wiederherzustellen (Chan und Lin 2022, S. 3). Menschen, die den wissenschaftlichen Konsens zur Existenz des Klimawandels als Versuch der Meinungsbeeinflussung wahrnehmen, empfinden dies als Bedrohung ihrer individuellen Freiheit, wodurch die ursprüngliche Skepsis weiter verstärkt wird (Ma et al. 2019). Ähnliche Mechanismen identifizieren Mau et al. (2023) für Deutschland. Ihr Konzept der **Triggerpunkte** beschreibt „neuralgische Stellen“ im öffentlichen Diskurs, die heftige emotionale Reaktionen hervorrufen (ebd., S. 246). Besonders relevant sind sogenannte „Verhaltenszumutungen“: Wenn Umweltpolitik als Eingriff in die individuelle Lebensführung wahrgenommen wird, kann dies zu einer kategorischen Ablehnung ökologischer Forderungen führen – etwa beim Umstieg auf Elektromobilität, der Reduktion des Fleischkonsums oder dem Verzicht auf Flugreisen (ebd., S. 266).

Auf Basis dieser Erklärungsansätze stellt sich die Frage, **wie Umweltpolitik auf umweltregressiven Populismus reagieren kann**. Eine wirksame Strategie erfordert sowohl ein fundiertes Verständnis der populistischen Mechanismen und Rhetorik als auch konkrete Handlungsansätze, die demokratische und ökologische Werte stärken. Im nächsten Abschnitt stellen wir **vier strategische Prinzipien** sowie **sechs zentrale Handlungsfelder** vor, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ergebnissen des kollaborativen Werkstattprozesses basieren. Sie bieten praktische Lösungsansätze zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

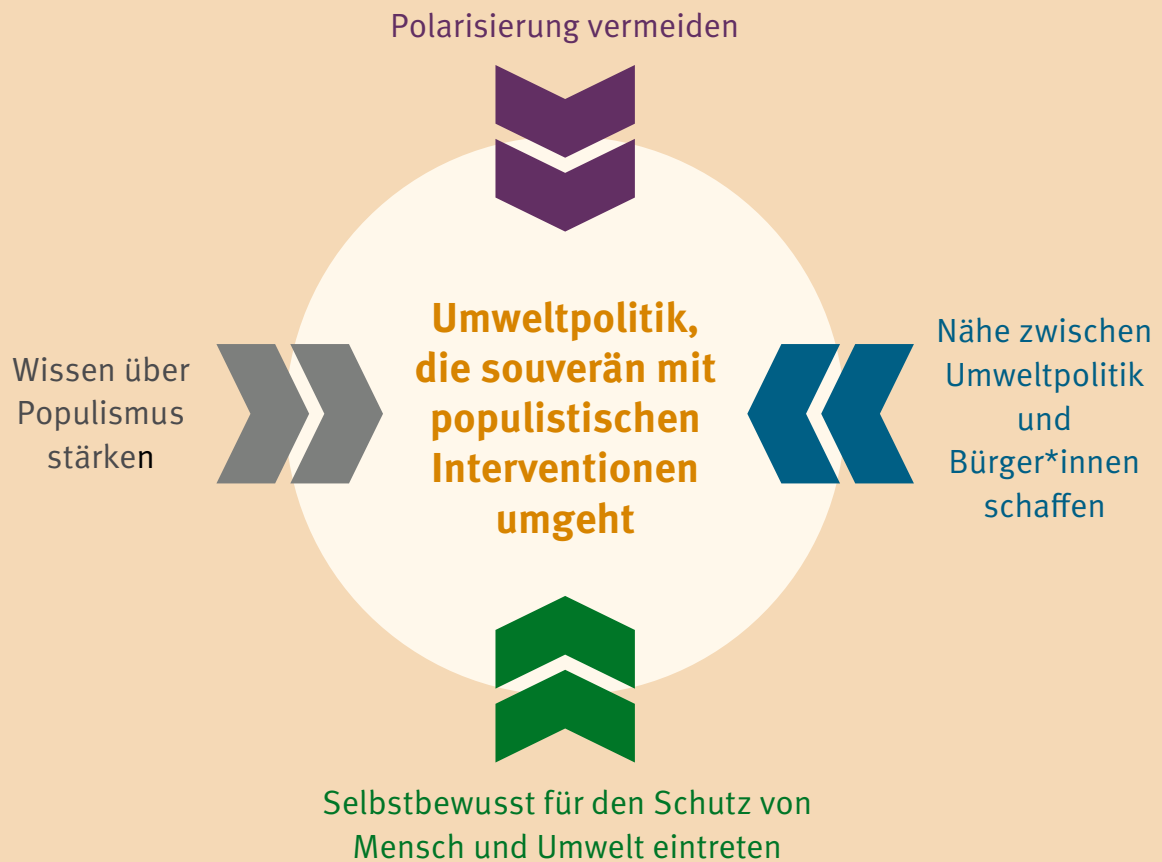
Umweltpolitik

4

Prinzipien und Handlungsfelder für eine souveräne Umweltpolitik



Vier Prinzipien für eine souveräne Umweltpolitik



Eigene Darstellung (ifok)

Aus der in Kapitel 3 beschriebenen Funktionsweise von umweltregressivem Populismus sowie den wissenschaftlichen Erklärungsansätzen leiten sich vier Prinzipien ab, die zu einem souveränen Umgang des Umweltressorts mit umweltregressivem Populismus führen sollen.

Die **vier Prinzipien** verfolgen sowohl einen reaktiven als auch proaktiven Ansatz. Ziel ist es, dass die Umweltpolitik des Umweltressorts nicht nur souverän auf populistische Interventionen reagiert, sondern auch gezielt vorbeugt. Der hier vorgestellte strategische Rahmen soll dazu beitragen, die Angreifbarkeit zu verringern, das Vertrauen in umweltpolitisches Handeln zu stärken und die Widerstandsfähigkeit gegenüber populistischen Interventionen langfristig zu erhöhen.

Die vier strategischen Prinzipien im Detail

Wissen über Populismus stärken

Populismus arbeitet mit Vereinfachungen und Schuldzuweisungen, um Umweltpolitik anzugreifen. Deshalb sollten Mitarbeitende des Umweltressorts lernen, populistische Strategien frühzeitig zu erkennen und souverän darauf zu reagieren. Ein fundiertes Verständnis dieser Mechanismen hilft, populistische Narrative zu entkräften und wirksame Gegenmaßnahmen zu entwickeln. So bleibt die Umweltpolitik widerstandsfähiger gegenüber Desinformation und Manipulation.

Insbesondere in der außerbehördlichen Bildung sollte mit aktivierenden Ansätzen gearbeitet werden, die Demokratie und Mitbestimmung erfahrbar machen und so über die reine Wissensvermittlung hinausgehen.

Polarisierung vermeiden

Die ökologische Transformation bringt Veränderungen mit sich, die populistisch agierende Akteur*innen nutzen, um Konflikte zu verschärfen. Besonders materielle Verteilungsfragen bergen enormes Polarisierungspotenzial (siehe Kapitel 3: Erklärungsansätze für umweltregressiven Populismus). Umweltpolitik kann dem entgegenwirken, indem sie soziale Auswirkungen ihrer Maßnahmen von Anfang an mitdenkt. Klare, verständliche Kommunikation und eine positive, zukunftsorientierte Erzählweise helfen, Ängste abzubauen. Zudem braucht es (mehr) Dialogräume, um verschiedene Perspektiven einzubeziehen und gesellschaftliche Gräben zu überbrücken.

Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen

Populistisch intervenierende Akteur*innen stellen Umweltpolitik oft als „Politik von oben“ dar, die die Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt. Tatsächlich werden regressive Verteilungseffekte von Umweltpolitik bisher noch zu wenig berücksichtigt (siehe Kapitel 3). Deshalb sollte Umweltpolitik soziale Fragen und die Interessen benachteiligter Gruppen stärker in den Mittelpunkt rücken. Transparente Entscheidungen, verständliche Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten fördern Vertrauen und reduzieren die Angriffsfläche für populistische Kritik.

Selbstbewusst für den Schutz von Mensch und Umwelt eintreten

Umweltpolitik sollte sich nicht von populistischen Angriffen verunsichern lassen. Statt auf jede Provokation zu reagieren, gilt es, klare Positionen zu vertreten und die Vorteile nachhaltiger Politik sichtbar zu machen. Der Schutz von Mensch und Umwelt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine enge Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft stärkt die Glaubwürdigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber populistischen Attacken.

Die folgenden **sechs Handlungsfelder** leiten sich aus den vier strategischen Prinzipien ab und setzen diese in konkrete Maßnahmen um. Jedes Handlungsfeld orientiert sich dabei an einem oder mehreren Prinzipien und macht sie für die Praxis anwendbar (siehe Abbildung 2).

Im Folgenden begründen wir die Auswahl der sechs Handlungsfelder und zeigen auf, welchen Beitrag sie zur Stärkung der Umweltpolitik leisten.

So zählen die sechs Handlungsfelder auf die Prinzipien ein



Basierend auf diesen vier strategischen Prinzipien haben wir sechs Handlungsfelder erarbeitet:

(1) Politikgestaltung		(4) Akteursallianzen	
(2) Narrative und Kommunikation		(5) Behördeninterner Kompetenzaufbau	
(3) Bürgerbeteiligung		(6) Behördenexterne Bildungsmaßnahmen	

(1) Politikgestaltung

Populistisch intervenierende Akteur*innen nutzen gesellschaftliche Zielkonflikte, um Umwelt- und Klimapolitik pauschal abzulehnen. Besonders wirksam ist dabei die Ansprache sozialer Ängste – etwa vor höheren Kosten oder ungerechter Verteilung der Lasten (Sturm 2020, S. 80–81).

Für die Akzeptanz von Umwelt- und Klimapolitik ist die wahrgenommene soziale Gerechtigkeit entscheidend (Berquist et al. 2022, S. 236). Viele Menschen bewerten Umweltpolitik vor allem danach, wie stark diese sie persönlich finanziell belastet (Melloh et al. 2022, S. 11). In einkommensschwächeren Gruppen überwiegt dabei die Sorge vor den Kosten des ökologischen Umbaus oft gegenüber der Angst vor den Folgen des Klimawandels (Mau et al. 2023, S. 233). Als besonders ungerecht wird empfunden, dass oft nicht diejenigen am meisten zahlen, die am stärksten zu Umwelt- und Klimaschäden beitragen – etwa Wohlhabende oder energieintensive Industrien (ebd. S. 221 f., 233 f.). Es gilt, den wichtigen Debatten zur Verursachung der ökologischen Krisen nicht auszuweichen.

Um populistischen Angriffen vorzubeugen, muss Umweltpolitik soziale Folgen frühzeitig mitdenken und für eine faire Verteilung der Kosten sorgen. Die Bereitschaft zum Mitmachen steigt deutlich, wenn Menschen die Politik als gerecht empfinden (Detsch 2024, S. 10; pollytix 2024, S. 39–40). Besonders akzeptiert wird eine Politik, die ärmere Haushalte entlastet und Wohlhabende stärker in die Pflicht nimmt. Eine Studie aus Frankreich zeigt beispielsweise, dass die Zustimmung zu einem Tempolimit steigt, wenn es mit einem Verbot von Privatjets verknüpft wird (Théodore et al. 2024).

Zwar kann Umweltpolitik soziale Ungleichheit nicht allein beheben – ignoriert sie diese jedoch, verstärkt sie bestehende Spannungen und liefert Angriffsfläche für das populistische Narrativ vom „Elitenprojekt“ auf Kosten der Bevölkerung (Jost et al. 2024, S. 27; Denk & Siebert 2024, S. 6–7). Ein prominentes Beispiel dafür war die bereits erwähnte Debatte um das Gebäudeenergiegesetz (siehe S. 17).

➔ Weiterlesen:

Handlungsansatz 1 „Soziale Folgenabschätzung in der Politikgestaltung verankern“ auf Seite 32

(2) Narrative und Kommunikation

Umwelt- und Klimapolitik findet mehr Unterstützung, wenn ihre positiven **(Neben-)Effekte** betont werden – etwa bessere Gesundheit, höhere Lebensqualität und ein wirksamer Schutz vor Klimaschäden (pollytix 2024, S. 61). In der Klimapolitik überzeugen Argumente wie die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, geringere Abhängigkeit von Energieimporten und persönliche Energieautarkie (Hagemeyer et al. 2024, S. 22).

Ein **positives Framing** wirkt stärker als die Betonung negativer Folgen von Umweltschäden (pollytix 2024, S. 50). Erfolgsbeispiele – etwa die Renaturierung von Industrieflächen, welche die lokale Lebensqualität verbessern – machen Veränderungen greifbar, geben Zuversicht und stärken das Gefühl, Teil einer gemeinsamen Anstrengung zu sein (Detsch 2024, S. 8).

Positive Zukunftsnarrative sind daher zentral – werden aber bisher zu wenig genutzt.

Ebenso wichtig ist eine **zielgruppengerechte Kommunikation**. Warnungen vor der „Klimakrise“ mobilisieren Menschen mit hohem Problembewusstsein – andere fühlen sich abgeschreckt (pollytix 2024, S. 50).

Eine **einfache und bürgernahe Sprache** ist für eine erfolgreiche Kommunikation entscheidend (pollytix 2024, S. 61). Fachbegriffe wie „CO₂-Senke“, „Biodiversität“ oder „Klimaanpassung“ sind vielen Menschen nicht aus ihrem Alltag bekannt. Wenn Politik und Verwaltung unverständlich kommunizieren, erschwert das Bürger*innen nicht nur den Zugang zu politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln, es öffnet auch ein Einfallstor für populistische Deutungen. Deshalb ist es entscheidend, Inhalte so zu vermitteln, dass sie nachvollziehbar sind und nicht als abgehobenes Eliten-Handeln wahrgenommen werden.

Soziale Medien verstärken populistische Inhalte, da sie auf Emotionen, Polarisierung und Provokation setzen – genau das, was die Algorithmen belohnen (Hillje 2024). Ähnliches gilt für die Verbreitung emotional aufgeladener Überschriften in den Online-Medien via „Clickbaits“. Gegen diese Dynamik reichen Faktenchecks allein nicht aus. Wichtig ist der gezielte **Aufbau von Medien- und Digitalkompetenz**, damit umweltpolitische Akteur*innen ihre Botschaften souverän und wirksam kommunizieren können.



➔ **Weiterlesen:**
**Konkrete Handlungsansätze im Bereich
 „Narrative und Kommunikation“:**

- Mithilfe emotionaler Erzählungen positive Zukunftsperspektiven vermitteln auf Seite 39
- Komplexe Inhalte in bürgernaher Sprache kommunizieren auf Seite 45
- Kompetenzen zu digitalen und sozialen Medien aufbauen und stärken; Desinformation durch Community-Management entgegenwirken auf Seite 49

(3) Bürgerbeteiligung

Neben der Verteilungs- spielt die Verfahrensgerechtigkeit eine wichtige Rolle für die Akzeptanz von Umweltpolitik. Auch wenn hierzu noch Forschungsbedarf besteht, zeigt die existierende Literatur einen positiven **Effekt von Beteiligung** (Detsch 2024, S.12). Beteiligung kann das Vertrauen und die Zustimmung zu Maßnahmen erhöhen. Besonders wirksam sind Testphasen, die durch Beteiligungsverfahren begleitet werden. Sie ermöglichen es, Maßnahmen vorübergehend zu erproben, Bedenken aufzugreifen und anzupassen. So stieg etwa in Stockholm die Zustimmung

zur City-Maut nach einer Testphase mit öffentlicher Beteiligung um 18 Prozentpunkte – eine Mehrheit sprach sich anschließend in einem Referendum für die dauerhafte Einführung aus (Heyen & Schmitt 2024, S. 16).

Beteiligungsprozesse schaffen Räume, in denen Zielkonflikte offen und faktenbasiert diskutiert werden können – gerade solche, die von populistischen Akteur*innen emotional aufgeladen werden. Formate wie öffentliche Dialoge zur Windenergieplanung zeigen, wie lokale Perspektiven und fachliches Wissen konstruktiv zusammenwirken¹⁰.

Wichtig ist dabei die Qualität: Beteiligung braucht eine klare Ziel- und Rahmensetzung, ein durchdachtes Verfahrensdesign, eine hohe Verfahrensqualität, einen adäquaten Umgang mit den Ergebnissen und deren Evaluation (siehe [Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung](#)¹¹). Besonders entscheidend ist der Umgang mit den Ergebnissen durch Politik und Verwaltung. Werden Vorschläge nicht umgesetzt, muss dies gut begründet und kommuniziert werden, um Enttäuschung und Delegitimierung zu vermeiden.

Eine gut durchdachte Beteiligung kostet zunächst Zeit, kann aber langfristig Verfahren beschleunigen – wenn sie frühzeitig Konflikte klärt und zu tragfähigen Lösungen beiträgt (Allianz Vielfältige Demokratie 2017, S. 7).

¹⁰ Gleichzeitig bergen Beteiligungsprozesse das Risiko, von populistischen Akteur*innen instrumentalisiert beziehungsweise diskreditiert zu werden. Hier gilt es, qualitativ hochwertige Verfahren zu gewährleisten, um Kritik an dem Prozess zu entkräften und eine Instrumentalisierung zu vermeiden.

¹¹ <https://www.bmu.de/download/leitlinien-fuer-gute-buergerbeteiligung-qualitaetssicherung>

➔ **Weiterlesen:**

Handlungsansatz 5 „Bürgerbeteiligung effektiv, verstärkt und passgenau für Umweltpolitik nutzen“ auf Seite 54

(4) Akteursallianzen

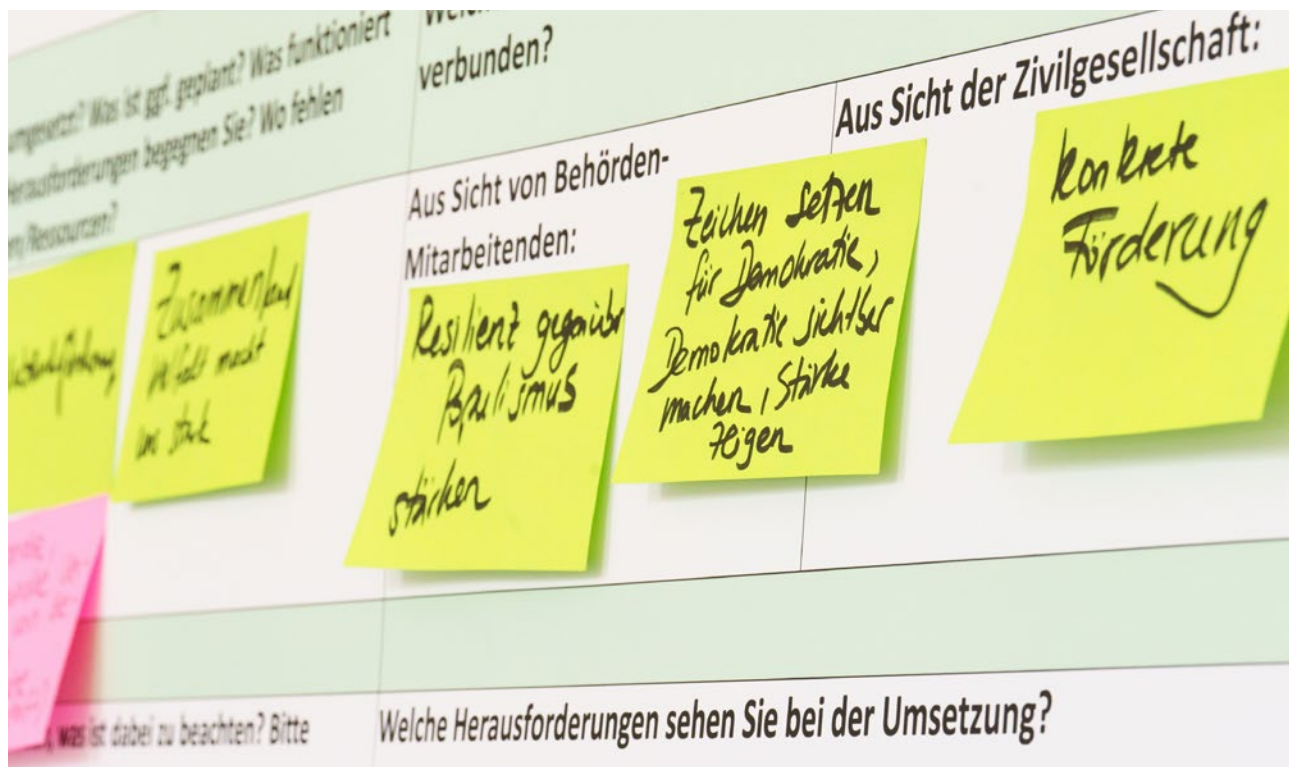
Umweltpolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Aufgrund der komplexen Herausforderungen braucht das Umweltressort starke Bündnisse, um wirksame, alltagsnahe und zielgruppengerechte Maßnahmen umzusetzen (Klein et al. 2020, S. 73–76).

Strategische Allianzen verbessern die **Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen**. Denn: Viele Menschen orientieren sich bei strittigen Themen an Akteur*innen, denen sie vertrauen und denen sie ideologisch nahestehen (Heyen & Schmitt 2024, S. 14–15). Dementsprechend können strategische Bündnisse mit breiten Allianzen helfen, Zielgruppen zu erreichen, die dem BMUKN und seinem Geschäftsbereich sonst eher fernstehen. Dies können beispielsweise Sportvereine, Stadtwerke, Handwerksbetriebe, Religionsverbände, Brauchtums- und Traditionsvereine, lokale zivilgesellschaftliche Organisationen oder Einzelpersonen sein.

Allianzen wirken populistischen Narrativen entgegen, etwa der Behauptung, nur eine Minderheit unterstütze Umweltpolitik. Die „Bürgerenergiewende zeigt, wie unterschiedliche Akteur*innen aus engagierter Bürgerschaft, Umweltverbänden, Landwirtschaft, Unternehmen und politischen Entscheidungsträger*innen gemeinsam für erneuerbare Energien eintreten können (Bündnis Bürgerenergie 2025). Die Einbindung von Bürger*innen in erneuerbare Energieprojekte kann die populistische Argumentation entkräften, dass Anwohner*innen per se den Ausbau von Wind- und Solarenergie ablehnen.

Zugleich geraten zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend unter Druck durch populistische und extremistische Akteur*innen, die demokratische Institutionen gezielt angreifen (Schroeder et al. 2020, S. 118–120; Semsrott 2024). Die Folge: Ressourcen fließen in Abwehr statt in die eigentliche Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen (Schroeder et al. 2020, S. 118–120).

Deshalb sollte das Umweltressort die Zivilgesellschaft aktiv stärken – durch Vernetzung, Schutzstrukturen und ausreichende Ressourcen. Denn eine starke Zivilgesellschaft ist zentral – für Demokratie und Umweltschutz (BMUV 2020, S. 58–59).



➔ **Weiterlesen:**

Handlungsansatz 6 „Allianzbildung mit der Zivilgesellschaft stärken“ auf Seite 59

(5) Behördeninterner Kompetenzaufbau

Populistische Angriffe können die Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungen und die Akzeptanz von Umweltmaßnahmen erheblich schwächen. Mitarbeitende müssen daher in der Lage sein, solche Angriffe zu erkennen und angemessen damit umzugehen – ohne die Integrität von Umweltpolitik zu gefährden. Denn die Konfrontation zwischen populistischen Positionen und wissenschaftlich fundierter Politik erfordert besondere Kommunikations- und Dialogfähigkeiten.

Populistisch intervenierende Akteur*innen nutzen zunehmend digitale Plattformen und soziale Medien, um Desinformation zu verbreiten und die öffentliche Meinung zu polarisieren (Carral et al. 2023). Deshalb ist es wichtig, dass Mitarbeitende über grundlegende Medienkompetenz verfügen: Sie müssen Falschinformationen erkennen und gleichzeitig die Plattformen gezielt für eigene Kommunikationsstrategien nutzen können.

Zudem sind populistische Angriffe oft persönlich und emotional aufgeladen. Sie können bei betroffenen Mitarbeitenden Stress, Verunsicherung, Angst oder ein Gefühl der Isolation auslösen. Derzeit gibt es behördenintern keine feste Anlaufstelle, an die sich betroffene Personen wenden können.

Ein gezielter Kompetenzaufbau hilft, diese Lücke zu schließen. Er stärkt nicht nur das individuelle Wissen, sondern fördert die Zusammenarbeit und den Austausch im gesamten Umweltressort. Schulungen und interne Beratungsangebote können als Plattformen für gegenseitige Unterstützung und das Teilen erfolgreicher Ansätze dienen.

➔ **Weiterlesen:**

Handlungsansatz 7 „Schulungs- und Beratungsangebote aufbauen und stärken: Betroffene schützen“ auf Seite 66

(6) Behördenexterne Bildungsmaßnahmen

Umweltregressiver Populismus delegitimiert nicht nur umweltpolitische Maßnahmen, sondern greift auch demokratische Institutionen insgesamt an (Denk & Siebert 2024). Das Umweltressort sollte diese Verschränkung von antidemokratischen und umweltregressiven Tendenzen in der Bildungsarbeit verstärkt berücksichtigen.

Politische Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für selbstbestimmtes Handeln in einer Demokratie (Barbehön & Wohnig 2022). Gemäß der Strategie der Bundesregierung für Demokratie und gegen Extremismus soll sie unter anderem helfen, „antidemokratische Positionen kritisch zu reflektieren“ (Bundesministerium des Innern und für Heimat [BMI] 2024a). Umweltbildung darf sich daher nicht auf die Wissensvermittlung im Umweltbereich beschränken. Vielmehr sollte sie im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) die notwendigen Kompetenzen vermitteln, um an der „Gestaltung einer demokratischen und kulturell vielfältigen Gesellschaft“ sowie den „gesellschaftlichen Veränderungen [...] hin zu einer nachhaltigen, gerechten Gesellschaft“ mitzuwirken (BMUV 2023). Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen und Akteursstrukturen in der Umweltpolitik sowie die Aufklärung über umweltregressiven Populismus und den Umgang mit Falschinformationen (Nachreiner et al. 2020, S. 14).

Diesem Anspruch wird das Bildungsangebot des BMUKN in vielerlei Hinsicht bereits gerecht, etwa durch Formate, die Demokratie- und Umweltbildung verbinden oder explizit umweltregressiven Populismus thematisieren. Diese Ansätze gilt es zu verstetigen. Künftig sollte noch gezielter darauf geachtet werden, demokratiepolitische Inhalte in bestehende und neue Bildungsprojekte zu integrieren – insbesondere zu den Wirkmechanismen von umweltregressivem Populismus und den strukturellen Voraussetzungen einer nachhaltigen Umweltpolitik.

➔ **Weiterlesen:**

Handlungsansatz 8 „Demokratiepolitische Aspekte der Umweltpolitik stärken“ auf Seite 70

5

**Acht
Handlungsansätze**



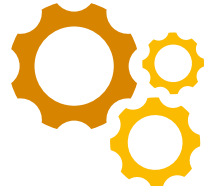
Im Folgenden stellen wir **acht Handlungsansätze** für das Umweltressort vor. Wir beginnen mit proaktiven Handlungsansätzen, die an den Ursachen für das Verfangen von Populismus in der Gesellschaft ansetzen. Wie in Kapitel 3 beschrieben, schaffen bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen einen besonders günstigen „Nährboden“ für Populismus. Die Handlungsansätze 1, 2, 3 und 5 greifen daher insbesondere die folgenden Prinzipien auf: Polarisierung vermeiden und Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen.

Die Handlungsansätze 4, und 7 sind eher reaktiver Natur. Sie sollen helfen, auf populistische

Interventionen souverän(er) reagieren zu können und negative Effekte auf Umweltpolitik und die Mitarbeitenden des Umweltressorts so gering wie möglich zu halten. Sie folgen insbesondere den folgenden Prinzipien: Selbstbewusst den Schutz von Mensch und Umwelt vorantreiben sowie Wissen über Populismus stärken.

Handlungsansätze 6 zur Allianzbildung und 8 zu behördenexternen Bildungsmaßnahmen bilden Ausnahmen und lassen sich in beide Kategorien einordnen. Diese Ansätze enthalten sowohl proaktive als auch reaktive Elemente.

Handlungsansatz	Handlungsfeld	Pro-aktiv 	Re-aktiv 	Polarisierung vermeiden	Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen	Selbstbewusst den Schutz von Mensch und Umwelt vorantreiben	Wissen über Populismus stärken
1 Soziale Folgenabschätzung in der Politikgestaltung verankern	Politikgestaltung	x					
2 Mithilfe emotionaler Erzählungen positive Zukunftsperspektiven vermitteln	Narrative und Kommunikation	x					
3 Komplexe Inhalte in bürgernahe Sprache kommunizieren		x					
4 Kompetenzen zu digitalen und sozialen Medien aufbauen und stärken; Desinformation durch Community-Management entgegenwirken			x				
5 Bürgerbeteiligung effektiv, verstärkt und passgenau für Umweltpolitik nutzen	Beteiligung	x					
6 Allianzbildung mit der Zivilgesellschaft stärken	Allianzen	x	x				
7 Schulungs- und Beratungsangebote aufbauen und stärken; Betroffene schützen	Kompetenzaufbau		x				
8 Demokratiepolitische Aspekte der Umweltpolitik stärken	Bildung	x	x				



1 – Soziale Folgenabschätzung in der Politikgestaltung verankern

Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Polarisierung vermeiden
- ✓ Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen
- ✓ Selbstbewusst den Schutz von Mensch und Umwelt vorantreiben

Wirkungsart: ☐ Reaktiv ☒ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☐ Kurzfristig ☒ Langfristig



Um populistischer Mobilisierung vorzugreifen und das Risiko einer gesellschaftlichen Gegenreaktion zu minimieren, sollte Umweltpolitik keine sozialen Ungleichheiten verschärfen. Neben der fairen Verteilung von Kosten und Nutzen gilt es, die Anerkennung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, ihrer Leistungen und Identitäten zu wahren (Anerkennungsgerechtigkeit). Dies ist vor allem bei tiefgreifenden Strukturwandelprozessen, wie etwa dem Kohleausstieg, relevant.

Daher sollten politische Entscheidungen frühzeitig die sozialen und wirtschaftlichen Folgen geplanter Maßnahmen einbeziehen. Durch eine vorausschauende Analyse lassen sich Anpassungen im Maßnahmen-Design vornehmen und geeignete Ausgleichsinstrumente entwickeln, bevor populistisch intervenierende Akteur*innen Widerstand mobilisieren. Besonders vulnerable Gruppen verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit. Eine gerechte Verteilung der Lasten sollte sich am Verantwortungsprinzip orientieren: Gesellschaftliche Gruppen, die durch ihren (Luxus-)Konsum und ihre Wirtschaftsweise stärker zur ökologischen Krise beitragen, sollten bei der Finanzierung umweltpolitischer Maßnahmen entsprechend in die Verantwortung genommen werden. Gleichzeitig müssen sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, einschließlich der unteren Mittelschicht¹², mit ihrem vergleichsweise geringen ökologischen Fußabdruck gezielt entlastet werden.

Entsprechend sollte das Umweltressort die **Analyse sozialer Verteilungseffekte** als festen Bestandteil der Politikgestaltung verankern. Der folgende Abschnitt zeigt, warum eine verstärkte Folgenabschätzung notwendig ist, und stellt verschiedene Ansätze für die behördliche Praxis vor.

Eine gerechte Lastenverteilung erfordert, dass Verantwortliche die erwartbaren sozialen Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen systematisch erfassen und bewerten. Bisher erfolgt dies vor allem im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung, welche in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien festgelegt ist (BMI 2024c). Allerdings konzentriert sich die Gesetzesfolgenabschätzung zumeist auf haushalterische Auswirkungen, den Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft sowie die Auswirkungen auf die Verbraucher*innen. Auch wenn eine Prüfung der Gesetzesfolgen hinsichtlich ihrer Wirkung auf eine nachhaltige Entwicklung (welche durch die elektronische Nachhaltigkeitsprüfung¹³ erfolgt) ebenso vorgeschrieben ist, ist eine umfassende soziale Folgenabschätzung nicht explizit vorgesehen. Ein UBA-Positionspapier zur Gesetzesfolgenabschätzung stellt fest: „Aussagen zu Aspekten der sozialen Gerechtigkeit [...] fehlen häufig“ (Matthey et al. 2018, S. 6). Diese sind jedoch elementar, um den negativen Verteilungswirkungen in der Politikgestaltung gezielt entgegenzuwirken. Daher sollten in der Politikgestaltung die Verteilungswirkungen geplanter Maßnahmen strukturiert analysiert werden.

¹² Für eine Definition der Mittelschicht nach OECD-Kriterien siehe: Dorn et al. 2023, S. 29-36

¹³ <https://plattform.egesetzgebung.bund.de/cockpit/#/egfa>

Nachfolgend stellen wir drei miteinander kombinierbare Bausteine der sozialen Folgenabschätzung vor. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihres Umfangs, ihrer Institutionalisierung und ihres Erfüllungsaufwandes.

Baustein 1

Interne Konsultation von „Sozialreferaten“ in der Ausarbeitung von Umweltmaßnahmen und Sensibilisierung von Facheinheiten

Werden neue umweltpolitische Maßnahmen entwickelt, sollten im Rahmen der Hausabstimmung jene Facheinheiten einbezogen werden, die sich mit den sozialen Aspekten von Umweltpolitik befassen. Eine solche Konsultation der „Sozialreferate“ im Prozess der Politikgestaltung dient der gemeinsamen Abschätzung von möglichen Verteilungseffekten geplanter Maßnahmen sowie der Identifikation des damit verbundenen Risikos einer populistischen Intervention. Daraufhin sollten die beteiligten Akteur*innen die Maßnahmen gemeinsam überarbeiten und ggf. geeignete Flankierungs- oder Ausgleichsmechanismen entwickeln. Die Mitarbeitenden der „Sozialreferate“ können in ihrer Einschätzung auf Wissen und Erfahrungen aus bestehenden Projekten zur sozialen Folgeabschätzung zurückgreifen, die in der Regel in diesen Referaten angesiedelt sind (siehe „Anknüpfungspunkte“). Damit steht ihnen eine breite fachwissenschaftliche Basis zur Verfügung. Um die ganze Bandbreite des durch ressorteigene Vorhaben generierten Wissens nutzen zu können, ist ein funktionierender Austausch zwischen dem BMUKN und seinen nachgeordneten Behörden elementar.

Gleichzeitig sollten Facheinheiten, die umweltpolitische Maßnahmen entwickeln, für die Relevanz sozialer Aspekte in der Politikgestaltung sensibilisiert werden. Den Mitarbeitenden dieser Einheiten sollten Möglichkeiten geboten werden, ihre Expertise in diesem Bereich ausbauen, sodass sie selbst eine erste Einschätzung treffen können, ob es einer tiefergehenden Betrachtung sozialer Folgen bedarf. Solch ein Wissensaufbau könnte im Rahmen von verpflichtenden Workshops und Schulungen erfolgen. Diese sollten ebenso über Instrumente und Faktoren der sozial gerechten Politikgestaltung aufklären, sodass die Facheinheiten noch stärker als bisher in die Lage versetzt werden, Aspekte der sozialen Gerechtigkeit systematisch in der Maßnahmenentwicklung zu berücksichtigen. Hier können insbesondere die

Erkenntnisse der Akzeptanzforschung eine Grundlage darstellen (siehe „Weitere Quellen“).

Baustein 2

Standardisierte, niedrigschwellige Checkliste zur Folgenabschätzung

Bei der Hausabstimmung sollten die sozialen Verteilungswirkungen anhand einer Checkliste bewertet werden. Diese sollte niedrigschwellig mit geringem Mehraufwand durchzuführen sein. Der Check sollte anhand einer standardisierten Frageliste erfolgen. Infrage kommen dafür verschiedene Formate, beispielsweise ein PDF- oder Word-Dokument, oder ein einfach zu bedienendes Web-Tool. Es gilt zu prüfen, welches Format den Anforderungen an einfache Entwicklung und unkomplizierte Bedienbarkeit am besten entspricht. Die Checkliste dient der systematischen Abschätzung der sozialen Verteilungswirkungen (sowohl der Kosten als auch des Nutzens) entlang verschiedener Dimensionen (sozio-ökonomische und -demografische, räumliche, zeitliche Verteilung) und Wirkungskategorien (zum Beispiel Einkommen, Vermögen, Arbeit, Gesundheit, Zugang zu öffentlichem Raum und politischer Teilhabe). Eine Durchführung durch die Facheinheiten könnte gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den „Sozialreferaten“ erfolgen.

Gleichzeitig sollte die Checkliste anzeigen, ob es einer umfangreicheren Prüfung der sozialen Verteilungswirkung und möglicher Ausgleichsmechanismen bedarf. Ist dies der Fall, sollte in Einzelfällen ein umfassendes Social Impact Assessment durchgeführt bzw. in Auftrag gegeben werden (Baustein 3).

Neben einer Abschätzung der sozialen Folgen sollte die Checkliste eine Indikation über das Risiko einer populistischen Intervention bezüglich der jeweiligen umweltpolitischen Maßnahme liefern. Relevante Faktoren können hierbei u. a. sein:

- Wie verteilen sich die mit der Maßnahme einhergehenden Kosten und Nutzen (monetär, in Bezug auf Gesundheit, Teilhabe, Zugang etc.) auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen (zum Beispiel nach Einkommensdezil, Geschlecht, Alter), Räume (zum Beispiel spezifische Regionen, Stadt/Land) und ggf. Zeiten (zum Beispiel künftige Generationen)?



- ▶ Welche Folgen hätte ein Nicht-Handeln auf vulnerable/einkommensschwache Gruppen?
 - ▶ Wie kann die Maßnahme so ausgestaltet werden, dass sie für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen sowie die untere Mitte bezahlbar ist?
 - ▶ Gibt es gesellschaftliche Entwicklungen (Inflation, Lohnentwicklung etc.), die die Verteilungswirkung der Maßnahme beeinflussen oder die mediale Aufmerksamkeit der Maßnahme erhöhen?
 - ▶ Wie tief greift die Maßnahme in das private Nahumfeld bzw. in den Alltag der Betroffenen ein?
 - ▶ Wie präsent war und ist das Thema in der öffentlichen Debatte?
 - ▶ Ist die gesellschaftliche Debatte zum Thema polarisiert? Ist die Maßnahme bereits Bestandteil populistischer bzw. extremistischer Agitation?
 - ▶ Welche Erkenntnisse liefert die Forschung über gesellschaftliche Einstellungen zu der Maßnahme bzw. dem Themenfeld?
- Die Checkliste kann entweder von einem externen Dienstleister, beispielsweise im Rahmen eines Forschungsvorhabens, erarbeitet oder von den „Sozialreferaten“ selbst entwickelt werden. In jedem Fall sollte die Erstellung der Checkliste unter Einbeziehung der Expertise aus dem Umweltressort, der Zivilgesellschaft und der Forschung erfolgen. Orientierungspunkt könnte dabei speziell das Tool zur Strategiefolgenabschätzung (SFA¹⁴) sein, welches seit 2019 im Umweltressort für die ex ante Folgenabschätzung von politischen Strategien im Bereich Umwelt, Wirtschaft und Soziales genutzt wird. Insbesondere die im Rahmen des Tools zu beantwortenden Leitfragen im Bereich Soziales¹⁵ sind für die Folgenabschätzung umweltpolitischer Maßnahmen relevant. Anders als das existierende SFA, sollte das Tool zur Folgenabschätzung verpflichtender Bestandteil der Entwicklung umweltpolitischer Maßnahmen sein.

¹⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/umweltpruefungen/folgenabschaetzung-von-politischen-strategien>

¹⁵ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2271/dokumente/sfa_leitfragen.pdf

Baustein 3

Social Impact Assessment

Ein Social Impact Assessment (SIA) stellt eine systematische ex ante Gesetzesfolgenabschätzung entlang gesellschaftlicher Ungleichheitsdimensionen dar. Dabei werden neben sozio-ökonomischen Kriterien weitere Faktoren wie beispielsweise Gesundheit, regionale Disparitäten und der Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge berücksichtigt.

Um den hausinternen Mehraufwand möglichst gering zu halten, sollte ein umfassendes Social Impact Assessment nur erfolgen, wenn die Verteilungswirkung einer geplanten umweltpolitischen Maßnahme in der Hausabstimmung oder mithilfe der oben beschriebenen Checkliste als negativ eingeschätzt wird. Dies sollte nur Einzelfälle betreffen.

Die Ergebnisse des Social Impact Assessments können dann in den Gestaltungsprozess der Gesetzgebung mit einfließen. Hier ist die politische Ebene in der Verantwortung, die maßgeblichen Schlüsse zu ziehen und Entscheidungen zu treffen (insbesondere zur Priorisierung der Ergebnisse).

In der Konzeption und Umsetzung eines solchen Social Impact Assessments kann auf eine Reihe bereits existierender Aktivitäten des Umweltressorts sowie anderer Institutionen aufgebaut werden (siehe „Anknüpfungspunkte“). Darüber hinaus sollten die Aktivitäten anderer Ministerien sowie der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) Orientierung bieten. So hat die Bundesregierung mit dem Klimaschutzprogramm 2023 beschlossen, ein Sozialmonitoring Klimaschutz aufzubauen, welches von Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gemeinsam in Auftrag gegeben wurde (BMWK 2023, S. 25).

Ziel des entsprechenden **Forschungsvorhabens**¹⁶ ist, Vorschläge für die Konzeption eines ex ante Social Impact Assessments Klimaschutz zu machen. Das hier vorgeschlagene Social Impact Assessment für den Umweltschutz sollte sich eng an diesem Vorhaben orientieren. Einen weiteren Anhaltspunkt kann das Integrated Impact Assessment auf EU-Ebene bieten, welches ein elementarer Bestandteil der Anstrengungen der EU ist, bessere (das heißt

sozialverträglich ausgestaltete, evidenzbasierte und effektive) gesetzliche Vorschriften zu erlassen (Europäische Kommission 2024).

Hinweise zur Umsetzung

- ▶ Ein **Forschungsvorhaben** zur Entwicklung eines Social Impact Assessments sollte u. a. klären, wann im Politikprozess ein solches Assessment ansetzt, wie es konkret gestaltet sein kann, wie es verstetigt wird und welche Unterstützungsstrukturen es innerhalb des Umweltressorts braucht.
- ▶ Sollte die Entwicklung für ein umfangreicheres SIA an **externe Dienstleister** vergeben werden, könnte das Forschungsvorhaben durch ein Arbeitspaket ergänzt werden, das die Durchführung eines SIA für einzelne Gesetzesvorhaben im Sinne einer **Erprobung** vorsieht.
- ▶ Bei besonders konflikthafter oder langfristig geplanten Maßnahmen können zusätzlich **Fokusgruppen** mit betroffenen Gesellschaftsgruppen eingesetzt werden, um frühzeitig Konfliktpotenziale und Optionen für sozialen Ausgleich zu identifizieren.
- ▶ Ein SIA verursacht zusätzlichen Aufwand, doch dieser sollte ganzheitlich bewertet werden: Neben finanziellen und personellen Ressourcen sind mögliche Einsparungen durch reibungslosere Umsetzung, geringeren politischen und medialen Widerstand und weniger nachträglichen Anpassungsbedarf zu berücksichtigen. Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz zeigt beispielhaft, wie fehlende soziale Flankierung zu erheblichem Mehraufwand und Akzeptanzproblemen führen kann (Jost et al. 2024, S. 27).
- ▶ Für eine konsequente Verankerung des SIA ist **Rückhalt durch die Hausleitung** zentral. Sie gibt „Sozialreferaten“ die nötige Legitimität, um ihre Analysen und Empfehlungen durchzusetzen.
- ▶ Langfristig braucht es eine **engere Abstimmung bei der Gesetzes- und Maßnahmenentwicklung** zwischen BMUKN und anderen relevanten Ministerien (zum Beispiel BMAS, BMF oder BMWE).

¹⁶ <https://www.oeko.de/projekte/detail/sozialmonitoring-klimaschutz-vom-monitoring-sozialer-wirkungen-zur-folgenabschaetzung>



- Um populistischen Angriffen präventiv zu begegnen, sollte die soziale Dimension von Umweltpolitik **proaktiv, nachvollziehbar und über vielfältige Kommunikationskanäle kommuniziert** werden (siehe Handlungsansatz 3).
- Die soziale Folgenabschätzung sollte **verschiedene Dimensionen von Gerechtigkeit berücksichtigen**: neben Einkommensungleichheit auch regionale Unterschiede (z. B. Stadt/Land, Ost/West) und soziale Faktoren wie Geschlecht oder Migrationshintergrund.
- Nicht nur Kosten, sondern auch **Nutzen umweltpolitischer Maßnahmen** sind oft ungleich verteilt. Hier gilt es, die **Verteilung des Nutzens in die Folgenabschätzung miteinzubeziehen** und gegebenenfalls Maßnahmen so zu gestalten, dass insbesondere sozio-ökonomisch und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen von Umweltpolitik

profitieren bzw. deren Mehrbelastung minimiert oder durch andere Maßnahmen ausgeglichen wird. Dies sollte kommunikativ anhand konkreter Beispiele herausgestellt werden, um aufzuzeigen, dass Umweltpolitik zu sozialer Gerechtigkeit beitragen kann.

Herausforderungen

- Der **Handlungsspielraum** des Umweltressorts ist begrenzt: Das Umweltressort kann soziale Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen analysieren und die Ergebnisse in die Maßnahmengestaltung einfließen lassen. Es kann jedoch bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten nicht allein beheben. Auch emotionale Betroffenheit – etwa wenn eine bestimmte Branche reguliert wird und sich Branchenangehörige nicht anerkannt fühlen – lässt sich nicht immer materiell kompensieren. Dennoch hilft eine bewusste Auseinandersetzung

mit Verteilungswirkungen, soziale Spannungen nicht zu verschärfen, die Akzeptanz zu erhöhen und populistischen Angriffen vorzubeugen.

- ▶ Die systematische Integration der sozialen Folgenabschätzung in den Prozess der Politikgestaltung erfordert **zusätzliche personelle (und finanzielle) Mittel**. Ein umfassendes SIA sollte dort eingesetzt werden, wo relevante soziale Verteilungseffekte zu erwarten sind. Der Aufwand lohnt sich: Er sollte in der Regel geringer ausfallen als der Schaden, der durch öffentliche Konflikte oder politischen Widerstand entstehen kann.
- ▶ Auch wenn **externe Dienstleister** mit der Durchführung eines SIA beauftragt werden, entsteht Aufwand für das Ministerium – etwa für die Vergabe, Koordination und Qualitätssicherung.
- ▶ Auch bei weniger umfangreichen Einschätzungen ist ein **zeitlicher Mehraufwand** einzuplanen – insbesondere für die Abstimmung mit „Sozialreferaten“ und anderen beteiligten Akteuren.

Anknüpfungspunkte zu bestehenden Projekten, Maßnahmen und Prozessen

- ▶ Im BMUKN werden Verteilungs- oder Betroffenheitsanalysen mit Blick auf sozio-ökonomische Be- oder Entlastungen bei der Entwicklung neuer Maßnahmen fallspezifisch durch Facheinheiten beauftragt. Es gibt auch eine **interne Gender-Impact-Analyse in Form einer Checkliste** (Spitzner et al. 2020). Die Facheinheiten wenden diese bisher nicht systematisch an, sie kann aber als Orientierungspunkt dienen.
- ▶ Im UBA wird seit 2024 die **soziale und gesellschaftliche Relevanz von Forschungsvorhaben** abgefragt. Eine **Checkliste** soll dabei unterstützen, die soziale und gesellschaftliche Relevanz systematischer als bisher in der Forschung zu berücksichtigen, etwa indem spezifische Forschungsfragen oder Datenanalysen ins Forschungsdesign integriert werden. Ziel ist es, die Auswirkungen von Politikempfehlungen auf die Gesellschaft besser zu verstehen und somit politische Maßnahmen sozialverträglich und zielgenau zu formulieren

und umzusetzen. Die Checkliste befindet sich aktuell in der Testphase.

- ▶ **Mehrere vom UBA (und BMUKN) im Rahmen des Ressortforschungsplans beauftragte Vorhaben** entwickeln Kriterien und Methoden für die umfassende Analyse der sozialen Verteilungswirkung von Umweltpolitik. Die hier gewonnenen Erkenntnisse sollten für die Entwicklung eines Social Impact Assessments für das gesamte Ressort genutzt werden. Dazu zählen u. a.:
 - Das Forschungsvorhaben „Soziale Aspekte von Umweltpolitik“¹⁷, UBA 2020-2024. Hier wurde u. a. ein Analyseraster mit Kategorien für die Abschätzung sozialer Folgen entwickelt. Die soziale Folgenabschätzung wird zudem für verschiedene Sektoren der Umweltpolitik exemplarisch durchgeführt (beispielsweise im Bedürfnisfeld Wohnen¹⁸ (Kenkmann et al. 2024)). Der Abschlussbericht des UBA-Forschungsvorhabens entwickelt Eckpunkte einer sozial gerechten Klima- und Umweltpolitik. Dazu wird eine Reihe von analytischen und normativen Eckpunkten diskutiert, die als Kriterien für die Entwicklung von sozialer Umweltpolitik maßgeblich sind. Zudem werden praxisnahe Ansätze für die Entwicklung sozialer Umweltpolitik vorgestellt, die insbesondere konkrete Handlungsansätze und beispielhafte Politikinstrumente beinhalten (Heyen et al. 2025).
 - Das Web-Tool Strategiefolgenabschätzung (SFA)¹⁹ des Umweltbundesamtes bietet die Möglichkeit der Prüfung von Strategien und Programmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Soziales.
 - Das BMUKN prüft derzeit die Entwicklung einer „Toolbox“ mit einem Sozial-Check für Maßnahmen im Rahmen eines Forschungsvorhabens. Dabei sollen sozio-ökonomische Wirkungskategorien (zum Beispiel Verteilungswirkungen auf Haushaltseinkommen, finanzielle Be-/Entlastungen von Haushalten, Eigentum, Beschäftigung – regional beziehungsweise nach Stadt/Land differenziert) im Fokus stehen. Das Vorhaben soll 2025 ausgeschrieben werden.

¹⁷ <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/eckpunkte-einer-sozialen-umwelt-klimapolitik>

¹⁸ <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/soziale-aspekte-von-umweltpolitik-im-beduerfnisfeld>

¹⁹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/umweltpruefungen/folgenabschaetzung-von-politischen-strategien>

- Das Forschungsvorhaben „Verteilungswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumente“²⁰ (Jakob et al. 2016), (abgeschlossen). In dessen Rahmen wurde eine Methode zur Analyse von Verteilungswirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen und Instrumenten entwickelt und angewendet, die sowohl die Betrachtung von ökonomischen Verteilungswirkungen als auch sozialen und Umweltwirkungen einschließt. Die hier entwickelte Methode kann Grundlage einer Checkliste beziehungsweise eines umfassenderen SIA sein.
- Ein 2018 abgeschlossenes, vom BMU beauftragtes Forschungsvorhaben untersuchte die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen, die mit dem Erreichen der Sektorziele für 2030 des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung verbunden sind (Endbericht: Repenning et al. 2019).
- ▶ Die Bundesregierung hat mit dem Klimaschutzprogramm 2023 beschlossen, ein Sozialmonitoring Klimaschutz²¹ aufzubauen. Das von BMWK und BMAS gemeinsam beauftragte Vorhaben zur Entwicklung eines solchen Sozialmonitorings startete Anfang 2025. Hier sollten mögliche Synergien bei der Entwicklung eines SIA für den Umweltschutz berücksichtigt werden.
- ▶ Die EU lässt sämtliche Legislativvorhaben sowie bedeutende nicht-legislative Vorhaben umfassend während des Gestaltungsprozesses auf mögliche Politikfolgen prüfen, insbesondere im Bereich ökologische, soziale und wirtschaftliche nachhaltige Entwicklung. Diese Integrated Impact Assessments sind wichtiger Bestandteil der „Better Regulation Agenda“ der EU (Europäische Kommission 2024).
- ▶ Ein weiteres Beispiel für die umfassende Folgenabschätzung in der behördlichen Praxis stellen die Nachhaltigkeitsprüfungen auf kommunaler und Landesebene dar.²²

Weitere Quellen

Hagemeyer, L., Faus, R., & Bernhard, L. (2024). Vertrauensfrage Klimaschutz – Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen. In: FES Diskurs, Januar 2024. <https://www.fes.de/vertrauensfrage-klimaschutz> (19.05.2025)

Jost, P., Mack, M., & Hillje, J. (2024). Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse der Berichterstattung über das Heizungsgesetz – und was wir daraus lernen können. Das Progressive Zentrum/Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Berlin/Mainz. <https://www.progressives-zentrum.org/publication/heizungsgesetz-2024-aufgeheizte-debatte/> (19.05.2025)

Heyen, D., & Schmitt, L. (2024). Akzeptanzfaktoren klimapolitischer Maßnahmen – Synthese politisch relevanter Forschungsergebnisse und Schlussfolgerungen. Öko-Institut, Freiburg. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/PolicyBrief-Akzeptanz.pdf> (19.05.2025)

pollytix (2024). Gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung von Umweltpolitik – Segmentspezifische Analysen. Abschlussbericht: Gesellschaftliche Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen II – Im Auftrag des BMUV https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_um21_16_0070_akzeptanz_umweltpolitik_bf.pdf (19.05.2025)

²⁰ <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/verteilungswirkungen-umweltpolitischer-massnahmen>

²¹ <https://www.oeko.de/projekte/detail/sozialmonitoring-klimaschutz-vom-monitoring-sozialer-wirkungen-zur-folgenabschaetzung>

²² In einer Befragung der Bertelsmann Stiftung gaben 50 % der befragten Kommunen an, eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung durchzuführen oder deren Einführung zu planen. In acht Bundesländern besteht eine Nachhaltigkeitsprüfung oder ist in Planung (Redenius et al. 2023).



2 – Mithilfe emotionaler Erzählungen positive Zukunftsperspektiven vermitteln

Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Polarisierung vermeiden
- ✓ Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen
- ✓ Selbstbewusst den Schutz von Mensch und Umwelt vorantreiben

Wirkungsart: ☐ Reaktiv ☒ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☐ Kurzfristig ☒ Langfristig



Narrative sind sinnstiftende Erzählungen, die komplexe Themen verständlich und emotional greifbar machen. In der Umweltpolitik prägen sie, wie Probleme wahrgenommen und welche Lösungen als legitim empfunden werden.

Populistische Narrative stellen Umweltpolitik oft als Bedrohung für Wohlstand, nationale Identität oder soziale Gerechtigkeit dar – emotional aufgeladen, konfliktbetonend und häufig faktenfern. Dem lässt sich mit positiven Zukunftsnarrativen begegnen, die Umweltpolitik verständlich, glaubwürdig und ansprechend vermitteln. Ziel ist es, konstruktive Perspektiven zu stärken und Identifikationsangebote zu schaffen – nicht nur zur Kommunikation, sondern als strategische Reaktion auf populistische Vereinfachungen (Sommer et al. 2022, S. 143; Quent et al. 2022).

Hinweise zur Umsetzung

► Populistische Narrative (er-)kennen, aber nicht wiederholen

Vor der Entwicklung eigener Erzählungen sollten gängige populistische Narrative bekannt sein (siehe Kapitel 3). Diese gilt es nicht direkt zu entkräften – das könnte sie unbeabsichtigt verstärken. Stattdessen sollten eigene, positive Narrative entwickelt werden, etwa: „Naturschutz verbessert unsere Lebensqualität“ oder „Grüner Wandel schafft regionale Arbeitsplätze“.

► Leitfragen zur Entwicklung positiver Narrative nutzen:

- **Wofür ist eine intakte Natur „gut“? Welche alltäglichen, positiven Erlebnisse sind direkt von einer intakten Natur abhängig? Was verbindet mich ganz persönlich mit Natur?**

Etwa: Die gute Waldluft, die Farbenpracht einer bunten Blumenwiese und auf ihr lebende Schmetterlinge, die wohltuende Kühle eines schattigen Platzes, ein Sommerpicknick im Freien.

- **Wie könnte unser zukünftiges Leben aussehen, wenn wir uns jetzt für Natur und Umwelt engagieren?** Etwa: Wir profitieren von einem stabileren Klima, wir können verschiedene Landschaften entdecken und genießen, wir können uns in der Natur erholen und Freizeitaktivitäten in ihr ausüben.

- **Welche realistischen Optionen zum Schutz von Natur und Umwelt gibt es? Wie kann sich jede*r niedrigschwellig einbringen?** Etwa: ein Duschsparkopf, beim Einkauf auf bestimmte Inhaltsstoffe verzichten.

► Positive Bilder und konkrete Beispiele nutzen

Anstatt auf Angst oder Abwehr zu setzen, sollten Narrative eine attraktive Vision einer nachhaltigen Zukunft entwerfen und die positiven Aspekte der Transformation sowie die Co-Benefits umwelterpolitischer Maßnahmen hervorheben (Nagel 2022). Alltagserlebnisse, wie die kühle Waldluft oder ein Picknick im Park, machen den Wert von Natur

greifbar. Beispiele aus der Praxis – etwa Landwirte, die von nachhaltigem Wirtschaften profitieren oder energieautarke Kommunen – können zeigen, wie Umweltpolitik konkret wirkt. Die „Lebenswerte Stadt“ bietet ein anschauliches Bild: saubere Luft, kühlere Sommer, weniger Krankheitsrisiken, mehr Lebensqualität.

► **Mithilfe von „Visioning“ Beteiligung und Kreativität fördern**

Die „Visioning“-Methode lädt Menschen ein, sich ihr ideales, klimafreundliches Lebensumfeld vorzustellen und dieses visuell oder textlich zu veranschaulichen – losgelöst von aktuellen Einschränkungen. Bedürfnisse, Sorgen und Wünsche fließen in den Dialog ein und eröffnen neue Denk- und Lösungsräume (Ende et al. 2021).

Mögliche Themen für Zukunftsnarrative:

Gemeinschaft und Verantwortung

Die Erzählung eines starken „Wir“ stellt den Zusammenhalt und das gemeinsame Handeln in den Mittelpunkt. Konzepte wie „Teilen statt Besitzen“ oder „gemeinsam gestalten statt gegeneinander agieren“ fördern solidarisches Verhalten. In einer Gesellschaft, die immer mehr von Individualisierung und Vereinsamung betroffen ist, können Zugehörigkeit und gegenseitiger Schutz attraktiv sein.

Erholung in der Natur und Lebensqualität

Wälder, Seen, Gärten und Wiesen sind für viele Menschen wichtige Erholungsorte. Hier finden zahlreiche Aktivitäten der Bürger*innen statt: Ausflüge, Picknicks, Hobbygärtnern, Sport bis hin zur Reha.

Gesundheit

Saubere Luft, weniger Hitze, mehr Grünräume – all das schützt besonders Kinder, Ältere und vulnerable Gruppen. Wer Umwelt schützt, stärkt die Gesundheit aller.

Lebenswerte Stadt

Sichere Straßen, „grüne Inseln“, Schutz vor Überhitzung bei extrem heißen Temperaturen und saubere Luft machen unsere Städte der Zukunft lebenswerter – und das generationenübergreifend.

Stabilität und Heimatschutz

Angesichts zunehmender Unsicherheiten und existentieller Bedrohungen durch die Klimakrise kann Klimaschutz als Garant für Stabilität und Zukunftssicherheit erzählt werden – als Schutz für Lebensräume, vertraute Landschaftsbilder, Infrastruktur und die Wirtschaft (Staud und Reimer 2021).

Autonomie und Freiheit

Umwelt- und Klimapolitik kann mit Unabhängigkeit (zum Beispiel durch erneuerbare Energien statt Abhängigkeit von Importen) und Freiheit (etwa durch saubere Mobilität) assoziiert werden – sei es auf persönlicher oder gesamtgesellschaftlicher Ebene.

► **Konkrete (Erfolgs-)Geschichten erzählen,**
siehe folgende Beispiele:

- Die erfolgreiche Renaturierung der Emscher: Der Fluss im Ruhrgebiet war jahrzehntlang einer der schmutzigsten Flüsse Deutschlands und galt als biologisch tot. Nach der Renaturierung kehrte die Artenvielfalt sowie Lebensqualität in Form von Rad- und Wanderwegen zurück (Leue 2019).
- Die Entwicklung des Rhein-Hunsrück-Kreises zum energieautarken Landkreis durch gelungene Zusammenarbeit vor Ort: Mittlerweile produziert der Landkreis fast viermal so viel Strom aus erneuerbaren Quellen, wie er selbst verbraucht (Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis 2024).
- Die Verbesserung der Luftqualität in Deutschland: So konnten durch die Einschränkung schädlicher Ausstöße im Jahr 2024 erstmalig alle Grenzwerte der europäischen Luftqualitätsrichtlinie eingehalten werden (UBA 2025).

Die Rolle von politischen Emotionen

Emotionen spielen eine zentrale Rolle in politischen Debatten, Entscheidungsprozessen und Meinungsbildung. Sie beeinflussen nicht nur, wie Menschen politische Informationen verarbeiten, sondern auch, welche Themen sie als besonders wichtig erachten und wie sie darauf reagieren. Besonders in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheit oder Krisen wirken emotionale Botschaften stärker als rein faktenbasierte Argumente.

Emotionen als Mobilisierungsinstrument

Populistische Akteur*innen setzen häufig auf eine Kombination aus negativen Emotionen wie Angst oder Wut und positiven Emotionen, wie Zuversicht und Zusammenhalt. Zunächst wird ein Bedrohungsszenarium erzeugt (zum Beispiel „Die Politik schränkt eure Freiheit ein.“), um sich im nächsten Schritt als Kämpfer*in für eine bessere Zukunft (ohne „grüne Verbote“) zu inszenieren (Hillje 2021, S. 121).

Eine progressive Umweltpolitik sollte daher ebenso positive Emotionen wie Stolz, Zusammenhalt und Zukunftsoptimismus mobilisieren, um eine emotional attraktive Alternative zur populistischen Erzählung darzustellen und somit Zustimmung zu umweltpolitischen Maßnahmen zu fördern (zum Beispiel im Sinne von „Wir schützen gemeinsam unsere Lebensgrundlagen!“).

Warum Emotionen oft stärker wirken als Fakten

Menschen treffen Entscheidungen selten rein rational. Psychologische Studien zeigen, dass Emotionen wesentlich zur Meinungsbildung beitragen, oft sogar stärker als sachliche Argumente. Zum Beispiel: Schlagzeilen mit emotionalen Inhalten beeinflussen unsere Urteile über Personen selbst dann, wenn wir die Medienquelle für wenig vertrauenswürdig halten (Baum & Rahman 2020). Deshalb sind narrative Ansätze in der politischen Kommunikation besonders wirkungsvoll: Geschichten, Bilder und persönliche Schicksale sprechen Emotionen an und bleiben stärker im Gedächtnis als abstrakte Zahlen oder komplexe Gesetzestexte.

► Inklusion statt Spaltung betonen

Populistische Narrative zeigen oft nur Verlierer*innen der Umweltpolitik. Erfolgreiche Narrative betonen, dass Arbeitnehmer*innen in Kohleregionen über soziale Ausgleichsmaßnahmen oder Umschulungen nicht zurückgelassen werden (Sommer et al. 2022, S. 143). Ein weiteres Beispiel: Insbesondere Landwirtschaft und Naturschutz werden häufig gegeneinander ausgespielt – dabei arbeiten sie an vielen Stellen bereits Hand in Hand. Geschichten, die begreiflich machen, dass Vielfalt in der Natur und in der Landwirtschaft gleichzeitig möglich sind und sich sogar gegenseitig stärken, bringen Kooperation in den Vordergrund und setzen auf Wertschätzung und ein konstruktives Miteinander, von dem alle profitieren.

► Adressatenorientierte Ansprache

Unterschiedliche Zielgruppen erfordern maßgeschneiderte Narrative, Tonalitäten und Inhalte, die auf deren spezifische Bedürfnisse, Prioritäten und Wissensstände eingehen.

► An Werte der Zielgruppen anknüpfen

Ein Narrativ, das auf die Werte der Zielgruppen eingeht, hat das Potenzial, langfristige Unterstützung für umweltpolitische Maßnahmen zu sichern (Nagel 2022). Beispiele sind der konservative Wert „Bewahrung der Schöpfung“ oder der soziale Wert der intakten Natur für zukünftige Generationen.

► Beteiligung und Gemeinschaft stärken

Populismus lebt von Misstrauen gegenüber „Eliten“. Umwelt-Narrative sollten daher **Teilhabe, Mitgestaltung und Selbstwirksamkeit** betonen, zum Beispiel Beteiligungsmöglichkeiten in Form von Bürgerbeteiligungen oder die konkrete

Mitwirkung an Projekten durch Citizen-Science-Ansätze sowie einfache Möglichkeiten, im eigenen Umfeld für die Natur aktiv zu werden (etwa durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten zur Förderung von biologischer Vielfalt im eigenen Garten, auf dem Balkon oder durch Konsumentscheidungen). Da Populist*innen über die Anerkennung der Lebensleistung der „einfachen Leute“ mobilisieren, sollte in der umweltpolitischen Kommunikation darauf geachtet werden die Handlungsmöglichkeiten und die Errungenschaften von Bürger*innen auf lokaler Ebene hervorzuheben. Eine gute Grundlage zur Motivation ist dabei, das Motto „Eine*r für alle und alle für eine*n“ in den Vordergrund zu rücken. Die Leitfrage: Wie können wir als Gemeinschaft das Beste für alle erreichen?

► **Wirksamkeit von Narrativen testen**

Bevor Narrative in der Außenkommunikation zum Einsatz kommen, sollten sie in Fokusgruppen und repräsentativen Befragungen getestet werden. Ein Beispiel dafür ist die kommunikative Vorbereitung der Ernährungsstrategie der Bundesregierung. Dabei wurden verschiedene Narrative entwickelt und

getestet, etwa die Titel „Gutes Essen für Deutschland – Ernährungsstrategie der Bundesregierung“ und „Wir machen gutes Essen leichter – ein Gewinn für uns und unsere Erde.“ (BMEL 2024).

► **Geeignete Kommunikationskanäle finden**

Für die Verbreitung der Narrative sind Partnerschaften mit sogenannten Multiplikator*innen oder „Trusted Messengers“ (beispielsweise Influencer*innen oder Vereine bzw. Verbände) zu empfehlen. Diese Personen bzw. Organisationen erreichen Gruppen, die über die „klassischen“ Verbreitungswege nicht erreicht werden und genießen bei ihren Zielgruppen ein hohes Ansehen und damit Glaubwürdigkeit. Es kann auch sinnvoll sein, sich ungewöhnliche Verbündete (zum Beispiel Industrieverbände, Handwerksbetriebe oder Gewerkschaften) zu suchen, um von externer Glaubwürdigkeit zu profitieren und die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Umwelt- und Naturschutzes zu betonen.



Herausforderungen

► **Wirksame Narrative brauchen Wiederholung**

Ein Beispiel hierfür ist das Narrativ der „Freiheitsenergien“, welches der damalige Bundesfinanzminister Christian Lindner 2022 zu Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine setzte, um eine Verknüpfung zwischen Sicherheit, Energieouveränität und erneuerbare Energien herzustellen (BMF 2022). Dieses Narrativ wurde jedoch nicht weiterverwendet, sodass sich daraus keine weiteren strategischen oder kommunikativen Ansätze ergaben. Um Narrativen Wirksamkeit zu verleihen, müssen sie nicht nur benannt, sondern ausformuliert und weiterentwickelt sowie anschließend kontinuierlich kommuniziert und in die öffentliche Diskussion eingebracht werden – nötigenfalls können im Zeitverlauf Anpassungen vorgenommen werden.

► **Langfristige Narrative brauchen Zeit**

Für die Entwicklung umfassender positiver Zukunftserzählungen für den Umweltbereich sollte die Narrativentwicklung langfristig angelegt sein. Wichtig für ein nachhaltig tragbares Narrativ ist es, sowohl zurückliegende gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen als auch in kommenden Entwicklungen bestehen zu können. Um diese vorausszusehen, bieten sich mehrwellige Narrativ-Testings an, die über einen mehrjährigen Zeitraum durchgeführt werden. So können die Narrative angepasst und die Zustimmung der Zielgruppen über die Zeit beobachtet werden. Solch ein langfristiger Prozess sollte möglichst zu Beginn einer Legislaturperiode angestoßen werden, da er maßgeblich zur kommunikativen Ausrichtung des Umweltressorts beitragen kann.

Anknüpfungspunkte zu bestehenden Projekten, Maßnahmen und Prozessen

- Hinweise auf überzeugende Narrative liefert der Abschlussbericht des BMUV-Vorhabens „Gesellschaftliche Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutz II“ (pollytix 2024, S. 61). Auf Grundlage segmentspezifischer, repräsentativer Befragungen kommen die Autor*innen unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Bezeichnung der Umweltproblematik als „Krise“ nur bei Bevölkerungsgruppen mit einem erhöhten ökologischen Problembewusstsein anschlussfähig ist. Für andere wirkt der Krisenbegriff eher abschreckend. Der Krisenfokus ist zudem nur schwer mit einer positiven Erzählung verknüpfbar.
- Das BMUKN nimmt am Ressortkreis „bürgerzentrierte Politik“ im Bundeskanzleramt teil. Dort werden regelmäßig Best-Practice-Beispiele aus den Bundesressorts präsentiert und diskutiert, wie bessere Beteiligung, Kommunikation und Akzeptanz der Politik der Bundesregierung durch die Bürger*innen gelingen kann.



Weitere Quellen

Schrader, C. (2022). Erzähle Geschichten – Über Klima sprechen. Das Handbuch. https://klimakommunikation.klimafakten.de/wp-content/uploads/HandbuchKlimakommunikation_Kap11-Geschichten_final.pdf (29.04.2025)

Di Giulio, A. (2022). Die Bedeutung von Narrativen für Umwelt und Nachhaltigkeit. https://edoc.unibas.ch/88066/1/Di_Giulio_Defila_Narrative_Umwelt_Nachhaltigkeit.pdf (29.04.2025)

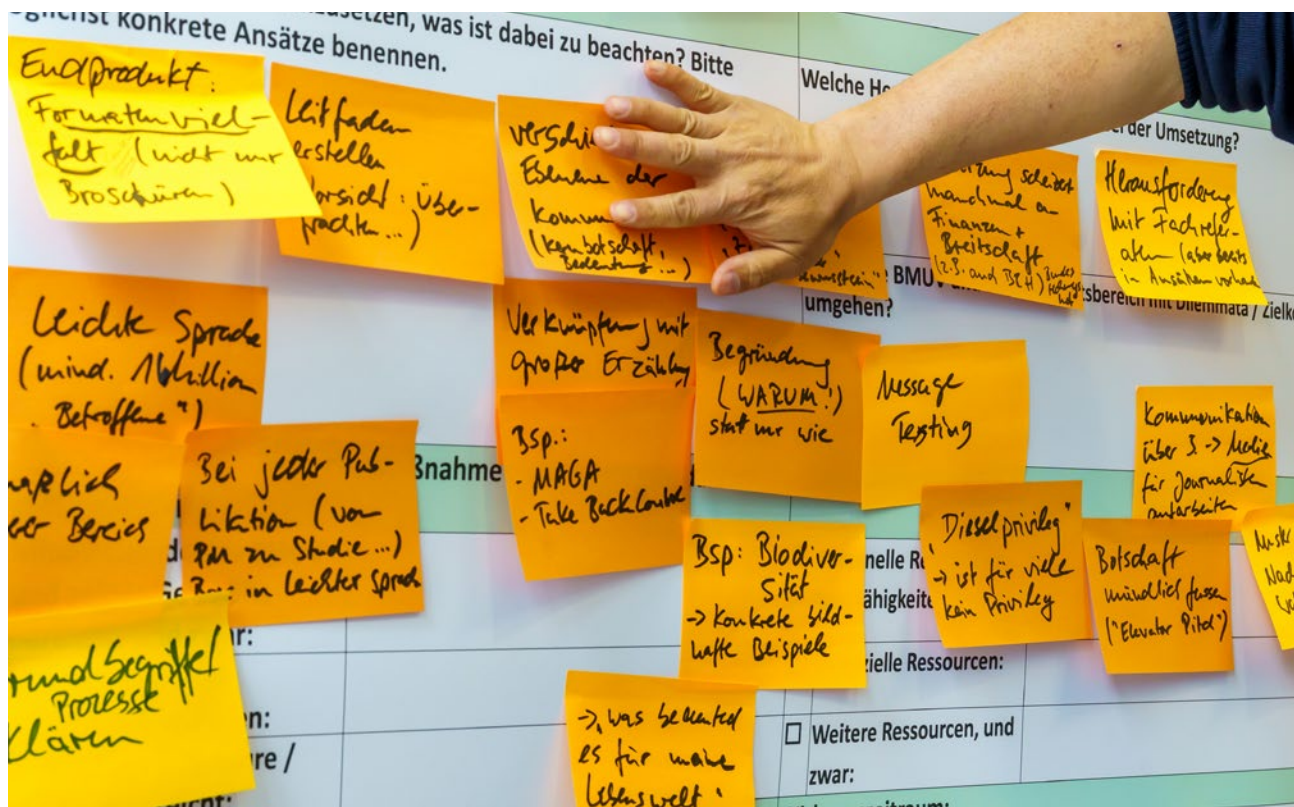
Espinosa, C., Pregernig, M., & Fischer, C. (2017). Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-09-27_texte_86-2017_narrative_o.pdf (29.04.2025)

Grünwald, C., Menninger, J., Poole, S., Glockner, H., Weier, M., Marbach, J., Schipperges, M., & Neumann, K. (2024). Narrative einer erfolgreichen Transformation zu einem ressourcenschonenden und treibhausgasneutralen Deutschland. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/52_2024_texte_narrative_einer_erfolgreichen_transformation.pdf (29.04.2025)

Di Giulio, A., & Defila, R. (2023). Narrative als Ansatz zur Förderung von Nachhaltigkeit. <https://www.oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/view/1927/1865> (29.04.2025)

Nagel, L. (2022). Vom Gefahren- zum Chancennarrativ. Wie Klimakommunikation psychologische Barrieren gegenüber nachhaltigem Handeln überwinden kann. IASS Discussion Paper. https://www.cobenefits.info/wp-content/uploads/2022/04/IASS-Discussion-Paper_Vom-Gefahren-zum-Chancennarrativ.pdf (20.05.2025)

Leuser, L., & Weiss, D. (2020). Veränderungen berühren alle – Die Rolle von Emotionen in Nachhaltigkeitstransformationen. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_87-2020_veraenderungen_beruehren_alle_-_die_rolle_von_emotionen_in_nachhaltigkeitstransformationen.pdf (29.04.2025)





3 – Komplexe Inhalte in bürgernahe Sprache kommunizieren

Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Polarisierung vermeiden
- ✓ Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen
- ✓ Selbstbewusst den Schutz von Mensch und Umwelt vorantreiben

Wirkungsart: ☐ Reaktiv ☒ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☒ Kurzfristig ☐ Langfristig



Eine verständliche Sprache, die komplexe politische Sachverhalte nachvollziehbar erläutert und begründet, kann das populistische Narrativ von „politischen Eliten versus das einfache Volk“ entkräften. Eine klare und bürgernahe Sprache hilft, Umweltmaßnahmen nachvollziehbar zu machen, Missverständnisse zu vermeiden und populistischen Vereinfachungen entgegenzuwirken. Um komplizierte Themen für die Mehrheit verständlich aufzubereiten, sollte Öffentlichkeitsarbeit sowohl in Einfacher Sprache als auch regelmäßig in Leichter Sprache ausgeführt werden. So können Personen erreicht werden, die wissenschaftliche und Behördensprache nicht verstehen. Für jene, die das Internet nicht nutzen – immerhin vier Prozent der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2025) –, ist es zudem notwendig, neben digital abrufbaren Informationen auch ausgedruckte Alternativen zur Verfügung zu stellen. Im nächsten Schritt können ergänzende Veranstaltungsformate in Leichter Sprache in Erwägung gezogen werden, wobei hierfür die Weiterbildung von Moderator*innen stark zu empfehlen ist.

Hinweise zur Umsetzung

Im Umweltressorts ist bereits viel Wissen rund um Kommunikation und bürgernahe Sprache vorhanden. Auf diesen Vorarbeiten sollte aufgebaut werden. Im Folgenden fassen wir die wichtigsten Punkte zur bürgernahen Kommunikation zusammen:

► **Gefühle und Werte ansprechen**

Kommunikation besteht nicht nur aus Fakten, sondern aus Emotionen und Werten. Erfolgreiche Slogans wirken, weil sie ein positives Gefühl erzeugen. Etwa: „Unsere Zukunft gemeinsam

gestalten – packen wir es an.“ Dabei sollte Kommunikation konkreter und damit fassbarer sein, um die Chance zu erhöhen, bei den Adressaten Identifikation herzustellen. Das genannte Beispiel sollte besser formuliert werden zu: „Lasst uns Bäume pflanzen: Sie reinigen die Luft und speichern das Wasser. Und sie binden CO₂.“

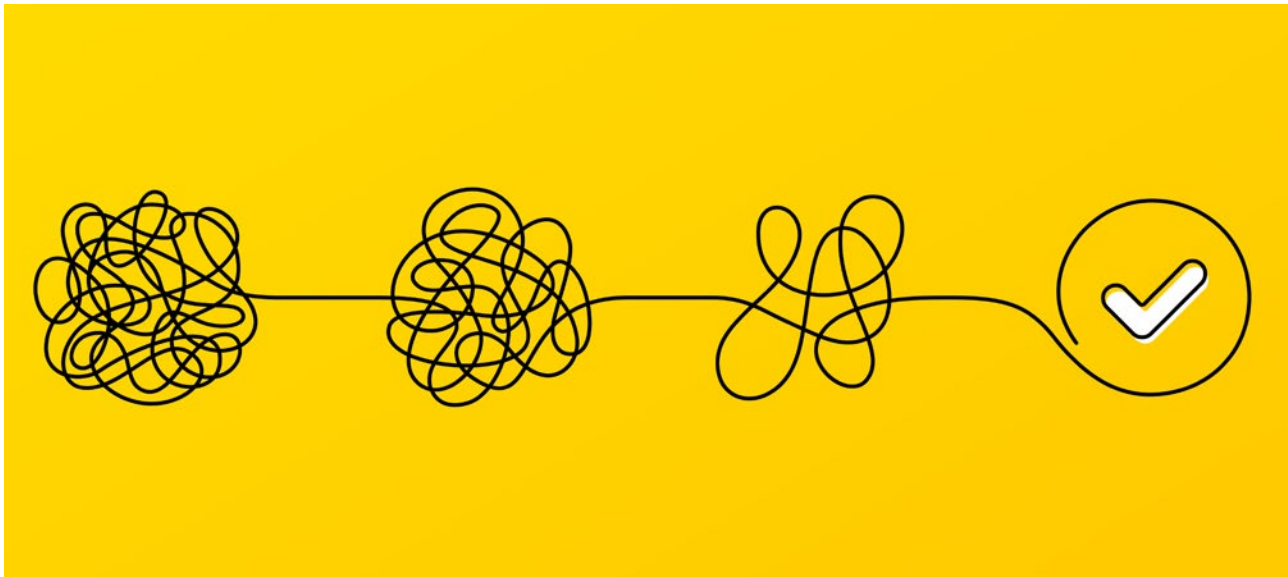
Dabei sollte Katastrophenrhetorik vermieden werden. Menschen fühlen sich durch gehäufte Katastrophen und Krisen überfordert und wenden sich unter Umständen eher ab, sodass sie nicht ins notwendige Handeln kommen.

► **Alltagsnähe herstellen**

Menschen erinnern sich besser an Geschichten als an abstrakte Fakten. Statt nur Zahlen zu nennen, sollte man echte Beispiele und Erfahrungen nutzen, die Handlungsspielräume aufzeigen. Etwa: „In der Stadt wurde ein Teich angelegt. Er kühlt in der sommerlichen Hitze die Luft und bietet gleichzeitig Tieren und Pflanzen einen Lebensraum.“ Themen sind verständlicher, wenn sie direkt mit dem Alltag der Menschen verbunden werden und nicht abstrakt bleiben. Beispiel: „Wie macht Klimaschutz das Leben in deiner Stadt angenehmer?“ anstatt „CO₂-Reduktion als nationales Ziel“.

► **Das „Warum“ erklären**

Menschen verstehen Inhalte besser, wenn sie wissen, warum eine Maßnahme wichtig ist. Beispiel: „Mehr Kreislaufwirtschaft für unsere Zukunft: Wie wir durch Reparieren und Weiterverwenden Rohstoffe sparen und Müll reduzieren.“



► **Selbstwirksamkeit fördern**

Wenn das „Warum“ geklärt ist, kommt im nächsten Schritt das „Wie“. Dabei konkrete Beispiele zu nennen, wie jede*r selbst niedrigschwellig etwas beitragen kann, bindet die Menschen ein und fördert den „Bottom-up“-Gedanken, statt nur von oben „Top-down“-Maßnahmen einzuführen.

► **Fachbegriffe vermeiden oder verständlich erklären**

Statt komplizierte Begriffe wie „Biodiversität“ zu verwenden ist „biologische Vielfalt – also die Vielfalt an Arten, Lebensräumen und Genen“ anschaulicher. Generell gilt: Fachbegriffe dürfen eingeführt werden, sollten aber überwiegend durch bekannte Begriffe ersetzt beziehungsweise umschrieben werden. So wird der Bekanntheitsgrad der Fachbegriffe gesteigert, ohne in der Kommunikation zu sehr abzuschrecken. Noch besser: konkrete Beispiele nennen, etwa in Bezug auf Biodiversität „verschiedene Frösche, Vögel und Insekten in Gärten, an Seen und in Wäldern“.

Tipp: Zum Überprüfen von Texten auf Verständlichkeit gibt es verschiedene Tools²³.

► **Einfache Sprache in der Außenkommunikation verwenden**

Botschaften sollten kurz, verständlich und prägnant formuliert sein. Wichtig ist, dass die Kernaussage korrekt bleibt – dabei muss nicht jedes wissenschaftlich relevante Detail abgedeckt werden. Die Botschaft steht im Vordergrund. Es empfiehlt sich, auf gut entwickelte, KI-gestützte Sprachmodelle wie ChatGPT zurückzugreifen, die Texte auf Verständlichkeit prüfen und für verschiedene Zielgruppen umformulieren können.

► **Begriffe testen**

Manche Begriffe wirken anders als beabsichtigt (beispielsweise klingt „Dieselprivileg“ positiv). Bei großen Kampagnen kann es sich daher lohnen, Botschaften vor der Veröffentlichung zu testen (Message Testing). So kann geprüft werden, welche Begriffe zur klareren Vermittlung beitragen. Einen Leitfaden hat dazu beispielsweise das Klimakommunikationsinstitut „Klimafakten“ veröffentlicht (siehe unten „Weitere Quellen“).

► **Vielfältige Formate und Kanäle nutzen**

Umweltpolitik sollte über verschiedene Wege und Formate kommuniziert werden. Neben Broschüren und Pressemitteilungen sind Social Media, Websites, Podcasts, Erklärvideos, Umweltbildungsangebote für Kinder und Erwachsene sowie Bürgerdialoge wichtige Kanäle und Formate.

²³ Frei erhältliche Textanalyse-Tools zur Überprüfung auf Verständlichkeit sind zum Beispiel Wortliga, Leichtlesbar oder Psychometrica.

► **Multiplikator*innen einbinden**

Die Kommunikation mit Bürger*innen kann zielgruppengerecht durch die Einbindung von „Vermittler*innen“ unterstützt werden – so können Botschaften etwa durch Influencer*innen oder andere Kommunikationsakteure *innen aus verschiedenen Bereichen sprachlich passend aufbereitet und die Menschen so noch besser erreicht werden.

► **Zielgruppengerecht kommunizieren**

Nicht jeder Mensch nimmt Informationen auf die gleiche Weise wahr oder interessiert sich für dieselben Aspekte. Unterschiedliche Zielgruppen brauchen maßgeschneiderte Erklärungen und Formate.

► **Fortlaufend weitere Zielgruppen erschließen**

Die Zielgruppen können stetig ausgebaut und ergänzt werden. So wächst der Kreis der erreichten Personen aus unterschiedlichen Bereichen fortlaufend an, wodurch Erfahrungen aus der bisherigen Kommunikation angewendet werden können.

► **Angebote in Leichter Sprache machen**

Mindestens eine Zusammenfassung in Leichter Sprache sollte Teil jeder Veröffentlichung sein. Es wird zwischen Einfacher Sprache und Leichter Sprache unterschieden. Während Einfache Sprache die vereinfachte Version eines schweren Textes darstellt, handelt es sich bei Leichter Sprache eher um eine Übersicht der wichtigsten Informationen aus einem Text. Leichte Sprache folgt zudem klaren, festgelegten Regeln. So darf etwa jeder Satz nur eine Aussage beinhalten, manche Wörter müssen fettgedruckt, andere mit Bindestrich getrennt werden. Leichte Sprache hilft vor allem Personen mit Lese- und Lernschwierigkeiten sowie jenen, die Probleme mit der deutschen Sprache haben (Informations-Technik-Zentrum Bund²⁴).

Den Unterschied zwischen Einfacher und Leichter Sprache erklären wir untenstehend.

Einfache versus Leichte Sprache verfolgen beide das Ziel, Texte verständlicher zu machen, unterscheiden sich aber in ihren Regeln und Zielgruppen.

Einfache Sprache:	Leichte Sprache:
► Vereinfacht, aber flexibler als Leichte Sprache ► Zielgruppe: Menschen mit geringer Lesekompetenz, Nicht-Muttersprachler*innen oder Personen, die sich schnell informieren wollen	► Besonders stark vereinfachte Sprache ► Folgt festen Regeln, zum Beispiel Sätze mit maximal acht bis zehn Wörtern ► Zielgruppe: Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen
Beispiel: ► Schwere Sprache: „Die ökologische Transformation erfordert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Akteure.“ ► Einfache Sprache: „Viele Fachleute müssen zusammenarbeiten, damit unsere Welt umweltfreundlicher wird.“	Beispiel: ► Schwere Sprache: „Die ökologische Transformation erfordert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Akteure.“ ► Einfache Sprache: „Wir wollen die Natur schützen. Dafür müssen wir einiges verändern. Viele Fachleute müssen zusammenarbeiten.“

²⁴ https://www.barrierefreiheit-dienstekonsolidierung.bund.de/Web/PB/DE/barrierefreie_it/uebergreifende-anforderungen-web-und-app/leichte-sprache/leichte-sprache-artikel.html

Herausforderungen

► **Verständliche Sprache braucht Zeit und Teamarbeit**

Um Texte verständlich zu machen, müssen Fachabteilungen und Kommunikationsstellen eng zusammenarbeiten. Das kostet Zeit und erfordert Abstimmung. Zudem lassen sich wissenschaftliche Inhalte nicht immer stark vereinfachen, ohne dass wichtige Details verloren gehen. Auch rechtliche Vorgaben können klare Sprache erschweren. Deshalb sollten Kommunikationsstrategien gut geplant und getestet werden, um Missverständnisse zu vermeiden und trotzdem glaubwürdig zu bleiben.

► **Medien gezielt mitdenken**

Medien entscheiden mit, welche Themen in der Öffentlichkeit sichtbar werden. Wer erfolgreich kommunizieren will, sollte verstehen, wie Medien Nachrichten auswählen. Kommunikations- und Fachabteilungen sollten eng zusammenarbeiten, um umweltpolitische Inhalte mediengerecht aufzubereiten. Dafür ist ein laufender Austausch wichtig. Trotzdem ist nicht garantiert, dass eine Botschaft in den Medien landet – Timing, Aktualität und Relevanz spielen eine große Rolle.

Anknüpfungspunkte zu bestehenden Projekten, Maßnahmen und Prozessen

Das BMUKN erfüllt die Anforderungen nach der Barrierefreiheitsverordnung (BITV). Hiernach ist das Ministerium verpflichtet, bestimmte Erläuterungen in Leichter Sprache anzubieten – darunter allgemeine Informationen zum Inhalt der Webseite, zur Navigation und zur Erklärung der Barrierefreiheit. Ausgewiesene Texte in Einfacher Sprache sind bisher nicht online veröffentlicht.

Weitere Quellen

Naturschutz- und Klimakommunikation:

Eser, U. (2024). Naturschutzkommunikation mit Wirkung. Menschen erreichen, überzeugen und motivieren. <https://bfn.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/1789/file/Schrift693.pdf> (29.04.2025)

Schrader, C. (2022). Meide Wissenschaftsjargon. In: Über Klima sprechen. Das Handbuch. https://klimakommunikation.klimafakten.de/wp-content/uploads/HandbuchKlimakommunikation_Kap18-MeideWissenschaftsjargon_final.pdf (29.04.2025)

Schmid, M. (2023). Leitfaden für Politik, Behörden und Institutionen: Klimakommunikation im Verkehr. https://www.kea-bw.de/fileadmin/user_upload/Nachhaltige_Mobilitaet/Wissensportal/KEA-BW-Leitfaden_Klimakommunikation_barrierefrei.pdf (29.04.2025)

Leichte Sprache:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014, 2022). Leichte Sprache – Ein Ratgeber. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/a752-ratgeber-leichte-sprache.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (29.04.2025)

Netzwerk Leichte Sprache e.V. (2022). Die Regeln für Leichte Sprache – vom Netzwerk für Leichte Sprache. https://www.netzwerk-leichte-sprache.de/fileadmin/content/documents/regeln/Regelwerk_NLS_Neuaufgabe-2022.pdf (29.04.2025)



4 – Kompetenzen zu digitalen und sozialen Medien aufbauen und stärken; Desinformation durch Community-Management entgegenwirken

Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Polarisierung vermeiden
- ✓ Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen
- ✓ Selbstbewusst den Schutz von Mensch und Umwelt vorantreiben

Wirkungsart: ☒ Reaktiv ☐ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☐ Kurzfristig ☒ Langfristig



Die Komplexität klima- und umweltpolitischer Prozesse und Maßnahmen können das populistische Narrativ eines undurchsichtigen Elitenprojektes verstärken. Daher ist Wissensvermittlung über die Notwendigkeit einer transformativen Umwelt- und Klimapolitik sowie transparente Kommunikation zu umweltpolitischen Vorhaben ein wichtiges Mittel der Prävention (Jacob et al. 2020, S. 89). Große Aufmerksamkeit gilt dem digitalen Raum, in dem populistische Rhetorik besonders häufig zur Anwendung kommt. Hier stehen Mitarbeitende unter enormem zeitlichem und oft auch psychischem Druck, um zum Beispiel auf digitale „Shitstorms“ zu reagieren.

Im Folgenden stellen wir die zwei Bausteine vor, die den Anfang eines solchen Kompetenzaufbaus darstellen sollten.

Baustein 1:

Digital- und Medienkompetenz aufbauen, stärken und pflegen

► Populistische Narrative frühzeitig entkräften (Prebunking)

Ein effektives Mittel gegen Desinformation ist das Prebunking – eine präventive Strategie, bei der Menschen frühzeitig über populistische Taktiken und Falschinformationen aufgeklärt werden, bevor sie mit diesen in Berührung kommen. Studien zeigen, dass Menschen, die über gängige Manipulationsmethoden informiert wurden, später weniger anfällig für Desinformationen sind (Van der Linden et al. 2020). Dafür ist die Einrichtung einer eigenen Taskforce denkbar. Inspiration könnte

zum einen die Taskforce der Bundesregierung zu Desinformation bieten, die nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine durch das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und das Bundespresseamt (BPA) eingerichtet wurde (BMI 2024b) sowie zum anderen das kürzlich beendete Projekt „pre:bunk“ der Amadeu Antonio Stiftung, welches sich auf die Stärkung der Medienkompetenz Jugendlicher fokussierte (Amadeu Antonio Stiftung 2024).

► Gezielte Social-Media-Strategien für unterschiedliche Zielgruppen einsetzen

Nicht jede Zielgruppe nutzt die gleichen Plattformen oder wird auf die gleiche Art von Inhalten angesprochen. Damit geht einher, dass Menschen

Prebunking und Faktenchecks: Was ist der Unterschied?

Im Gegensatz zu Faktenchecks wirkt Prebunking vorbeugend, indem es Menschen aufklärt, bevor sie auf Falschinformationen stoßen. Faktenchecks sind reaktiv und korrigieren bereits verbreitete falsche Behauptungen.

unterschiedlicher Generationen verschiedene Formate der Inhalte bevorzugen. Während Jüngere eher Kurzvideoformate/Videoclips konsumieren, präferieren mittelalte bis ältere Generationen Text. Um wirksam zu kommunizieren, ist ein differenzierter Ansatz somit essenziell. Dafür braucht es



zunächst Zielgruppenanalysen, um zu definieren, wer erreicht werden soll. Ein besonderer Fokus sollte dabei auf Gruppen liegen, die über klassische Medien und Kanäle nicht erreicht werden. Instagram und TikTok erreichen beispielsweise besonders junge Zielgruppen, in Deutschland stellen sie sogar die wichtigsten Plattformen zur Vernetzung unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen dar (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2024).

LinkedIn ist die richtige Plattform für Fachkräfte und Multiplikator*innen; hier können Fachartikel geteilt werden. YouTube eignet sich zur Verbreitung von Erklärvideos, zum Beispiel in Kooperation mit Wissenschaftler*innen. Zu beachten sind jedoch die unterschiedlichen Operationsweisen der Plattformen, welche vor allem durch die jeweiligen Algorithmen bedingt sind. TikTok erhöht die Reichweite einzelner origineller Influencer*innen im Vergleich zu institutionellen Accounts, während auf Instagram kollaborative Inhalte durch die jeweiligen Netzwerke der Influencer*innen besonders viel Aufmerksamkeit generieren (ebd. 2024). Daraus leiten sich grundlegend unterschiedliche Vorgehensweisen ab, die bei einer Kampagne zu beachten sind.

► **Mit verständlicher Sprache die Reichweite erhöhen**

Fakten sollten in ansprechende, kurze Storytelling-Formate integriert werden, um besser wahrgenommen zu werden (Vgl. Handlungsansatz 3: Bürgernahe Sprache).

► **Frühzeitige Risikoanalyse und Krisenkommunikation etablieren**

Populistisch intervenierende Akteur*innen suchen gezielt nach Schwachstellen von umweltpolitischen Maßnahmen, um sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Eine kontinuierliche Risikoanalyse hilft, frühzeitig auf Angriffe vorbereitet zu sein. Maßnahmen zur Früherkennung stellen beispielsweise **Social Listening Tools** dar. Diese Tools identifizieren potenziell eskalierende Themen wie populistische Narrative zu Verboten oder steigende Energiepreise. Ebenso geeignet sind **Themen- und Diskursanalysen**, um angreifbare Themen herauszufiltern. Vor allen Dingen braucht es eine klare Krisenkommunikation, um bei Angriffen schnell und gezielt zu reagieren. Hierzu gehören vorbereitete Statements, medienerfahrene Sprecher*innen und eine einheitliche, faktenbasierte Gegenstrategie.

► **Allianzen mit glaubwürdigen Akteuren aufbauen**

Populistische Narrative entfalten ihre Wirkung besonders, wenn sie ungehindert verbreitet werden. Aufgeklärte Öffentlichkeit kann dabei helfen, Fehlinformationen zu entkräften und faktenbasierte Debatten zu fördern. Wichtig ist, dass das Umweltressort bei der Kommunikation **nicht allein** agiert, sondern Allianzen schließt, auch mit unkonventionellen Akteur*innen wie zum Beispiel Jugendorganisationen, Sportvereinen oder der Gaming-Szene. Das BMUKN bzw. seine nachgeordneten Behörden funktionieren als Absender nicht in jedem Kontext gut. Es braucht „nahbarere“ **Botschafter*innen**, wie unterschiedlich reichweitenstarke Influencer*innen oder bekannte Gesichter zur Reichweitenerhöhung. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit von Influencer*innen mit der Organisation „More in Common“, die sich in der [Werkstatt für Begegnung & Zusammenhalt](#)²⁵ in Form von gemeinsamen Kampagnen und Aufklärungsvideos für den sozialen Zusammenhalt einsetzten und für das Thema sensibilisierten.

► **Digitale Medienkompetenz im Umweltressort systematisch stärken**

Dazu gehören: Schulungen in Medienkompetenz, um Desinformation zu erkennen und zu entkräften; Kommunikationstrainings, um auf populistische Interventionen souverän zu reagieren (inklusive Krisenkommunikation); Leitlinien für digitale Kommunikation, um einen einheitlichen Umgang mit Fake News zu gewährleisten. Diese Punkte werden in Handlungsansatz 7 (Behördeninterner Kompetenzaufbau) aufgegriffen.

Baustein 2:

Aktives Community-Management auf den eigenen Plattformen betreiben

Desinformation und populistische Rhetorik dürfen sich nicht unkommentiert auf den Social-Media-Kanälen verbreiten, auf denen das BMUKN und seine nachgeordneten Behörden aktiv sind. Während es möglicherweise nicht gelingen wird, gegen jede einzelne populistische Nachricht in den Kommentarspalten unter Beiträgen vorzugehen, sollte zumindest eine zahlenmäßig unkontrollierbare Verbreitung verhindert werden. Das Ziel der Behörden sollte es sein,

die allgemeine Informationspflicht des Staates durch entsprechende Kommentierung und Richtigstellung durchzusetzen. Dafür müssten Behörden ein effektives Community-Management etablieren, das falsche Informationen schnell korrigiert und eine respektvolle, sachliche Diskussion zu fördern versucht. Hierbei gilt es, klare Kommunikationsrichtlinien und Standards aufzustellen, um ein konstruktives und informatives Umfeld zu gewährleisten.

Was ist Community-Management?

Im digitalen Raum bezieht sich Community-Management in erster Linie auf die Verwaltung von Online-Communities, die auf sozialen Medien, Foren, Websites oder anderen digitalen Plattformen entstehen. Es umfasst sowohl die interaktive Kommunikation mit Community-Mitgliedern als auch das Moderieren von Diskussionen und Inhalten, um ein respektvolles und produktives Umfeld zu fördern.

Das Community-Management bezieht sich hier ausschließlich auf Internetauftritte, die in der Verantwortung des Umweltressorts liegen. Externe Seiten oder Social-Media-Plattformen liegen außerhalb des Verantwortungsbereiches und sind für eigene Regeln und Management nicht zugänglich.

Der Umgang mit destruktiven Akteur*innen im Netz erfordert eine klare Strategie und gut ausgebildetes Personal. Destruktive Nutzer*innen können durch gezielte Moderation und das Setzen von Community-Standards, wie einer Netiquette, in Schach gehalten werden. Es ist wichtig, dass Moderator*innen schnell und konsequent auf Regelverstöße reagieren, um ein respektvolles Diskussionsklima zu gewährleisten. Dabei müssen sie konstruktive Kritik von destruktivem Verhalten unterscheiden und entsprechend handeln.

²⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=hf1XjiUOMyk>

Beim Aufbau eines Community-Managements durch das Umweltressort sind folgende Punkte zu beachten:

► **Ziele und Leitlinien für das Community-Management definieren**

Zum Start ist es wichtig, klare Ziele und Leitlinien festzulegen. Diese sollten auf die spezifischen Anforderungen der Umweltpolitik und auf die Bekämpfung von Desinformation und populistische Rhetorik ausgerichtet sein.

► **Strukturen für das Community-Management bereitstellen**

Für die Umsetzung des Community-Managements sollten dedizierte Teams eingerichtet werden. Diese Teams sollten sich im Idealfall aus Kommunikationsfachleuten, Social-Media-Manager*innen und gegebenenfalls aus Fachleuten zusammensetzen, die in der Lage sind, auf Fragen und populistische Angriffe schnell, fachlich und sachlich zu reagieren. Auch ein Krisenkommunikations-Team wird empfohlen. Ebenso braucht es Community-Standards, wie beispielsweise eine Netiquette, die klare Regeln für den Umgang miteinander schaffen. Bei Bedarf können Hasskommentare und Desinformationen entfernt werden.

► **Konstruktive Diskussionen fördern**

Neben der Moderation von Inhalten ist es wichtig, konstruktive Gespräche zu fördern. Populistisch intervenierende Akteur*innen polarisieren häufig, um ihre Agenda voranzutreiben und Konflikte zu schüren. Durch gezielte und respektvolle Kommunikation kann das Umweltressort einen Diskurs schaffen, der auf sachlicher Auseinandersetzung und fundierten Argumenten basiert. Die Förderung von Diskussionen, die Raum für unterschiedliche Meinungen lassen, kann helfen, den Einfluss solcher Akteure zu mindern. Dadurch lassen sich im digitalen Raum populistische Taktiken wie Falschdarstellungen oder emotional aufgeladene Polemik reduzieren.

► **Zusammenarbeit mit anderen Bundesministerien suchen**

Die Regulierung von Online-Plattformen liegt nicht im Verantwortungsbereich des BMUKN oder seines Geschäftsbereichs. Ein Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Bundesministerien, insbesondere dem Justiz- und Innenministerium, kann nichtsdestoweniger hilfreich sein, um

gemeinsame Strategien im Umgang mit Hassrede und populistischen Angriffen im Netz zu entwickeln und gezielt gegen umweltbezogenen Hass vorzugehen.

Herausforderungen

- **Abstimmungsprozesse und bürokratische Hürden** können eine zeitnahe Reaktion auf kritische Ereignisse im digitalen Raum erheblich verzögern. Um rasche Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, sollten Behörden klare Kommunikationsstrategien und -richtlinien entwickeln, die es den Mitarbeitenden ermöglichen, schneller und zugleich rechtssicher zu agieren. Je nach Fall sollten zudem unterschiedliche Handlungsgeschwindigkeiten möglich sein. Hierfür ist die Entwicklung eines gemeinsamen Priorisierungsschemas sinnvoll, das etwa zwischen regulären, dringlichen und besonders sensiblen Situationen unterscheidet.

Hilfreich wäre darüber hinaus die Einrichtung spezialisierter, schnell handlungsfähiger Teams, die im Bedarfsfall kurzfristig aktiviert werden können. Diese Teams könnten insbesondere dann unterstützen, wenn Kommunikationslagen eine hohe Dynamik und externe Sichtbarkeit aufweisen. Ein vielversprechendes Potenzial liegt dabei in der ressortübergreifenden Abstimmung: Auch wenn solche Prozesse derzeit noch nicht etabliert sind, könnten sie perspektivisch dazu beitragen, Erfahrungen zu bündeln, einheitliche Reaktionsweisen zu fördern und Best-Practice-Beispiele systematisch weiterzugeben.

► **Bots und destruktive Akteur*innen erkennen und auf sie reagieren**

Bots können mit relativ geringen technischen und finanziellen Hürden populistische Botschaften effektiv vervielfältigen. Dabei können sie jedoch durch verschiedene technische Merkmale erkannt werden, wie zum Beispiel ungewöhnlich hohe Aktivitätsraten, repetitive Inhalte und die Nutzung von automatisierten Tools zur Veröffentlichung von Beiträgen. Es ist wichtig, dass das Umweltressort moderne Analysetools und Algorithmen einsetzt, um solche Muster zu identifizieren und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die vom Löschen der Nachricht bis hin zum Melden und Blockieren des jeweiligen Accounts reichen können. Community-Manager*innen könnten solche Aufgaben wahrnehmen.

Weitere Quellen

#vrschwrrng – Ein interaktives Toolkit gegen Verschwörungstheorien. <https://www.vrschwrrng.de/> (29.04.2025)

Nußbaum, C., & Potthoff, J. (2024). Influencer – Macht, Marketing und Manipulation. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-Creatorbranche.pdf (29.04.2025)

Smart Grids-Plattform Baden-Württemberg e.V. (2020). Social Media für Energiewende & Klimaschutz. https://smartgrids-bw.net/public/uploads/2020/11/Csells_SocialMedia_LeitfadenProposals_FIN_WEB.pdf (29.04.2025)

Dorn, M. & Barth, S. (2023). Vorsicht, manipuliert! Leitfaden für Kommunikationsverantwortliche aus Abgeordnetenbüros, Ministerien und Behörden. <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2023/12/AHEAD-Leitfaden.pdf> (29.04.2025)

Kessler, S.H. (2023). Vorsicht Desinformation. Die Wirkung von desinformierenden Social Media-Posts auf die Meinungsbildung und Intervention. https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/Bericht_Studie_Vorsicht_Desinformation?utm_source=chatgpt.com (29.04.2025)

Lewandowsky, S. et al. (2020). The Debunking Handbook. <https://skepticalscience.com/docs/DebunkingHandbook2020-German.pdf> (29.04.2025)

Neue deutsche Medienmacher e.V. (2019). Wetterfest durch den Shit-Storm. <https://neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2019/10/Leitfaden-gegen-Hassrede-2019.pdf> (29.04.2025)

Weßling, C., & Schulze, K. (2020). Umgang mit Hass und Hetze in Sozialen Medien. <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/handreichung-umgang-mit-hass-und-hetze-in-sozialen-medien/> (29.04.2025)

Schrader, C. (2022). Gehe richtig mit Zweifeln und Falschinformationen um. In: Über Klima sprechen. Das Handbuch. https://klimakommunikation.klimafakten.de/wp-content/uploads/HandbuchKlimakommunikation_Kap19-ZweifelDesinformation_final.pdf (29.04.2025)

Bösch, M. (2024). Von Reichweite und Algorithmen – Analyse des Europawahlkampfes ausgewählter Parteien auf TikTok. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21462.pdf> (29.04.2025)





5 – Bürgerbeteiligung effektiv, verstärkt und passgenau für Umweltpolitik nutzen

Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen
- ✓ Polarisierung vermeiden
- ✓ Wissen über Populismus stärken

Wirkungsart: ☐ Reaktiv ☒ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☐ Kurzfristig ☒ Langfristig



Bürger*innen an der Entwicklung von Umweltpolitik zu beteiligen, heißt, die Qualität von Entscheidungen zu verbessern, Transparenz im Regierungshandeln herzustellen und das Vertrauen in politische Institutionen zu stärken. Bürgerbeteiligung ist zudem wichtig, weil dadurch die Vorschläge, Sorgen, Lebenswelten der Bürger*innen stärker ins Bewusstsein der Fachebene rücken. So wirkt sie nicht nur der Politikverdrossenheit entgegen (Menschen werden „gehört und gesehen“), es können in der Verwaltung mögliche Konflikte frühzeitig erkannt und reduziert werden.

In der Umweltpolitik werden viele Entscheidungen getroffen, die sich oft erheblich auf die Lebensverhältnisse der Bürger*innen auswirken. Deshalb sollte es gerade hier ein grundlegendes Prinzip sein, Politik gemeinsam mit den Menschen zu gestalten, und zwar auch mit jenen, die nicht in Verbänden organisiert oder bereits politisch aktiv sind. Bürger*innen bringen eine Vielzahl von Perspektiven und Expertisen ein, sodass innovative und nachhaltige Lösungen für komplexe Probleme entwickelt werden können. Indem eine heterogene Gruppe von Bürger*innen einbezogen wird, kann von vielfältigen Alltagserfahrungen gelernt, ein tieferes Verständnis für Transformationsprozesse innerhalb der Bevölkerung bewirkt und eine faire Behandlung der Bevölkerungsgruppen erreicht werden.

Diverse Beteiligungsformate sollen dazu beitragen, wichtige Perspektiven der Betroffenen einzuholen und die Selbstwirksamkeit der Bürger*innen zu stärken. Hierzu ist es wichtig, sich um die Teilnahme jener Bürger*innen zu bemühen, die der politischen

Debatte normalerweise fernbleiben. Nur so kann gewährleistet werden, dass der Diskurs auch außerhalb der üblichen gesellschaftlichen Gruppen geführt wird und die vielfältigen Gegebenheiten und Bedürfnisse vor Ort in der Planung berücksichtigt werden.

Der Beteiligungsprozess und die Ergebnisse daraus tragen dazu bei, politische Vorhaben zu stärken, sowohl in der Gestaltung des Vorhabens selbst als auch in der gesellschaftlichen Akzeptanz. Die Wirksamkeit effektiver Beteiligung in Reaktion auf populistische Interventionen wird auch im internationalen Kontext betont (Menezes & Barbosa Jr. 2021, S. 243).

Während Beteiligung nicht automatisch zu Verringerung von Populismus führt – sind doch die Wirklogiken wesentlich komplexer – zeigen Untersuchungen, dass durch reale Mitbestimmung breite Akzeptanz wesentlich gesteigert werden kann. Dies wiederum schwächt den Erfolg populistischer Narrative ab. Das gilt sowohl bei formeller, das heißt gesetzlich vorgegebener Beteiligung, als auch informeller Beteiligung. Darum ist es notwendig, die Beteiligung bei Projekten, wenn möglich, auf der Beteiligungspyramide (Straßburger & Rieger 2014, S. 231) höher anzusetzen. Die Beteiligungspyramide hierarchisiert Beteiligungsmöglichkeiten nach ihrem Einfluss, auf den der Outcome gesetzt werden sollte. Auf der ersten Stufe geht es um Informationen über anstehende Entscheidungen, auf der zweiten Stufe können Menschen ihre Meinung zur Thematik äußern und auf der dritten Stufe werden sie zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Dieser Handlungsansatz umfasst daher die Beteiligung von Bürger*innen²⁶ mittels **verschiedener Formate**: unter anderem Bürgerräte, Bürgerforen, Zukunftswerkstätten oder Online-Beteiligung und Petitionen. Wichtig ist hierbei die **Auswahl des Beteiligungsgegenstandes** (Was soll diskutiert werden?), das **Beteiligungsziel** (Erkenntnisse generieren, Dialog fördern, Empfehlungen erarbeiten), der **Beteiligungszeitpunkt** (Wie weit ist der politische Prozess, beispielsweise die Gesetzgebung, bereits vorangeschritten?), **wen binde ich ein** (Wer nimmt als Bürger*in teil, mit welchen Partner*innen richte ich die Beteiligung aus, welche Meinungen kommen zu Wort?) und der **Output** (Was passiert mit den Ergebnissen?).

Auch populistisch agierende Akteur*innen nutzen Partizipationsformate. Ewen und Horelt (2019, S. 397) warnen davor, dass lokale Bürgerveranstaltungen als Plattformen dienen können, um Debatten zu polarisieren, zu radikalieren und zu instrumentalisieren (ebd.; Radtke et al. 2019, S. 51). Laut Eichenauer et al. (2018, S. 641) sollte beispielsweise der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung in der Energiewende nicht nur als Forderung nach ergebnisoffener Beteiligung verstanden werden, sondern es könnte sich dahinter auch eine Verhinderungsstrategie verstecken. Während kontroverse Diskussionen zugelassen werden sollten, ist insbesondere bei Grenzüberschreitungen eine kompetente, vorbereitete Moderation notwendig.

Damit Beteiligung ihre deliberative Wirkung entfalten kann, sind politische Rahmenbedingungen, Prozessqualität und Klarheit über die Funktion und das Ziel entscheidend. Hierfür gibt es aus vielen Praxiserfahrungen entstandene Ansätze und Leitlinien, die im Folgenden beleuchtet werden.

Hinweise zur Umsetzung

Die Leitlinien zu guter Bürgerbeteiligung des BMUKN (2019, Neuauflage 2023) beschreiben Beteiligungsformate entlang von vier Phasen. Innerhalb dieser Phasen sind folgende Punkte entscheidend, um populistischen Interventionen proaktiv vorzubeugen:

► Klare Ziel- und Rahmensetzung:

Populistisch intervenierende Akteur*innen nutzen oft Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung aus, um ihre Agenda voranzutreiben. Daher ist es wichtig, dass die Ziele und der Rahmen des Beteiligungsprozesses klar und transparent kommuniziert werden, um Missverständnisse und Manipulationen zu vermeiden. Der Beteiligungsgegenstand sollte bereits im Vorfeld auf das „Verhetzungspotenzial“ geprüft werden.²⁷ Während kontroverse Diskussionen geführt werden sollten, ist es wichtig, Grenzen zu setzen und ihnen nicht zu viel Raum zukommen zu lassen. Außerdem muss der Beteiligungszeitpunkt klug gewählt werden. Schließlich ist eine klare Kommunikation darüber nötig, welche Einflussmöglichkeiten auf einen laufenden politischen Prozess (zum Beispiel Agenda-Setting, Strategieentwicklung, Gesetzgebungsverfahren) gegeben sind, um Erwartungen nicht zu enttäuschen.

► Durchdachtes Verfahrensdesign:

Populismus gedeiht oft in Umgebungen, in denen sich Menschen ausgeschlossen oder nicht gehört fühlen. Ein inklusives und gut durchdachtes Verfahrensdesign, das die Bedürfnisse und Perspektiven aller Beteiligten berücksichtigt, kann das Vertrauen in den Prozess stärken und populistischen Tendenzen entgegenwirken. Neben der Zufallsauswahl muss die Einbindung bestimmter Milieus gezielt gefördert werden, die als beteiligungsfern bzw. „populismusaffin“ gelten. Zwar sollte der Fokus nicht auf den populistischen Akteur*innen oder den „populismusaffinen“ Teilnehmenden liegen, dennoch ist es von Bedeutung, dass sie ebenso wie andere Bevölkerungsgruppen mitbeteiligt werden. Das vom UBA und BMUV beauftragte Projekt „Umweltpolitik im Dialog“ hat eine umfassende Analyse vorgelegt, wie diese Zielgruppen zu definieren sind, wie sie erreicht werden können und welche Formate angemessen sind (Schipperges et al. 2024). Eine weitere zentrale Erkenntnis aus dieser Studie ist die unterstützende Zusammenarbeit mit glaubwürdigen Akteur*innen, die hohes Vertrauen genießen (insbesondere auf lokaler Ebene). Vertrauen wurde als eine der wichtigsten Stellschrauben für eine gelingende Bürgerbe-

²⁶ Stakeholderbeteiligung (aus Verbänden, Zivilgesellschaft, Wirtschaft) ist hier ausgenommen, da bereits etablierte und umfassende formale und informale Prozesse bestehen.

²⁷ Der Begriff „Verhetzung“ bezieht sich auf das Anstiften oder Aufhetzen von Personen gegen andere, oftmals mit dem Ziel, Hass oder Gewalt zu fördern. Mit „Verhetzungspotenzial“ soll die Eigenschaft oder das Potenzial einer politischen Diskussion, eines Themas oder einer Entscheidung beschrieben werden, solche negativen Emotionen oder Handlungen hervorzurufen.

teiligung erkannt, weshalb die Zusammenarbeit mit Vertrauensvermittelnden Akteur*innen mögliche Vorbehalte gegenüber staatlichen Institutionen verringern kann.

► **Hohe Verfahrensqualität:**

Populistische Rhetorik schürt Misstrauen gegenüber etablierten Institutionen, Politik und deren Interessen. Daher ist es entscheidend, Beteiligungsprozesse transparent, fair und nachvollziehbar zu gestalten. Dies kann durch regelmäßige Kommunikation, die Einbeziehung unabhängiger Moderator*innen und die Bereitstellung von verständlich aufbereiteten Informationen erreicht werden. Diese Informationen sollten eine Ausgewogenheit der Perspektiven sicherstellen und vermeintlich randständige Positionen umfassen. Kontroverse umweltpolitische Themen sollten nicht vermieden werden. Sich schwierigen Konfliktthemen zu stellen, kann sogar zu einem Gewinn an Glaubwürdigkeit führen. Ein qualitativ hochwertiger Beteiligungsprozess sollte so wenig Einschränkungen wie möglich vorsehen, um Polarisierung und einer möglichen Instrumentalisierung entgegenzuwirken.

Digitale Formate spielen bereits heute eine wichtige Rolle bei Beteiligungsverfahren und werden perspektivisch weiter an Bedeutung gewinnen, sei es als online/hybride Ergänzungen

zu analogen Formaten oder als reine Online-Beteiligung (siehe weiterführende Quellen, BMUV 2024). Durch die Förderung digitaler Teilhabe können noch weitere Zielgruppen (Ältere und Jüngere, Menschen mit (Mobilitäts-)Einschränkungen) erreicht werden. Zukünftig gilt es verstärkt darauf zu achten, dass zum Beispiel Bots bei Online-Plattformen ein weiteres Instrumentarium darstellen könnten, populistische Inhalte oder Strategien zu transportieren. Gleichzeitig sollten politische Entscheidungsträger*innen zur Kenntnis nehmen, dass eine hohe Klickzahl und viele Kommentare nicht heißen muss, dass dahinter viele Bürger*innen stehen.

► **Adäquater Umgang mit den Ergebnissen und der Evaluation:**

Populistisch intervenierende Akteur*innen verzerren oder ignorieren häufig Ergebnisse, die nicht ihrer Agenda entsprechen. Ein transparenter und nachvollziehbarer Umgang mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung sowie eine gründliche Evaluation sichern die Legitimität der Ergebnisse und schwächen populistische Einflüsse. Behörden sollten nach dem Beteiligungsprozess Feedback-Veranstaltungen anbieten, um den politischen Umgang mit den Empfehlungen und Ergebnissen zu erläutern und darzulegen, warum bestimmte Aspekte nicht berücksichtigt werden können.



Herausforderungen

Das Umweltressort muss mehrere Herausforderungen der Bürgerbeteiligung und in der Umweltpolitik bewältigen, um eine effektive und inklusive Beteiligung zu gewährleisten:

► **Umsetzbarkeit und Handlungsspielräume:**

Es ist wichtig, realistische Erwartungen zu setzen und die tatsächlichen Handlungsspielräume klar zu kommunizieren. In der Regel sind Beteiligungsprozesse des BMUKN informell und konsultativ, weil die letztendliche Entscheidung der Hausleitung beziehungsweise dem Gesetzgeber vorbehalten ist. Dies gilt es klar zu kommunizieren. Wenn kein Spielraum besteht, sollte nur Information und keine Beteiligung angeboten werden, um Enttäuschungen und Misstrauen zu vermeiden. Umfängliche Informationen, klare Sprache und Transparenz sind in solchen Fällen zentral.

► **Erreichbarkeit der Zielgruppen:**

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, schwer erreichbare Gruppen zu identifizieren und zu involvieren. Daher wurde im Rahmen des UBA-Forschungsvorhabens „Umweltpolitik im Dialog“ der Methodenkoffer „Umweltpolitik im Dialog – wie erreichen wir die schwer Erreichbaren?“ entwickelt, wie der Zugang zu diesen Zielgruppen gelingen kann (Düben et al. 2025 i.E.). Oftmals sind es gerade diese Gruppen, die von Umweltmaßnahmen am stärksten betroffen sind, jedoch am wenigsten Gehör finden. Sie haben möglicherweise weniger Zugang zu Informationen oder Vertrauen in politische Prozesse. Daher ist es von Vorteil, wenn die reine Zufallsauswahl mit einer aufsuchenden Beteiligung ergänzt wird, bei der zufällig angeschriebene Bürger*innen per Hausbesuch angesprochen werden. Die aufsuchende Rekrutierung, welche die klassischen Beteiligungsformate ergänzt, kann zudem auf schwerer erreichbare Gruppen besser angepasst sein (zum Beispiel in Nachbarschaftszentren, Vereinsheimen etc.). Die Kontaktaufnahme mit vermittelnden Personen kann dafür hilfreich sein. Hierbei kann es sich um Personen handeln, die in ihrer Gemeinschaft hohes Vertrauen genießen oder um die soziale Arbeit vor Ort, die diese schwer erreichbaren Milieus kennt. Dadurch kann sich der Zugang zu bestimmten Gruppen zumindest teilweise verbessern.

► **Polarisierung und Populismus:**

Populistisch intervenierende Akteur*innen können Partizipationsformate nutzen, um Debatten zu polarisieren und zu instrumentalisieren. Dies stellt eine Gefahr für die konstruktive und sachliche Auseinandersetzung dar und kann die Wirksamkeit von Beteiligungsprozessen untergraben. Es ist daher zentral, vorab das Ziel zu kommunizieren – nämlich konstruktive Lösungen zu finden – anstatt sich auf eine potentiell destruktive Agenda einzulassen. Ist mit populistischen Akteur*innen auf einer Veranstaltung zu rechnen, ist daher eine entsprechende Vorbereitung notwendig. Gesprächsleitlinien können vorab besprochen werden, diskutierbare Themen und nicht zur Diskussion stehende Themen festgelegt werden sowie Grenzen der „Etikette“ bestimmt werden. Auf diese Aspekte sollten potentiell grenzverletzende Teilnehmer*innen auf einer Veranstaltung hingewiesen werden. Gleichzeitig können andere Teilnehmer*innen als Korrektiv dienen, indem sich „genervte“ Personen entsprechend äußern und somit störenden Teilnehmer*innen Einhalt gebieten.

► **Verzögerung bei Prozessen:**

Bürgerbeteiligung kann zu einer Verlängerung von (insbesondere formalen) Verfahren führen, da sie zusätzliche Schritte erfordert. Wenn Bürger*innen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, müssen ihre Meinungen und Bedenken berücksichtigt werden, was oft zu weiteren Diskussionen und Überprüfungen führt. Dies kann den Zeitrahmen für die Entscheidungsfindung verlängern, da es notwendig ist, einen Konsens zu finden oder Kompromisse einzugehen. Zudem können Bürgerbeteiligungsverfahren zusätzliche Ressourcen und organisatorische Maßnahmen erfordern, die den Prozess weiter verzögern. Allerdings lassen sich diese Verzögerungen als Zukunftsinvestment betrachten, da eine Beteiligung die Prozesse langfristig beschleunigt. Das Risiko einer Nichtbeteiligung kann schwer kalkuliert werden. Nachträgliche Einmischung und Beschwerden können zu starker Verlangsamung des Vorhabens führen. Durch hohe Legitimation der Entscheidungen kann schneller gehandelt und das Vorhaben umgesetzt werden.

► **Technologische Barrieren:**

Der Zugang zu digitalen Beteiligungsplattformen kann durch technologische Barrieren eingeschränkt sein, insbesondere für ältere Menschen oder solche ohne regelmäßigen Internetzugang. In solchen Fällen bedarf es eines zusätzlichen Aufwands und kreativer Lösungsansätze. So können den Betroffenen im Rahmen der Beteiligung digitale Geräte zur Verfügung gestellt, mit ihnen gemeinsam an einer digitalen Veranstaltung teilgenommen oder analoge Möglichkeiten angeboten werden.

Anknüpfungspunkte zu bestehenden Projekten, Maßnahmen und Prozessen

► **Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung:**

Das BMUV hat [Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung](#)²⁸ entwickelt, die als Standard für Beteiligungsprozesse dienen. Diese Leitlinien betonen die Bedeutung von Transparenz, Inklusion und frühzeitiger Einbindung der Bürger*innen.

► **Online-Beteiligungsplattformen:**

Der Aufbau und die Erprobung von Online-Beteiligungsplattformen haben sich als erfolgreich erwiesen, um breite Bevölkerungsschichten zu erreichen, zum Beispiel [BMUV im Dialog](#)²⁹.

Diese Plattformen ermöglichen es Bürger*innen, sich flexibel und ortsunabhängig an politischen Prozessen zu beteiligen.

► **Verknüpfungen zu anderen Handlungsansätzen in dieser Broschüre:**

Handlungsansatz 7 (Interner Kompetenzaufbau) beschreibt die Bedeutung von Schulungen – um die Chancen und Herausforderungen von Bürgerbeteiligung besser zu verstehen. So können Beteiligungsverfahren gezielt eingesetzt werden – auch als Reaktion auf populistische Stimmungsmache. Gleichzeitig geht es darum, mögliche Risiken, wie die Instrumentalisierung durch einzelne Gruppen, frühzeitig zu erkennen. Dafür braucht es eine gute Planung. Der Einsatz professioneller Moderator*innen kann sinnvoll sein, ebenso die Zusammenarbeit mit Vermittler*innen, die zwischen unterschiedlichen Gruppen Brücken bauen. Wichtig ist auch die enge Kooperation mit lokalen Partnern – wie in Handlungsansatz 6 (Allianzen) beschrieben. Diese kann die Glaubwürdigkeit und Wirkung von Beteiligungsprozessen deutlich stärken.

Weitere Quellen

Tran-Karcher, H., Füllekrug, A. (2024). Kriterien für gute Online- und hybride Beteiligung. BMUV, Berlin. http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Buergerbeteiligung/online_hybride_beteiligung_kriterien_bf.pdf (29.04.2025)

Düben et al. (2025 i.E.). Methodenkompass: Umweltpolitik im Dialog – wie erreichen wir die schwer Erreichbaren? Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau

Wohlfeld, S., Hüßon, F., & Gagné, J. (2023). Mehr erreichen. Mit Beteiligung. Ein Arbeitsbuch für kommunale Beteiligung mit neuen Zielgruppen. https://www.moreincommon.de/wp-content/uploads/2023/01/Impulspapier_moreincommon_mehrerreichen.pdf (29.04.2025)

Bürgerregion Lausitz (Hrsg.). Beteiligung als Schutz und Motor der Demokratie. Formate und Erfahrungen aus der Lausitz und darüber hinaus. https://buergeregion-lausitz.de/wp-content/uploads/2024/09/Beteiligung_Erfahrungen-aus-der-Lausitz.pdf (29.04.2025)

Renkamp, A. (2017). Populismus bekämpfen durch gute Bürgerbeteiligung. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/vielfaeltige-demokratie-gestalten/projektnachrichten/populismus-bekaempfen-durch-gute-buergerbeteiligung> (29.04.2025)

Forum gegen Fakes (o.D.). Gemeinsam für eine starke Demokratie. <https://forum-gegen-fakes.de/de/start> (29.04.2025)

Zempel, C. (2025). Rechtspopulismus auf dem Vormarsch: Könnten Bürgerräte gegen die Demokratiekrise in Ostdeutschland helfen? Tagesspiegel. <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtspopulismus-auf-dem-vormarsch-konnten-burgerrate-gegen-die-demokratiekrise-in-ostdeutschland-helfen-13016164.html> (29.04.2025)

²⁸ <https://www.bmu.de/download/leitlinien-fuer-gute-buergerbeteiligung-qualitaetssicherung>

²⁹ <https://dialog.bmu.de/bmu/de/home>



6 – Allianzbildung mit der Zivilgesellschaft (und anderen gesellschaftlichen Organisationen) stärken

Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Polarisierung vermeiden
- ✓ Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen
- ✓ Selbstbewusst den Schutz von Mensch und Umwelt vorantreiben

Wirkungsart: ☒ Reaktiv ☒ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☐ Kurzfristig ☒ Langfristig



Erfolgreiche Allianzbildung ist essenziell, um den souveränen Umgang mit umweltregressivem Populismus zu stärken. Bündnisse helfen, Umweltpolitik integrativer zu gestalten und adressatengerechter zu kommunizieren. Da die Zivilgesellschaft zudem eine wichtige Funktion für den Erhalt der Demokratie innehat, sollten zivilgesellschaftliche Akteure Unterstützung beim Umgang mit populistischen Interventionen erhalten. Kooperationen mit der Zivilgesellschaft finden bereits auf verschiedenen Ebenen statt. Ziel dieses Handlungsansatzes ist es, den Bündnisaufbau systematisch weiterzuentwickeln sowie auf besondere Bedarfe seitens der Zivilgesellschaft hinzuweisen. Der Ansatz zur Allianzbildung umfasst dementsprechend zwei Bausteine:

Baustein 1:

Allianzaufbau zur Stärkung demokratischer Umweltpolitik

Das BMUKN als Ermöglicher von Vernetzung

Angeichts der Komplexität der Herausforderungen, die sich durch die sozial-ökologische Transformation ergeben sowie der Zunahme populistischer Interventionen ist eine enge **Vernetzung der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen untereinander** wichtig für die Stärkung von Umweltpolitik und Demokratie. Hier kann das BMUKN eine **ermöglichende Rolle** spielen, indem es den **Austausch zwischen verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft** (insbesondere zwischen dem Umwelt- und Sozialbereich) fördert und institutionalisiert.

Eine niedrighschwellige **Plattform** könnte zivilgesellschaftlichen Organisationen die Möglichkeit bieten, in einen Austausch zu kommen und Kooperationspartner für Projekte zu gewinnen. Dies eröffnet insbesondere kleineren Organisationen, denen die Ressourcen für einen eigenständigen Allianzaufbau fehlen, eine Möglichkeit zur anlassbezogenen Vernetzung.

Ein konkretes Vorbild könnte die im bereits abgeschlossenen UBA-Vorhaben „Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen“ empfohlene Einrichtung eines **„Forums Umwelt & Soziales“** sein (Sharp et al. 2020, S. 23). Dieses Forum würde einen institutionellen Rahmen für den Austausch zwischen Umwelt- und Sozialverbänden sowie Strukturen für die Erarbeitung gemeinsamer Positionen, Ziele und politischer Handlungsempfehlungen schaffen. Hier sollten Ansätze zur konstruktiven Einbindung von kritischen Stimmen erarbeitet werden. Diese fordern zwar den gemeinsamen Meinungsbildungsprozess heraus, ermöglichen gleichzeitig jedoch eine wichtige Perspektiverweiterung.

Die Erkenntnisse aus bereits bestehenden Bündnissen (zum Beispiel Netzwerk Ressourcenwende) sollten bei der Gründung weiterer Netzwerke berücksichtigt werden (siehe Anknüpfungspunkte).

Integrative Politikgestaltung

Ein maßgeblicher Bestandteil Populismus-resilienter Umweltpolitik ist eine Politikgestaltung, welche die soziale Verteilungswirkung umweltpolitischer Maßnahmen berücksichtigt (siehe Handlungsansatz 1: Sozial gerechte Politikgestaltung). Hierfür ist eine integrative Politikgestaltung elementar, die die Perspektive der Zivilgesellschaft – insbesondere aus dem Bereich Umwelt und Soziales – miteinbezieht. Dies setzt den **Auf- und Ausbau von Allianzstrukturen zwischen dem Umweltressort und der Zivilgesellschaft** voraus. Im Vordergrund stehen dabei der **Erfahrungs- und Wissensaustausch**, die **Identifikation von konkreten Kooperationsmöglichkeiten** sowie der **Interessenausgleich** im Prozess der Politikgestaltung und im Rahmen von (Forschungs-) Vorhaben. Verschiedene Formate bieten sich dafür an, u. a.:

- ▶ Die konsequente Einbindung unterschiedlicher Akteur*innen der Zivilgesellschaft in Forschungsvorhaben und andere relevante Projekte, etwa Konsultations- oder Beteiligungsverfahren, im Umweltressort. Hier sollte darauf geachtet werden, auch kritisch-konstruktive Perspektiven miteinzu beziehen.
- ▶ Regelmäßiger Austausch zwischen der Leitungsebene (auch der nachgeordneten Behörden) und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Neben dem bereits bestehenden jährlichen Austausch zwischen der BMUKN-Hausleitung und Umwelt- und Naturschutzverbänden sollte auch der Dialog mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden etabliert werden. Es gilt zudem, weitere Möglichkeiten des (niedrigschwelligen) Austausches und der Vernetzung zu prüfen.

Das UBA-Forschungsvorhaben „**Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen**“³⁰ (Sharp et al. 2020) empfiehlt eine „**neue institutionelle Architektur**“ für den strukturierten Austausch mit zivilgesellschaftlichen Verbänden verschiedener Bereiche. Die in diesem Rahmen gemeinsam erarbeiteten Perspektiven sollen die „Ko-Kreation transformativer Politikansätze zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren“ ermöglichen (ebd., S. 19). Dies könnte beispielsweise im Rahmen einer **Transformationskommission** nach dem Vorbild der Kohle- und Verkehrskommissionen erfolgen. Die hier gemachten

Vorschläge zur systematischen Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in die umweltpolitische Entscheidungsfindung sind weitreichend, sollten jedoch umfassend geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt werden. Sie begünstigen eine Politikgestaltung, die unterschiedliche Perspektiven systematisch miteinbezieht und so zur Befriedung gesellschaftlicher Konflikte beiträgt.

Kommunikationsallianzen

Darüber hinaus können breite Allianzen dabei helfen, die adressatengerechte Kommunikation zu stärken. Strategische Bündnisse mit Akteuren außerhalb des Umweltbereichs ermöglichen es dem BMUKN und seinen nachgeordneten Behörden, Zielgruppen zu erreichen, denen das Vertrauen in umweltpolitische Institutionen fehlt. Sogenannte „Trusted Messengers“ können als Multiplikator*innen für die Kommunikation umweltpolitischer Themen dienen. Es gilt daher, in erster Linie Bündnisse mit unüblichen Partnern – beispielsweise Stadtwerke, Gewerkschaften, Sportorganisationen, Jugendverbände, kirchliche Träger oder etwa Heimat- und Brauchtumsvereine – aufzubauen. Zur Vorbereitung solcher Kommunikationsallianzen sollte die Konzeption von Kommunikationsmaßnahmen ein Akteursmapping beinhalten. Weitere Informationen dazu unter „Hinweise zur Umsetzung“.

Baustein 2:

Unterstützungsstruktur für betroffene Akteur*innen der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Organisationen im Umweltbereich sehen sich zunehmend populistischen Interventionen ausgesetzt, die sie in ihrer Arbeit beeinträchtigen (siehe beispielsweise: NABU 2024, S. 14-22). Um die Zivilgesellschaft langfristig zu stärken, bedarf es konkreter Unterstützung für jene Akteur*innen, die von Populismus betroffen sind.

Das BMUKN sollte sich als ermöglichende Stelle etablieren, die im Bedarfsfall Hilfestellung leistet und so zur Resilienz der Zivilgesellschaft beiträgt. Unterstützungsmaßnahmen können unter anderem sein:

- ▶ **Schaffung einer Anlaufstelle** für betroffene zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die mit entsprechender Expertise ausgestattet ist, um nach dem Erstkontakt zur weitergehenden (Prozess-)Beratung an Fachprojekte (Mobile Beratung gegen Rechtsex-

³⁰ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/neue_allianzen_fuer_sozial-oekologische_transformationen.pdf



tremismus, Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN), Amadeu Antonio Stiftung etc.) in der Zivilgesellschaft zu verweisen.

- **Angebote der Kompetenzbildung** für zivilgesellschaftliche Organisationen zur Befähigung im Umgang mit umweltregressivem Populismus und Extremismus. Dies kann etwa über Workshop- und Seminarangebote erfolgen, insbesondere mit dem Verweis auf und der Förderung von bestehenden zivilgesellschaftlichen Angeboten.

Informationen zur Rechtshilfe: Hier kann in erster Linie auf bestehende externe Angebote, wie etwa gegenrechtsschutz.de³¹ verwiesen werden. Diese sollten dementsprechend gefördert werden.

- **Förderung und Ressourcen:** Häufig fehlen betroffenen Organisationen die finanziellen Mittel, um sich effektiv gegen populistische Interventionen zu wehren. Bestehende Förderprogramme zur Unterstützung demokratiefördernder Maßnahmen in der Zivilgesellschaft sollten gestärkt und die Bemühungen zur Entbürokratisierung von Förderprogrammen unterstützt werden. Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung eines Soforthilfefonds,

über den Initiativen formlos finanzielle Mittel erhalten, beispielsweise für Weiterbildungs- oder Sicherungsmaßnahmen.

Ein besonderes **Augenmerk ist hierbei auf kleinere, ehrenamtliche Organisationen im strukturschwachen und ländlichen Raum zu legen**. Diese stehen besonders unter Druck, da ihnen zum einen häufig die Ressourcen für den effektiven Umgang mit Populismus und Extremismus fehlen. Zum anderen ist das Vertrauen in die repräsentative Demokratie in ländlichen und strukturschwachen Regionen geringer als im bundesdeutschen Durchschnitt (Best et al. 2023, S. 18-19). Insbesondere in Ostdeutschland konnte sich die demokratische Zivilgesellschaft nicht so tief verankern, wie dies in Westdeutschland der Fall ist. Hier ist vielerorts ein Vakuum entstanden, das von populistischen und extremistischen Akteur*innen gefüllt wird (Mau 2024, S. 51-52). Diese wiederum setzen die verbliebenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stark unter Druck, sodass hier die Unterstützung durch das Umweltressort besonders nötig ist (Ebert & Vogt 2023).

Um die Unterstützung der Zivilgesellschaft zu koordinieren, ist die Einrichtung einer öffentlich erreichbaren **Anlaufstelle** erforderlich. Diese sollte

³¹ <https://gegenrechtsschutz.de/>

Informationen zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Kompetenzbildungsmaßnahmen und Rechtshilfeangeboten sammeln und fallspezifisch bereitstellen. Zudem kann sie eine Vernetzung mit betroffenen Akteur*innen anderer zivilgesellschaftlicher Bereiche herstellen und so zum Erfahrungsaustausch beitragen. Dies könnte im Rahmen eines kurzen **Beratungsgesprächs** erfolgen. Dabei sollten Informationen zum bestehenden Unterstützungsangebot gesammelt werden, damit Lücken in der Unterstützungsstruktur identifiziert werden können. Daraufhin sollten Projekte in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen initiiert und gefördert werden, um diese Lücken zu schließen.

Hinweise zur Umsetzung

- ▶ **Allianzbildung erfordert Zeit und Engagement.** Erfahrungen des BASE mit dem Standortauswahlverfahren im Rahmen der Endlagersuche zeigen: **Vertrauen kann insbesondere über gewachsene, langjährige Kontakte** hergestellt werden – dafür ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit nötig, die auch auf personeller Ebene verstetigt wird.
- ▶ Ein wichtiger Hebel zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zum Aufbau von Allianzen sind die **Förderstrukturen** des Umweltressorts.
 - Diese sollten Kooperationen mit ungewöhnlichen Partnern (ohne direkten Bezug zum Umweltschutz) im Vergabeverfahren des Umweltressorts zur Bedingung machen. Diese Art der **institutionell forcierten Bündnisbildung** wird von der Zivilgesellschaft in der Regel als hilfreich empfunden.
 - **Fördermittel** sollten **diversifiziert** und **mehrfähig** bereitgestellt werden. So wird die Planbarkeit für zivilgesellschaftliche Organisationen, die auf öffentliche Fördermittel angewiesen sind, erhöht.
 - Fördermittel sollten speziell für **Organisationen in lokalen Kontexten, im ländlichen und strukturschwachen Raum** zur Verfügung gestellt werden. Organisationen, die umwelt- und demokratiepolitische Ziele miteinander verbinden, sollten in der Förderpolitik verstärkt berücksichtigt werden, da diese ganz

unmittelbar einen Beitrag für die Resilienz der Zivilgesellschaft angesichts der populistischen Herausforderung leisten (siehe Handlungsansatz 8).

- Für die **Stärkung bestehender zivilgesellschaftlicher Unterstützungsangebote für von Populismus betroffene Organisationen** sollten gezielt Fördermittel bereitgestellt werden.
- ▶ Sowohl für die integrative Politikgestaltung als auch für die Kommunikationsallianzen sind breite Bündnisse, also **Allianzen mit sogenannten ungewöhnlichen Partnern**, von besonderer Wichtigkeit:
 - Dies können unter anderem „lokale Autoritäten“ sein, also Organisationen, deren Stimme vor Ort ein besonderes Gewicht hat. Beispiele sind hier etwa Stadtwerke, Sportvereine oder lokale Initiativen.
 - Weitere Beispiele für Organisationen, die unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen erreichen, sind: Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, kirchliche Träger, Jugendverbände, Wirtschaftsverbände, migrantische Verbände, Landjugend, Heimat- und Brauchtumsvereine.
 - Die Partner sollten nicht nur aus der Zivilgesellschaft, sondern auch aus der Wirtschaft kommen. Insbesondere lokal verankerte Unternehmen können themenspezifisch in ihre Belegschaft hineinwirken und so als „Trusted Messengers“ fungieren. Hier ist es elementar, ein anschlussfähiges Narrativ zu entwickeln, um Firmen und Wirtschaftsverbände als Partner zu gewinnen und von den eigenen Positionen zu überzeugen.
 - Es gibt bereits eine wachsende Anzahl an Bündnissen und Allianzen zum Umgang mit (Rechts-)Populismus und Extremismus von Verbänden, Kirchen und Demokratieförderorganisationen. Hier gilt es, Synergien herauszuarbeiten und zu nutzen. Statt ausschließlich auf den Aufbau eigener Bündnisse zu setzen, kann es sinnvoll sein, sich in bestehende Allianzen einzubringen.

- ▶ Zur Identifikation von ungewöhnlichen Partnern eignen sich **Akteursanalysen**. Diese können in regelmäßigen Abständen von den Facheinheiten durchgeführt werden, für die eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wichtig ist. Solch eine Akteursanalyse lässt sich **standardisieren** und **niedrigschwellig** gestalten – ähnlich einer SWOT-Analyse³². Dabei können sowohl mögliche Kooperationspartner als auch Vetokräfte identifiziert werden. In der Vorbereitung von Kommunikationsmaßnahmen kann solch ein Mapping helfen, um mögliche Verbündete im Sinne von „Trusted Messengers“ zu identifizieren.
 - ▶ Grundsätzlich braucht es einen **regelmäßigen Austausch zwischen den Facheinheiten und der Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft** zu aktuellen Kooperationen, nicht zuletzt, um mögliche neue Allianzen, Verbündete und Kooperationspartner zu identifizieren.
 - ▶ Darüber hinaus braucht es ein proaktives Herantreten an Akteur*innen mit Potenzial für Allianzbildung seitens der Hausleitung.
 - ▶ Im UBA-Präsidialbereich werden bereits verschiedene niedrigschwellige Maßnahmen praktiziert, die sowohl im BMUKN als auch den nachgeordneten Behörden Anwendung finden sollten:
 - Gremienarbeit (beispielsweise in Beiräten) als Gelegenheitsfenster für Vernetzung, Vertrauensbildung und Allianzbildung nutzen
 - Zivilgesellschaftliche Veranstaltungen und Veranstaltungen ungewöhnlicher Partner zu einschlägigen Themen bei der Kalenderplanung für die Hausleitung mitberücksichtigen
- tischen Arbeitszyklus, der auf Legislaturperioden ausgerichtet ist.
- ▶ Zur Förderung von Allianzen bedarf es **finanzieller und personeller Ressourcen**. Sind diese nicht in ausreichendem Maße gegeben, untergräbt dies Bemühungen eines systematischen Ansatzes bei der Allianzbildung. Daher gilt es, ausreichend Ressourcen langfristig und bestenfalls unabhängig von Legislaturperioden bereitzustellen.
 - ▶ Die systematische Einbindung der Zivilgesellschaft in den Prozess der Politikgestaltung sollte die kritisch begleitende Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur*innen nicht schmälern. Es gilt daher, die **Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft** auch während verstärkter Kooperationen zu **wahren**. Unterschiedliche, auch gegensätzliche Positionen, müssen ausgehalten statt angeglichen werden. Dies ist auch deshalb wichtig, um dem zum Teil populistisch aufgeladenen Narrativ der zu großen ideologischen Nähe zwischen dem Umweltressort und Umweltorganisationen keinen Vorschub zu leisten.
 - ▶ Bei der Unterstützung der Zivilgesellschaft im Umgang mit Populismus besteht die Gefahr, dass Parallelstrukturen aufgebaut werden. Um das zu vermeiden, sollten im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und in den entsprechenden Allianzen Leerstellen in der Unterstützungsstruktur identifiziert und bedarfsgerecht gefüllt werden.

Anknüpfungspunkte zu bestehenden Projekten, Maßnahmen und Prozessen

- ▶ Viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind bereits vernetzt und engagieren sich für die Stärkung der Demokratie. Bestehende Bündnisse können hier gezielt genutzt und einbezogen werden. Besonders wertvoll sind dabei Organisationen, die sich aktiv für Demokratie und gegen Populismus im Umweltbereich einsetzen, wie etwa **FARN**³³ oder das **Bündnis für Gemeinnützigkeit**³⁴, zu dem Dachverbände und unabhängige Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Kultur, Sport, Soziales,

Herausforderungen

- ▶ Der Aufbau und die Stärkung von Allianzen erfordern einen **kontinuierlichen, institutionalisierten Ansatz**. Vertrauensaufbau und Allianzpflege brauchen Zeit. Allerdings steht dies teilweise konträr zur behördlichen Förderlogik sowie zum poli-

³² Die SWOT-Analyse (Strengths=Stärken, Weaknesses=Schwächen, Opportunities=Chancen, Threats=Risiken) ist ein Instrument des strategischen Managements und dient im behördlichen Kontext dazu, die Ist-Situation einer Organisation aus der inneren (Stärken/Schwächen) sowie der äußeren (Chancen/Risiken) Perspektive zu erfassen und einzuordnen. Für weitere Informationen siehe: BMI. Methoden und Techniken – SWOT-Analyse. https://www.orghandbuch.de/Webs/QHB/DE/OrganisationshandbuchNEU/4_MethodenUndTechniken/Methoden_A_bis_Z/SWOT_Analyse/swot_analyse_node.html (10.02.2025)

³³ <https://www.nf-farn.de/>

³⁴ <https://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/>

Bürgerrechte, Entwicklungszusammenarbeit oder humanitäre Hilfe gehören. Mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern, veröffentlicht das Bündnis regelmäßig gemeinsame Forderungspapiere und Stellungnahmen.³⁵

- ▶ Bei der Entwicklung von niedrigschwelligen Fördermaßnahmen zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstruktur für Populismus-betroffene Organisationen kann auf die Erfahrung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt zurückgegriffen werden, die bereits ein Mikroförderprogramm für kleine Organisationen in ländlichen und strukturschwachen Regionen anbietet.³⁶
- ▶ Für die Vernetzung regionaler und lokaler Akteur*innen im Umweltbereich leisten die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN)³⁷ (seit Ende 2024 durch den RENN e.V. organisiert) bereits wertvolle Arbeit. Hier sind Informationen und Kontakte zu lokalen Projekten im Nachhaltigkeitsbereich in ganz Deutschland vorhanden.
- ▶ In der Verbändeförderung und im Ressortforschungsplan des BMUKN gibt es Projekte mit demokratiefördernden Inhalten – beispielsweise folgende Vorhaben:
 - Kompetenzbildung für den Wandel. Hilfestellungen für ehren- und hauptamtlich Engagierte (in Vereinen), BUND³⁸
 - Rechte Landnahme - Umweltschutz von rechts, diversu e.V. - Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit³⁹

- ▶ Das „Netzwerk Ressourcenwende“ wurde im Rahmen eines Ressortforschungsplan-Projektes durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) zusammen mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) als Forschungspartner sowie dem Deutschen Naturschutzring als Multiplikator aufgebaut. Mit dem Folgevorhaben „Allianzen für den Umweltschutz II: Transdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Umwelt-/Sozialverbänden und Wissenschaft zu Fragen einer sozial gerechten Ressourcenwende“ (2024-2027) wird das Netzwerk weiterentwickelt und verstetigt. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen für andere Allianzen nutzbar gemacht werden.⁴⁰
- ▶ Auch das BASE hat bereits umfassende Erfahrung mit Allianzen, insbesondere mit Kommunalverbänden im Rahmen des Standortauswahlverfahrens, gemacht.
- ▶ Darüber hinaus enthält die aus einem UBA-Vorhaben hervorgegangene Broschüre „Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformation“ (Sharp et al. 2020) eine Reihe von Anknüpfungspunkten und Überlegungen für die Allianzbildung. Neben den bereits erwähnten Empfehlungen zum Austausch innerhalb der Zivilgesellschaft und der integrierten Politikgestaltung ist vor allem der Handlungsansatz zu regionalen Kooperationsformaten zu beachten.
- ▶ Das Forschungsvorhaben Jugendengagement für Nachhaltigkeit stärken⁴¹ des UBA erprobt neue Kooperationen zwischen unterschiedlichen Jugendverbänden, um mehr junge Menschen für Nachhaltigkeit zu begeistern. Die im Vorhaben generierten Erkenntnisse sollten Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen bieten.

³⁵ Siehe: Bündnis Gemeinnützigkeit. <https://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/> (21.03.2025)

³⁶ Für weitere Informationen siehe: Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/> (19.03.2025)

³⁷ <https://renn-netzwerk.de/>

³⁸ <https://www.bund.net/learnwelt/kompetenzen-fuer-den-wandel-unser-projekt/>

³⁹ <https://www.umweltbundesamt.de/das-uba/was-wir-tun/foerdern-beraten/verbaendefoerderung/projektfoerderung-projekttraeger/rechte-landnahme-umweltschutz-von-rechts>

⁴⁰ Für weitere Informationen siehe: www.ressourcenwende.net/ (21.03.2025)

⁴¹ <https://www.umweltbundesamt.de/jugendengagement-fuer-nachhaltigkeit-stark>

Weitere Quellen

- Beulshausen, L. et al. (2023). Brücken bauen für die Sustainable Development Goals (SDGs). Ideen und Handlungsempfehlungen für bürgerschaftliches Engagement. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/bruecken-bauen-fuer-die-sustainable-development> (19.03.2025)
- Zetek, U. et al. (2024). Den sozial-ökologischen Wandel gemeinsam gestalten – Maßnahmen für die Stärkung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Nachhaltigkeitsinitiativen. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/den-sozial-oekologischen-wandel-gemeinsam-gestalten> (19.03.2025)
- Website des Netzwerks Ressourcenwende. <https://www.ressourcenwende.net/>
- Sharp, H. et al. (2020). Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformation. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation> (10.03.2025)
- BMSFSJ (2024). Vierter Engagementbericht – Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Berlin. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/freiwilliges-engagement-2328870> (11.04.2025)



7 – Schulungs- und Beratungsangebote aufbauen und stärken; Betroffene schützen



Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Wissen über Populismus stärken und Befähigung im Umgang mit schwierigen Gruppen

Wirkungsart: ☒ Reaktiv ☐ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☐ Kurzfristig ☒ Langfristig



Mitarbeitende im Umweltressort, insbesondere Führungskräfte und Entscheidungsträger*innen, Mitarbeitende aus den Bereichen Politikgestaltung, Kommunikation und Bürgerbeteiligung sowie Wissenschaftler*innen, die mit der Öffentlichkeit oder verschiedenen Interessensgruppen arbeiten – brauchen fundiertes Wissen, geeignete Strategien und Strukturen, um Interventionen und populistischer Rhetorik souverän begegnen zu können. Schulungs- und Beratungsangebote sollten daher behördenintern aufgebaut beziehungsweise gestärkt werden, um eine möglichst breite Sensibilisierung, einen Wissens- und Kompetenzaufbau sowie eine gezielte Unterstützung von Betroffenen zu ermöglichen.

Der Handlungsansatz besteht aus zwei Bausteinen:

Baustein 1:

Schulungsangebote für alle Mitarbeitenden

Bei der Einführung und Umsetzung von Schulungsangeboten sollten folgende Faktoren berücksichtigt werden:

► Grundlagenwissen vermitteln

Die Schulungen sollten Basiswissen über Populismus, zentrale Akteur*innen, Strategien und Narrative (siehe Kapitel 3) sowie deren Relevanz für die eigene Arbeit vermitteln. Dazu gehört der rechtliche Rahmen des Verwaltungshandelns – zum Beispiel bei Unsicherheiten im Umgang mit populistisch gefärbten parlamentarischen Anfragen. Nicht immer ist bekannt, welche Freiräume, aber auch Grenzen durch Gesetze und interne Leitlinien vorgegeben sind.

► Praxisnahe Kompetenzen fördern

Neben theoretischem Wissen sind praktische Fähigkeiten zentral – etwa durch Debatten-, Dialog-, Medien- und Resilienztrainings⁴². Rollenspiele und Fallbeispiele ermöglichen, basierend auf Beispielen aus der Praxis beziehungsweise eigenen Erfahrungen, sich Fähigkeiten anzueignen. Ein besonderer Fokus sollte auf den Umgang mit populistischen Kommunikationsstrategien wie „false balancing“ (dabei wird Minderheitenmeinungen überproportionales Gewicht verliehen), Desinformation und aggressiver Rhetorik gelegt werden. Beispiel: Ein Social-Media-Training könnte Teilnehmende anhand konkreter Fallstudien schulen, zum Beispiel durch die Analyse realer Social-Media-Beiträge, in denen Desinformation verbreitet wird. Dabei könnten sie lernen, Faktenchecks durchzuführen oder Erfolgsgeschichten zusammenzustellen.

► Schulungsformate bedarfsgerecht gestalten

Die Schulungen sollten für möglichst viele Mitarbeitende des Umweltressorts zugänglich, zugleich zielgruppenspezifisch zugeschnitten sein – mit Blick auf Hierarchieebenen und einen inhaltlichen Fokus (zum Beispiel: gesonderte Führungskräfte-Schulungen, die nicht nur den individuellen Umgang mit populistischen Inhalten, sondern die angeleitete Reflexion im Team abdecken). Der Fokus sollte zunächst auf Mitarbeitende der Bereiche Politikgestaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerkommunikation und Bürgerbeteiligung gelegt werden, da diese am wahrscheinlichsten mit populistischen Interventionen in ihrer Arbeit konfrontiert sind.

⁴² Resilienztrainings dienen der Vorbereitung auf herausfordernde Situationen, indem sie individuelle Ressourcen und die persönliche Widerstandsfähigkeit stärken. Die Qualität dieser Trainings und insbesondere die thematische Passgenauigkeit sind dabei zu prüfen.

Für verschiedene Aufgabenfelder ergeben sich unterschiedliche Herausforderungen. So ist in der Politikgestaltung beispielsweise mit Beiträgen zu rechnen, die auf eine Politisierung der Debatten abzielen, Fachwissen untergraben und so eine fundierte Entscheidungsfindung erschweren. Der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit kann sich mit erhöhter Aggressivität und Feindseligkeit konfrontiert sehen. Populistische Narrative und Desinformationen können gezielt eingesetzt werden, um das Vertrauen in (staatliche) Institutionen zu untergraben. In der Bürgerbeteiligung kann es aus Angst vor Anfeindungen zu einer verringerten Teilnahmebereitschaft kommen. Zudem besteht die Gefahr, dass Beteiligungsformate von einzelnen Interessensgruppen „gekapert“ werden, um eine eigene Agenda voranzutreiben, was die Legitimität dieser Prozesse gefährden kann.

► **Teilnahme erleichtern und Basiswissen nachhaltig festigen**

Führungskräfte sollten die Teilnahme ihrer Mitarbeitenden an den Schulungen aktiv unterstützen und diese als wichtigen Bestandteil der Kompetenzentwicklung etablieren. Niedrigschwellige Formate (zum Beispiel digitale Veranstaltungen mit Sessions unter zwei Stunden) senken die Hürden für eine Teilnahme. Durch Aufzeichnungen der Schulungen, Handbücher oder Selbst-Tests nach Trainings kann das erlangte Grundlagenwissen langfristig gefestigt werden.

► **Schulungsangebot aktiv bewerben und breite Teilnahme fördern**

Damit auch Mitarbeitende erreicht werden, die bisher wenig Berührungspunkte mit Populismus hatten, sollte die Bewerbung der Schulungen gezielt und proaktiv erfolgen. Neben allgemeinen Informationskanälen ist eine direkte Ansprache von Organisationseinheiten sinnvoll, um die Relevanz des Themas für alle Arbeitsbereiche (unter Berücksichtigung der Bedarfsgerechtigkeit unter Punkt 3) zu verdeutlichen. Populismus betrifft nicht nur einzelne Facheinheiten, sondern das gesamte Umweltressort. Daher sollte die Schulung als Querschnittsthema kommuniziert werden, das grundlegende Kompetenzen für den Berufsalltag vermittelt. Zudem kann eine geschickte Wortwahl Hemmschwellen abbauen. Titel wie „Umgang mit kritischen Stimmen und Konflikten“ oder „Souverän kommunizieren in herausfordernden

Situationen“ wirken zugänglicher als Begriffe wie „Anti-Populismus-Training“ und können auch jene ansprechen, die sich nicht unmittelbar betroffen fühlen. Die Spezifizierung des Themas in der weiteren Beschreibung des Formats ist selbstverständlich unumgänglich, gleichzeitig lässt sich dadurch die Relevanz für die verschiedenen Zielgruppen unterstreichen.

► **Strukturen und Ressourcen bereitstellen**

Die hier beschriebenen Schulungsangebote sollten systematisch in bestehende Fortbildungsangebote integriert beziehungsweise als Zusatzmodule ergänzt werden. Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Schulungen sollten zentral zugänglich gesammelt werden. Über eine interne Wissensplattform könnten Mitarbeitende beispielsweise auf Schulungsmaterialien, Erfahrungsberichte, Best Practices und erprobte Lösungsansätze zugreifen. Es ist sicherzustellen, dass dafür zusätzlich ausreichend personelle, technische sowie finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.

► **Vertikale und horizontale Vernetzung und Erfahrungsaustausch fördern**

Der Austausch zwischen Teilnehmenden und der Aufbau interner Netzwerke ermöglichen eine nachhaltige Anwendung des Gelernten. Erfahrungen betroffener Mitarbeitenden sollten gezielt erfasst und als Lernressource genutzt werden. Nach einer Schulung könnten beispielsweise regelmäßige Austauschforen (etwa vierteljährliche Online-Treffen) eingerichtet werden, in denen Mitarbeitende ihre Erfahrungen teilen und sich gegenseitig beraten. Auch kann auf bereits bestehende Strukturen aufgebaut werden, wie der „Arbeitskreis Populismus in der Umweltpolitik“ des Umweltressorts. Sie stellen den Informationsfluss zwischen den Hierarchieebenen und den Arbeitseinheiten her. Alle Einheiten, die zentral vom Thema betroffen sind, wirken daran mit. Aktuelle Entwicklungen und strategisches Vorgehen können besprochen werden sowie gegebenenfalls Vorgaben der Hausleitung kommuniziert werden (siehe unter Anknüpfungspunkte). Vergleichbare Gruppen gibt es im BfS und im BASE.

In den Strategiewerkstätten des Vorhabens (siehe Fußnote 5 auf Seite 8) wurde der Bedarf nach einem Unterstützungsangebot für Betroffene von populistischen Interventionen geäußert.

Im Folgenden stellen wir Eckpunkte eines solchen Beratungsangebots vor.

Baustein 2:

Beratungsangebote für von populistischen Attacken betroffene Ressortmitarbeitende⁴³

► Schutz und Betreuung sicherstellen

Die Auseinandersetzung mit populistischen Angriffen, etwa Shitstorms im digitalen Raum oder aggressiver Sprache und persönlichen Attacken auf Veranstaltungen, können Stress und emotionale Belastungen bei betroffenen Mitarbeitenden verursachen. Ein effektives Beratungsangebot sollte daher, neben juristischer Beratung, die emotionale Unterstützung und, falls notwendig, körperlichen Schutz umfassen. Diese Unterstützung trägt dazu bei, die psychische Gesundheit der Mitarbeitenden zu stärken und gibt ihnen den Raum, ihre Erfahrungen zu verarbeiten.

► Interne Ansprechstelle(n) einrichten

Eine zentrale Anlaufstelle sorgt dafür, dass Mitarbeitende nicht isoliert bleiben und schnell Hilfe erhalten können. Die Ansprechpersonen müssen entsprechend geschult und sollten kurzfristig verfügbar sein. Der Umgang mit vertraulichen Informationen muss klar geregelt sein. Diese Stelle könnte in Form eines Referats im BMUKN oder einer anderen internen Institution (zum Beispiel bereits bestehenden Ombudsstellen) organisiert werden. Es ist denkbar, sie zusätzlich durch spezialisierte mobile Berater*innen und Opferberater*innen zu qualifizieren.

► Personen mit Fachexpertise einbeziehen

Die hausinterne Ansprechstelle muss nicht alle Unterstützungsleistungen selbst abdecken. Sie könnte als zentrale Beratungseinheit oder erste Anlaufstelle für First Response Aid fungieren und anschließend Mitarbeitende an spezialisierte Einrichtungen verweisen.

► Erfahrungsaustausch fördern

Ein moderierter, hierarchiegetrennter Raum für den Erfahrungsaustausch ist ebenfalls von großer Bedeutung. Solche Formate ermöglichen es den Mitarbeitenden, Frustrationen abzubauen, aus den Erfahrungen anderer zu lernen und ihre Emotionen zu verarbeiten. Mitarbeitende können sich

gegenseitig unterstützen und erhalten das Gefühl, nicht alleine zu sein. Dies trägt zur langfristigen psychischen Gesundheit der Mitarbeitenden bei.

► Vom individuellen Problem zur institutionellen Verantwortung

Ein Erstberatungsangebot und eine interne Ansprechstelle für das Thema ist insgesamt ein erster Schritt, um die emotionale Belastung ernst zu nehmen. Wenn es um den Umgang mit rechten Anfeindungen bis hin zu Bedrohungen und Angriffen geht, muss sich damit aber die Organisation (oder kleiner: Abteilung/Bereich/Team) auseinandersetzen. Der Schutz der einzelnen Mitarbeitenden sollte als Startpunkt oder Ergänzung gesehen werden. Schutzmaßnahmen sind Aufgaben, die die Behörde als Arbeitgeber übernimmt (zum Beispiel juristische Schritte) und bei denen Führungskräfte eine wichtige Rolle spielen.

Herausforderungen:

Die Konzeption und Durchführung von Schulungen benötigen Zeit, Ressourcen und Strukturen. Eine besondere Herausforderung liegt in der Organisation und Koordination behördenübergreifender Veranstaltungen.

- Mitarbeitende, die noch nicht betroffen sind, erkennen möglicherweise den Nutzen von Schulungen zum Thema Populismus nicht.
- Zur Unterstützung von Betroffenen bedarf es Sensibilität und Erfahrung im Umgang mit Emotionen. Diese Expertise ist vielerorts noch nicht ausreichend vorhanden.

Anknüpfungspunkte zu bestehenden Projekten, Maßnahmen und Prozessen

- Die Schulungen sollten mit bestehenden behörden-internen Schulungsangeboten verknüpft werden, zum Beispiel mit Kommunikationsseminaren oder mit **zentralen Schulungen auf Bundesebene** (Bundesakademie für öffentliche Verwaltung [BAköV]), zum Beispiel die Seminarreihe „Resiliente Demokratie“. Die Schulungen der BAKöV sind allen Mitarbeitenden im Umweltressort zugänglich.

⁴³ Betroffene populistischer Rhetorik meint hierbei Personen, die direkt oder indirekt von den Auswirkungen populistischer Äußerungen betroffen sind. Dies umfasst nicht nur diejenigen, die persönlich angegriffen oder diffamiert werden, sondern auch jene, die in ihrem beruflichen Umfeld den Einfluss solcher Rhetorik spüren. Diese Personen bemerken in ihrem Arbeitsalltag möglicherweise Veränderungen im Umgangston oder im öffentlichen Diskurs und möchten sich entsprechend wappnen und darauf vorbereiten.

- ▶ Hausinterne Fortbildung des BMUKN „Politisches (Re-)Framing in der Umweltpolitik“
- ▶ Seit November 2023 besteht im BMUKN der **Arbeitskreis „Populismus in der Umweltpolitik“**. An diesem beteiligen sich die von der Thematik fachlich betroffenen Einheiten des BMUKN und zusätzlich alle nachgeordneten Behörden. Der Arbeitskreis gewährleistet den Informationsfluss über die aktuellen Entwicklungen im Themenbereich und unterstützt das abgestimmte Vorgehen im Umweltressort.
- ▶ Bisherige BMUV-Hausgespräche zum Umgang mit Populismus, Fake News, Desinformation und IT-Sicherheit, teilweise mit externen Gästen
- ▶ **Arbeitsgruppe „Demokratie stärken!“ des BASE**, in der Mitarbeitende regelmäßige offene Austauschrunden, zum Teil ressortweite Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit Fachleuten sowie Fortbildungen zum Thema Rechtspopulismus und Umwelt gestalten
- ▶ **Kommunikations- und Argumentationstraining „Das ist doch alles schon längst entschieden!“ des BASE** zum Umgang mit Populismus in der Bürgerkommunikation zur Endlagersuche (erstmalig im Jahr 2024 durchgeführt); Eine zweite Runde ist 2025 in Vorbereitung, eine regelmäßige Wiederholung ist geplant.
- ▶ **Arbeitsgruppe „Strahlenschutz in Zeiten von Populismus und Desinformation“** des BfS, die Aktivitäten zum Themenbereich plant
- ▶ **Creative Bureaucracy Festival**⁴⁴ als Austauschmöglichkeit mit Personen aus unterschiedlichen Verwaltungsbranchen.

Weitere Quellen:

Bundesakademie für öffentliche Verwaltung: www.bakoev.bund.de/DE/01_Bundesakademie/bundesakademie_node.html (29.04.2025)

Bundeszentrale für politische Bildung: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ – Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. <https://www.bpb.de/lernen/angebote/politische-bildung-und-polizei/271819/die-auslaender-nehmen-uns-die-arbeitsplaetze-weg-argumentationstraining-gegen-stammtischparolen/> (29.04.2025)

Bundeszentrale für politische Bildung: Widersprechen! Aber wie? – Argumentationstraining gegen rechte Parolen. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Vorschau_Begleitheft.pdf (29.04.2025)

Weitere Anbieter von Argumentations- und Resilienztrainings:

Bundesverband Mobile Beratung. <https://bundesverband-mobile-beratung.de>

Netzwerk Demokratie und Courage. <https://www.netzwerk-courage.de>

Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. <https://gegen-vergessen.de>

Diversity Works. <https://www.diversity-works.de>

Gegenargument. <http://www.gegen-argument.de>

44 <https://creativebureaucracy.org/de>

8 – Umwelt- und demokratiepolitische Bildung stärker verzahnen



Folgt diesen Prinzipien:

- ✓ Wissen über Populismus stärken
- ✓ Nähe zwischen Umweltpolitik und Bürger*innen schaffen

Wirkungsart: ☒ Reaktiv ☒ Proaktiv



Wirkungszeitraum: ☐ Kurzfristig ☒ Langfristig



Um umwelt- und demokratiepolitische Bildung stärker miteinander zu verzahnen, empfehlen wir zwei Bausteine:

Baustein 1:

Überarbeitung bestehender Bildungsangebote

Das BMUKN und sein Geschäftsbereich sollten die Verknüpfung umwelt- und demokratiepolitischer Aspekte in ihrem bestehenden Bildungsangebot verstetigen und – wo möglich – intensivieren. Dabei geht es insbesondere um die verstärkte Integration folgender inhaltlicher Elemente:

- Aufklärung über Inhalt, Wirkungsweisen und Mechanismen populistischer und antidemokratischer Narrative und Interventionen im Natur- und Umweltbereich
- Umgang mit populistischen und antidemokratischen Narrativen und Interventionen, unter anderem durch den Aufbau von Kapazitäten im Erkennen von Falschinformationen

Die Aufnahme demokratiepolitischer Aspekte in die Umweltbildung sollte im gesamten Bereich des Bildungsangebots verstetigt werden. Das Programm „Umwelt im Unterricht“, welches Lehrkräften Unterrichtsmaterialien zu umweltbezogenen Themen zur Verfügung stellt, bietet hierfür einen guten Anknüpfungspunkt (BMUV 2024b). Im Rahmen des

Programms wurden bereits wiederholt populistische beziehungsweise antidemokratische Interventionen und Narrative in der Umweltpolitik thematisiert. Hervorzuheben sind insbesondere die Unterrichtseinheiten „Populismus und Umweltschutz“ (BMUV 2024c) und „Klimawandel: Informationen bewerten, Wissen aufbauen“ (BMUV 2019) sowie das „Spezial: Lehr- und Aktionspaket Klimawandel“ (BMUV Erstveröffentlichung 2019; Überarbeitung 2021). Diese Lehreinheiten auf Grundschul- und Sekundärstufenniveau könnten als Vorbild für die Entwicklung weiterer Materialien mit demokratiepolitischem Fokus dienen. Die Auseinandersetzung mit umweltregressivem Populismus sollte dabei über einzelne Lehreinheiten hinausgehen und der Komplexität des Phänomens entsprechend im gesamten Bildungsangebot des Umweltressorts verankert werden.

Da populistische Narrative und Interventionen stetigem Wandel unterliegen, ist es von großer Wichtigkeit, die bestehenden Unterrichtsmaterialien in regelmäßigen Abständen auf Aktualität zu überprüfen. Das Programm „Umwelt im Unterricht“ wird derzeit didaktisch überarbeitet. Hier sollten – sofern notwendig – Inhalte auf den neuesten Stand der Forschung gebracht werden.

Baustein 2:**In der Vergabe von Fördergeldern zur Umweltbildung den Schwerpunkt Demokratiebildung und Extremismusprävention stärken sowie eine Zielgruppenerweiterung prüfen**

In der Vergabe von Fördergeldern im Bereich Bildung zur Beteiligung werden demokratie- und umweltpolitische Aspekte bereits miteinander verzahnt. Ein Beispiel ist der [Klima Campus](https://klimacampus.org/)⁴⁵, ein Weiterbildungsangebot für junge Menschen, um selbst im Bereich des Klima- und Umweltschutzes aktiv zu werden. Über die Stärkung demokratischer Beteiligung hinaus sollte die Aufklärung über umweltregressiven Populismus und antidemokratische Interventionen im Umweltbereich fester Bestandteil der Umweltbildung sein. So könnte etwa beim Klima Campus die thematische Auseinandersetzung mit den Wirkweisen und Mechanismen umweltregressiver Interventionen gestärkt werden. Bei der Konzeption neuer Bildungsprojekte sollte diese thematische Fokussierung verstärkt Eingang finden.

Darüber hinaus gilt es zu prüfen, inwiefern demokratiepolitische Bildungsprojekte förderfähig sind, wenn diese explizit Aspekte der Umweltpolitik behandeln.

Populismus tritt in der gesamten Breite der Gesellschaft auf. Dies sollte das bildungspolitische Angebot des Umweltressorts abbilden. Bisher konzentriert sich die Bildungsarbeit des BMUKN auf die Zielgruppen Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Lehrkräfte. Allerdings besteht auch im Bereich der Erwachsenenbildung ein großer Bedarf an Aufklärung über umweltregressiven Populismus. In einem ersten Schritt sollten daher die bestehenden Vorhaben des Umweltressorts, welche Elemente der Erwachsenenbildung enthalten, auf die Möglichkeit geprüft werden, demokratiepolitische Aspekte zu integrieren. In einem zweiten Schritt sollte evaluiert werden, inwiefern sich das Bildungsangebot des BMUKN auf Erwachsene ausweiten lässt. Fällt die Einschätzung positiv aus, gilt es, neue Projekte im Bereich der Erwachsenenbildung zu konzipieren. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit externen Partnern wie Volkshochschulen oder Unternehmen empfehlenswert.

Hinweise zur Umsetzung

- ▶ Um Überschneidungen zu vermeiden und Ressourcen möglichst effizient zu nutzen, sollte die Arbeit der Bundesregierung im Bereich BNE mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) abgestimmt werden. Dabei gilt es zu beachten, das Thema des umweltregressiven Populismus und die Verzahnung von umwelt- und demokratiepolitischen Inhalten in regelmäßigen Abständen auf die Agenda zu setzen.
- ▶ Da wichtige Kompetenzen im Bildungsbereich bei den Bundesländern liegen, ist die Koordination der Bildungsaktivitäten im Umweltbereich mit den Landesumweltministerien essenziell. Hierzu findet bereits zwei Mal jährlich ein Austausch statt. Dabei sollte darauf geachtet werden, antidemokratische und populistische Interventionen regelmäßig zu thematisieren, sodass entsprechende Bildungsformate auch auf Landesebene verstärkt umgesetzt werden. Weitere geeignete Formate können die Umweltministerkonferenz, der Bund-Länder-Erfahrungsaustausch zu nachhaltiger Entwicklung und die Kultusministerkonferenz sein.

Herausforderungen

- ▶ Bildungspolitische Kompetenzen und Zuständigkeiten sind nicht nur im BMUKN, sondern in erster Linie in anderen Ressorts (insbesondere im BMBFSFJ) sowie auf Länderebene angesiedelt. Dementsprechend hat das BMUKN einen begrenzten Handlungsspielraum bei der Aus- und Umgestaltung der bildungspolitischen Angebote des Bundes. Die Koordination mit anderen relevanten Ressorts auf Bundes- und Länderebene ist daher essenziell (siehe Umsetzungshinweise).
- ▶ Der Ausbau des Bildungsangebots – vor allem die Erschließung neuer Zielgruppen – erfordert personelle und finanzielle Kapazitäten, die derzeit nur begrenzt vorhanden sind. Hier gilt es abzuwägen, welche Prioritätensetzung bei der Aus- und Umgestaltung des Bildungsangebots sowie beim souveränen Umgang mit umweltregressivem Populismus insgesamt sinnvoll ist.

⁴⁵ <https://klimacampus.org/>

Anknüpfungspunkte zu bestehenden Projekten, Maßnahmen und Prozessen

- ▶ Es gibt bereits eine Reihe von Unterrichtsmaterialien, die Umwelt- und Demokratiethemata miteinander verbinden. Hier könnte mit den beteiligten Organisationen eine Weiterentwicklung der Materialien vorangetrieben werden, sodass der Fokus auf umweltregressiven Populismus und das Erkennen von Desinformation im Umweltbereich weiter ausgebaut wird. Beispiele für existierende Projekte sind unter anderem:
 - [Demokratie: Europa, das Klima und wir](#) (Greenpeace e.V. 2024)⁴⁶: Greenpeace hat Unterrichtsmaterialien entwickelt, die Schüler*innen dabei unterstützen sollen, sich als ein Teil der Demokratie zu begreifen, in der sie das Recht haben, sich eine eigene Meinung zu bilden und dieser Gehör verschaffen zu können. Das Material bietet Impulse, Diskussionsanregungen und kurze Hintergrundinformationen für den Unterricht.
 - [Klimawandel versus Fake News](#) (NaturGut Ophoven 2019)⁴⁷: Im Zuge dieses Projekts wurde eine Kurseinheit im Umfang von vier Unterrichtsstunden für Schüler*innen der Sekundarstufe 1 zur Stärkung der Kompetenzen im Erkennen und Entlarven von Falschmeldungen entwickelt.
 - [Lessons for Democracy](#) (Greenpeace und Public Climate School 2024)⁴⁸: Während einer Aktionswoche wurden den Schüler*innen wichtige Kompetenzen im Bereich Demokratieförderung und Prävention gegen Rechtsextremismus vermittelt. Bei einer Neuauflage könnte der Bezug zur Umweltpolitik explizit herausgearbeitet werden.
- Umwelt im Unterricht (siehe Baustein 1)
- Klima Campus (siehe Baustein 2)
- ▶ Externe Bildungsangebote zum Umgang mit Fake News und dem Erkennen von Desinformationen bieten ebenfalls gute Anknüpfungspunkte. Hier könnte das BMUKN proaktiv auf die beteiligten Organisationen zugehen und eine (stärkere) Thematisierung des Umweltbereichs anregen. Interessante Projekte sind in diesem Zusammenhang unter anderem:
 - [faktenstark: Stark gegen Desinformation](#)“ von Amadeu Antonio Stiftung, Bertelsmanns Stiftung und codetekt⁴⁹
 - [Fakt oder Fake?](#) (2020 - 2024) aus dem Bundesprogramm Demokratie Leben! – gefördert vom BMFSFJ⁵⁰
- ▶ Abseits des Schulunterrichts gibt es (Weiter-) Bildungsangebote an der Schnittstelle von Demokratiepoltik und Umweltpolitik, beispielweise zu rechten Vereinnahmungsversuchen im Umweltbereich (siehe dazu die Aktivitäten von [FARN](#)⁵¹ oder die Angebote der [AG Rechte Tendenzen](#)⁵² des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft). Das BMUKN könnte solche Angebote fördern, um weitere Zielgruppen zu erreichen.

⁴⁶ <https://www.bne-portal.de/bne/shareddocs/lermaterialien/de/demokratie-europa-das-klima-wir.html?templateQueryString=demokratie#searchFacets>

⁴⁷ <https://www.bmu.de/buerger-service/bildung/bildungsmaterialien/bildungsmaterialien-aus-foerderprojekten>

⁴⁸ <https://www.bne-portal.de/bne/de/news/Live-Unterrichtseinheiten-zur-Staerkung-der-Demokratie.html?templateQueryString=demokratie#searchFacets>

⁴⁹ <https://faktenstark.de/>

⁵⁰ <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/186678/03ac1aedb97c6750c2ee6804769064cb/demokratie-braucht-dich-jugendbroschuere-data.pdf>

⁵¹ <https://www.nf-farn.de/>

⁵² <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/aktuelles/news/news-detail/aktuelles-von-der-ag-rechte-tendenzen/>

Weitere Quellen:

Bormann, I., Singer-Brodowski, M., Taigel, J., Wanner, M., Schmitt, M., Blum, J. (2022): Transformatives Lernen im Kontext sozial-ökologischer Transformationsprozesse – Impulse, Erkenntnisse und Empfehlungen für Bildung für nachhaltige Entwicklung aus dem ReFoPlan-Vorhaben TrafoBNE, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_55-2022_transformatives_lernen_im_kontext_sozial-oekologischer_transformationsprozesse_o.pdf (19.05.2022)

Blum, J., Fritz, M., Taigel, M., Singer-Brodowski, M., Schmitt, M., Wanner, M., (2021): Transformatives lernen durch Engagement – Ein Handbuch für Kooperationsprojekte zwischen Schulen und außerschulischen Akteur*innen im Kontext von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/final_hauptdok_uba_handbuch_transformatives_lernen_bfrei.pdf (19.05.2025)

Relevante Projekte der BMUKN-Verbändeförderung:

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU): Politisch Handeln (2022-2025)
<https://www.umweltbildung.de/politisch-handeln>

Schule ein Gesicht geben e.V.: Klimaschutz in der Schule stärken
<https://schuleeingesichtgeben.de/angebote/klimaschutz/>



6

Ausblick



Die vorgestellten Handlungsansätze bieten eine Orientierung für den souveränen Umgang mit populistischen Herausforderungen in der Umweltpolitik. Doch politische und gesellschaftliche Entwicklungen sind dynamisch, und damit auch die Anforderungen an eine wirksame und demokratische Umweltpolitik. Die Handlungsansätze sind daher nicht als abschließend oder unveränderlich zu verstehen, sondern als Grundlage für eine fortlaufende Weiterentwicklung.

Ein lebendiges Dokument kontinuierlich weiterentwickeln

Populistische Diskurse und gesellschaftliche Einstellungen wandeln sich stetig. Um wirksam zu bleiben, müssen politische Strategien regelmäßig überprüft und angepasst werden. Die hier skizzierten Bausteine – von einer sozial gerechten Politikgestaltung über eine vorausschauende Kommunikation, partizipative Verfahren und strategische Allianzen bis hin zu behördeninternem Kompetenzaufbau und Bildungsmaßnahmen – sollten fortlaufend reflektiert und auf Praxistauglichkeit geprüft werden – im Sinne eines „Living Documents“. Dafür braucht es kontinuierliches Lernen und kooperativen Austausch.

Ausblick: Institutionelle Wehrhaftigkeit stärken

Ein Aspekt, der in dieser Broschüre nicht behandelt wurde, aber an Bedeutung gewinnt, ist die institutionelle Wehrhaftigkeit. Aktuelle internationale Entwicklungen – etwa der massive politische Druck auf (Umwelt-)Behörden in den USA bis hin zu deren

Auflösung – zeigen, dass Umweltpolitik nicht nur kommunikativ, sondern auch institutionell angegriffen wird. Auch in Deutschland mehren sich Versuche, Fachbehörden zu delegitimieren oder systematisch zu schwächen.

Die Umweltpolitik und ihre Institutionen müssen deshalb in der Lage sein, sich gegen solche Angriffe sowohl nach außen als auch nach innen abzusichern. Dazu gehören robuste Verwaltungsstrukturen, eine wertebasierte Organisationskultur sowie klare Krisen- und Reaktionsmechanismen.

Ein zentraler Baustein institutioneller Resilienz ist der **Aufbau juristischer Kompetenzen** innerhalb der Verwaltung. Mitarbeitende sollten in der Lage sein, rechtlich motivierte Angriffe (etwa gezielte Klagen, Missbrauch von Anfragen oder Versuche politischer Einflussnahme) frühzeitig zu erkennen, rechtssicher zu handeln und sich im Rahmen geltender Gesetze zu behaupten. Dies kann durch gezielte Schulungen, rechtliche Beratungskapazitäten und den Ausbau interner sowie externer juristischer Netzwerke erfolgen.

Die Entwicklung institutioneller Wehrhaftigkeit bedarf weiterer wissenschaftlicher Arbeit, um geeignete Schutzmechanismen, organisationale Bedingungen und rechtliche Rahmenbedingungen systematisch zu analysieren und daraus konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Maßnahmen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung

1. Regelmäßige Überprüfung	2. Feedback aus der Praxis einholen	3. Digitale Plattform für Zusammenarbeit
▶ Feste Überarbeitungszyklen (zum Beispiel alle 12–18 Monate) ▶ Redaktionsteam und fachlicher Beirat zur Weiterentwicklung ▶ Systematische Analyse aktueller gesellschaftlicher Trends	▶ Erfahrungsberichte aus Behörden und Politik ▶ Workshops und Umfragen zur Wirksamkeit von Maßnahmen ▶ Einbindung zivilgesellschaftlicher Perspektiven	▶ Interner Bereich mit Versionierung und Kommentarfunktion ▶ Austausch von Materialien und Best Practices ▶ Transparente Dokumentation von Änderungen

7

Quellenverzeichnis



- Allianz Vielfältige Demokratie** (2017). Wegweiser breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf (10.04.2025)
- Amadeu Antonio Stiftung** (2024). pre:bunk – Digital Streetwork im Videoformat. Berlin <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/promjekte/prebunk-digital-streetwork-im-videoformat/> (19.03.2025)
- Barbehön, M., & Wahnig, A.** (2022). Politische Bildung in der und für die Demokratie – Über das Verhältnis von staatlichem Regieren und politischem Bilden. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/politische-bildung-2022/515534/politische-bildung-in-der-und-fuer-die-demokratie/> (10.02.2025)
- Baum, J., & Rahman, R. A.** (2020). Emotional news affects social judgments independent of perceived media credibility. In: Social Cognitive and Affective Neuroscience, 16(3), S. 280–291. <https://academic.oup.com/scan/article/16/3/280/6020173> (05.05.2025)
- Bergquist, M., Nilsson, A., Harring & N., Jagers, S.** (2022). Meta-analyses of fifteen determinants of public opinion about climate change taxes and laws. In: Nat. Clim. Chang., 12, S. 235–240. <https://doi.org/10.1038/s41558-022-01297-6>
- Best, V., Decker, F., Fischer, S., & Küppers, A.** (2023). Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Berlin. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf> (19.05.2025)
- Bimesdörfer, K., Gobert, J, Keil, S., Ziekow, J.** (2023). Gute Bürgerbeteiligung – Leitlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Im Auftrag des BMUV (Hrsg.). Berlin. <https://www.bmuv.de/download/leitlinien-fuer-gute-buergerbeteiligung-qualitaetssicherung> (16.04.2025)
- BMEL** (2024). Ernährungsstrategie. Berlin. <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsstrategie/ernaehrungsstrategie.html> (10.02.2025)
- BMF** (2022). Rede des Bundesministers der Finanzen. Berlin. <http://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-des-bundesminiswters-der-finanzen-christian-lindner-2008596> (10.02.2025)
- BMI** (2024a). Strategie „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“. Berlin. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/wehrhafte-demokratie/statgie-demokratie/statgie-demokratie-node.html> (10.04.2025)
- BMI** (2024b). Desinformation als hybride Bedrohung. Berlin. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/desinformation/artikel-desinformation-hybride-bedrohung.html> (29.04.2025)
- BMI** (2024c). Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien. Berlin https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ministerium/ggo.pdf?__blob=publicationFile&v=15 (29.04.2025)
- BMI** (o.D.). Maßnahmen der Bundesregierung gegen Desinformation. Berlin. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/desinformation/massnahmen-der-bundesregierung.html> (29.04.2025)
- BMI** (o. D.). Methoden und Techniken – SWOT-Analyse. Berlin. https://www.orghandbuch.de/Webs/OHB/DE/OrganisationshandbuchpNEU/4_MethodenUndTechniken/Methoden_A_bis_Z/SWOT_Analyse/swot_analyse_node.html (10.02.2025)
- BMUV** (2019). Klimawandel: Informationen bewerten, Wissen aufbauen – Umwelt im Unterricht. Berlin. <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/klimawandel-informationen-bewerten-wissen-aufbauen> (17.04.2025)
- BMUV** (2020). Umweltpolitik für eine nachhaltige Gesellschaft. Nachhaltigkeitsbericht des Bundesumweltministeriums zur Umsetzung der 2030-Agenda der Vereinten Nationen. Berlin. http://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umwelt_nachhaltige_gesellschaft_bf.pdf (10.02.2025)
- BMUV** (2021a). Spezial: Lehr- und Aktionspaket Klimawandel – Umwelt im Unterricht. Berlin. <https://www.umwelt-im-unterricht.de/woechenthemen/spezial-lehr-und-aktionspaket-klimawandel> (17.04.2025)
- BMUV** (2023). Grundsätze und Prinzipien des Bildungsangebots. Berlin. <https://www.bmuv.de/buergerservice/bildung/grundsaeetze> (10.02.2025)
- BMUV** (2024a). Aufgaben und Struktur. Berlin. <https://www.bmuv.de/ministerium/aufgaben-des-bmuv/aufgaben-und-struktur> (15.04.2025)
- BMUV** (2024b). Umwelt im Unterricht. Berlin. <http://umwelt-im-unterricht.de/> (10.02.2025)
- BMUV** (2024c). Umwelt im Unterricht – Populismus und Umweltschutz. Berlin. <http://www.umwelt-im-unterricht.de/wochenthemen/populismus-und-umweltschutz> (10.02.2025)
- BMWK** (2023). Klimaschutzprogramm der Bundesregierung 2023. Berlin. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/klimaschutz/20231004-klimaschutzprogramm-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (10.02.2025)
- Böhmelt, T.** (2021). Populism and the Environmental Performance. In: Global Environmental Politics, 21(3), S. 97-123. https://doi.org/10.1162/glep_a_00606
- Bündnis Bürgerenergie (o.D.)**. Was ist Bürgerenergie? <https://www.buendnis-buergerenergie.de/buergerenergie/was-ist-buergerenergie> (10.02.2025)

- Carral, U., Tuñón, J., & Elías, C.** (2023). Populism, cyberdemocracy and disinformation: analysis of the social media strategies of the French extreme right in the 2014 and 2019 European elections. In: *Humanit Soc Sci Commun*, 10(23). <https://doi.org/10.1057/s41599-023-01507-2>
- Chan, E.Y., & Lin, J.** (2022). Political ideology and psychological reactance: how serious should climate change be? In: *Climatic Change*, 172(17). <https://doi.org/10.1007/s10584-022-03372-5>
- Daggett, C.** (2018). Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: *Millennium*, 47(1), S. 25-44. <https://doi.org/10.1177/0305829818775817>
- Decker, F.** (2006). Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker F. [Hrsg.] *Populismus – Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 9-32. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90163-3_1 (19.05.2025)
- Decker, O., Kiess, J., & Brähler, E.** (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. In: EFBI Policy Paper, 2023-2. <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-2-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie.html> (15.04.2025)
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (Hrsg.)** (2024). Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Psychosozial-Verlag, Gießen. <https://www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf> (20.05.2025)
- Denk, A., & Siebert, J.** (2024). Grüne Eliten gegen den Volkswillen: Populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/populismus_factsheet_v2.pdf (15.04.2025)
- Detsch, C.** (2024). Des Klimas Gretchenfragen. Wie sich beim sozial-ökologischen Umbau gesellschaftliche Barrieren überwinden und skeptische Milieus an Bord holen lassen – Länderbericht Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Berlin. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/bruessel/21176.pdf> (19.05.2025)
- Diehl, P.** (2017). Was ist Populismus? Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/260878/was-ist-populismus/> (15.04.2025)
- Dorn, F., Gstrein, D., Neumeier, F., & Peichl, A.** (2023). Die Mittelschicht in Deutschland: Zugehörigkeit, Entwicklung und Steuerlast. In: *Ifo Schnelldienst*, 08/2023, S. 29-36. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2023-08-dorn-gstrein-neumeier-peichl-mittelschicht.pdf> (19.05.2025)
- Dörre, K.** (2020). In der Warteschlange: Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Westfälisches Dampfboot Verlag, Münster
- Düben, A.; Zetek, U.; Ivleva, D.; Lell, O.; Dasch, S. (2025). Methodenkoffer: Umweltpolitik im Dialog - wie erreichen wir die schwer Erreichbaren? Formatentwicklung und Methodenreflektion aus dem Vorhaben „Umweltpolitik im Dialog - Umwelt / Demokratie / Populismus“. Zwischenbericht. Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.). Dessau-Roßlau. <https://doi.org/10.60810/openumwelt-7929>**
- Ebert, O., & Vogt, S.** (2023). Zivilgesellschaft in Ostdeutschland – wie Staat und Stiftungen demokratisches Engagement gemeinsam stärken können. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin. <http://www.b-b-e.de/newsletter/bbe-newsletter/archiv/newsletter-nr-19-vom-2892023/ebert-vogt-zivilgesellschaft-in-ostdeutschland/#Inhalt3> (10.02.2025)
- Eichenauer, E., Reusswig, F., Meyer-Ohlendorf, L., & Lass, W.** (2018). Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: O. Kühne & F. Weber (Hrsg.). *Bausteine der Energiewende*, S. 633–651. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19509-0_32
- Ende, M.A., van den Wardekker, J.A., Mees, H.L.P., Hegger, D.L.T., & Vervoort, J.M.** (2021). Towards a climate-resilient future together. A toolbox with participatory foresight methods, tools and examples from climate and food governance. Utrecht University Repository. <https://dspace.library.uu.nl/handle/1874/401872> (20.05.2025)
- Europäische Kommission** (2024). Impact Assessments. Brüssel. https://commission.europa.eu/law/law-making-process/planing-and-proposing-law/impact-assessments_en (10.02.2025)
- Eversberg, D.** (2018). Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48(190), S. 43–54. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.31>
- Eversberg, D.** (2022). Klimarassismus – neue Polarisierung oder ‚innerimperiale Kämpfe reloaded‘? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.] *Wissen schafft Demokratie. Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“*. Band 11, Jena, S. 70–79. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD11/Beitrag_Dennis_Eversberg.pdf (20.05.2025)
- Ewen, C., Horelt, MA.** (2019). Die Bühnen der Beteiligung. In: Radtke, J., Canzler, W., Schreurs, M., Wurster, S. (Hrsg) *Energiewende in Zeiten des Populismus. Energietransformation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26103-0_13
- Fröhlich, P., Mannewitz, T., & Ranft, F.** (2021). Die Übergangenen: Strukturschwach & Erfahrungsstark – Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation. Das Progressive Zentrum/Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin/Bonn. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18522.pdf> (19.05.2025)
- Götze, S., & Joeres, A.** (2020). Die Klimaschmutzlobby – Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen. Piper, München

- Hagemeyer, L., Faus, R., & Bernhard, L.** (2024). Vertrauensfrage Klimaschutz – Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen. In: FES Diskurs, Januar 2024 . <https://www.fes.de/vertrauensfrage-klimaschutz> (19.05.2025)
- Heinze, A.-S.** (2020). Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in den Landesparlamenten. Nomos, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783748908104>
- Heyen, D., & Schmitt, L.** (2024). Akzeptanzfaktoren klimapolitischer Maßnahmen – Synthese politisch relevanter Forschungsergebnisse und Schlussfolgerungen. Öko-Institut, Freiburg. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/PolicyBrief-Akzeptanz.pdf> (19.05.2025)
- Heyen, D. A., Cludius, J., Fischer, C., Hanke, G., Kenkmann, T., Schumacher, K., Unger, N., Richter, B., Stieß, I.** (2025). Eckpunkte einer sozialen Umwelt- und Klimapolitik. Synthese und Schlussfolgerungen des Projekts „Soziale Aspekte von Umweltpolitik“. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/60_25_texte.pdf (19.06.2025)
- Hillje, J.** (2021). Propaganda 4.0 – Wie rechte Populisten unsere Demokratie angreifen. Dietz Verlag, Bonn
- Hillje, J.** (2024). Social Media: Die digitale Dominanz der AfD brechen! In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2024(2). <http://www.blaetter.de/ausgabe/2024/februar/social-media-die-digitale-dominanz-der-afd-brechen> (26.03.2025)
- Jacob, K., Guske, A.-L., Weiland, S., Range, C., Pestel, N., Sommer, E., Pohlmann, J.** (2016). Verteilungswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumente – Endbericht. Texte 73/2016. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-01-11_texte_73-2016_abschlussbericht_verteilungswirkungen_final.pdf (20.05.2025)
- Jacob, K., Schaller, S., Carius, A.** (2020). Populismus und Klimapolitik in Europa. In: Kaeding, M., Müller, M., Schmäler, J. [Hrsg.] Die Europawahl 2019. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29277-5_25
- Jost, P., Mack, M., & Hillje, J.** (2024). Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse der Berichterstattung über das Heizungsgesetz – und was wir politisch daraus lernen können. Das Progressive Zentrum/Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Berlin/Mainz. <https://www.progressives-zentrum.org/publication/heizungsgesetz-2024-aufgeheizte-debatte/> (19.05.2025)
- Kenkmann, T., Cludius, J., Hünecke, K., Schumacher, K., Stieß, I., Friedrich, T., Nitschke, L., Raschewski, L., Meemken, S., Beermann, A.-C.** (2024). Soziale Aspekte von Umweltpolitik im Bedürfnisfeld Wohnen – Status quo: Gesellschaftliche Trends und bestehendes Instrumentarium. Texte 44/2024. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/44_2024_texte_soziale_aspekten.pdf (20.05.2025)
- Klein, A., Schwalb, L., Ruhbaum, C., Fricke, C. & Grotewold, L.** (2020). Klimaschutz als Gestaltungsaufgabe für die Zivilgesellschaft: Eine Einführung in den Themenschwerpunkt. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33(1), S. 67-90. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0007>
- Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis** (2024). Energiesteckbrief 2023. <https://www.kreis-sim.de/Klimaschutz/Ziele-Motto-und-Konzept/Energiesteckbrief> (29.04.2025)
- Kulin, J., Johansson Sevä, I., & Dunlap, R. E.** (2021). Nationalist ideology, rightwing populism, and public views about climate change in Europe. In: Environmental Politics, 30(7), S. 1111–1134. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09644016.2021.1898879>
- Lamberty, P., & Nocun, K.** (2023). It's a money industry, ok? It's a hoax – Verschwörungserzählungen im Kontext der Klimakrise. In: Meilicke, T.; Strobel, C. [Hrsg.]. Aufgeheizt –Verschwörungserzählungen rund um die Klimakrise. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 45–73
- Leue, V. (2019):** Renaturierung im Ruhrgebiet. Von der Kloake zum Paradies. In: Deutschlandfunk Kultur. [https://www.deutschlandfunkkultur.de/renaturierung-im-ruhrgebiet-von-der-kloake-zum-paradies-100.html%20\(16.07.2025\)](https://www.deutschlandfunkkultur.de/renaturierung-im-ruhrgebiet-von-der-kloake-zum-paradies-100.html%20(16.07.2025)
- Leuser, L., & Weiss, D.** (2020). Transformationen kommunizieren – Ein Beitrag zur Umsetzung transformativer Umweltpolitik. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_88-2020_transformationen_kommunizieren_-_ein_beitrag_zur_umsetzung_transformativer_umweltpolitik.pdf (19.05.2025)
- van der Linden, S., Roozenbeek, J., & Compton, J.** (2020). Inoculating Against Fake News About Climate Change. In: Front. Psychol., 2020(11). <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2020.566790>
- Lockwood, M.** (2018). Right-wing populism and the climate change agenda. Exploring the linkages. In: Environmental Politics, 27(4), S. 712-732. <https://doi.org/10.1080/09644016.2018.1458411>
- Ma, Y., Dixon, G., & Hmielowski, J.D.** (2019). Psychological reactance from reading basic facts on climate change– The role of prior views and political identification. In: Environmental Communication, 13(1), S. 71–86. <http://doi.org/10.1080/17524032.2018.1548369>
- Matthey, A., Mutert, T., & Richter, M.** (2018). Bessere Gesetze durch mehr Transparenz der Gesetzesfolgen. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/180702_uba_pos_gesetzesfolgenabsschaetzung_bf.pdf (20.05.2025)
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L.** (2023). Triggerpunkte – Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp, Berlin
- Mau, S.** (2024). Ungleich vereint – Warum der Osten anders bleibt. Suhrkamp, Berlin

- McCright, A. M., & Dunlap, R. E.** (2011). The Politicization of Climate Change and Polarization in the American Public's Views of Global Warming, 2001–2010. In: *The Sociological Quarterly*, 52(2), S. 155–194. <https://doi.org/10.1111/j.1533-8525.2011.01198.x>
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs)** (2024). JIM-Studie 2024: Jugend, Information, Medien. https://mpfs.de/app/uploads/2024/11/JIM_2024_PDF_barrierearm.pdf (20.05.2025).
- Melloh, L., Rawlins, J., & Sippel, M.** (2022). „Übers Klima reden“ – Wie Deutschland beim Klimaschutz tickt. Wegweiser für den Dialog in einer vielfältigen Gesellschaft. *Climate Outreach*. <https://www.moreincommon.de/publikationen/uebers-klima-reden/> (20.05.2025)
- Menezes, R.G., & Barbosa Jr. R.** (2021). Environmental governance under Bolsonaro. Dismantling institutions, curtailing participation, delegitimising opposition. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 15(2), S. 229–247. <https://doi.org/10.1007/s12286-021-00491-8>
- Miehlke, M.** (2021). Kleine Anfragen der AfD im Thüringer Landtag: zwischen rechten Identitätsthemen, Protestthemen-Piraterie und autoritären Gegenangriffen auf die Zivilgesellschaft und Demokratie. In: *IDZ, Wissen schafft Demokratie*, 2021(10), S. 64–79. <https://doi.org/10.19222/202210/06>
- aus dem Moore, N., Brehm, J., Breidenbach, L., Eilers, L., Gruhl, H., Kaeding, M., & Thiel, P.** (2024). Soziale Aspekte der Umweltpolitik Teilvorhaben II: Gewinnung von Daten. Umweltbundesamt, Texte 82/2024, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/82_2024_texte_soziale_aspekte_der_umweltpolitik.pdf (19.05.2025)
- Mudde, C.** (2014). The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition*, 39(4), S. 541–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Mudde, C.** (2016). The Study of Populist Radical Right Parties. C-REX Working Paper, University of Oslo. <https://www.sv.uio.no/c-rex/english/publications/working-paper/Cas%20Mudde:%20The%20Study%20of%20Populist%20Radical%20Right%20Parties.pdf> (20.05.2025).
- Müller, J.-W.** (2016). Was ist Populismus? In: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 7(2), S. 187–201. <https://doi.org/10.3224/zpth.v7i2.03>
- NABU** (2024). NABU und Populismus. Berlin. <http://imperia.verbandsnetz.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/240404-hintergrund-nabu-populismus.pdf> (10.02.2025)
- Nachreiner, M., Laufer, D., Belakhdar, T., & Koch, U.** (2020). Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung – zielgruppenorientiert und wirkungsorientiert! Abschlussbericht, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-06-29_texte_118-2020_umweltbildung-bne.pdf (20.05.2025)
- Nagel, L.** (2022). Vom Gefahren- zum Chancennarrativ. Wie Klimakommunikation psychologische Barrieren gegenüber nachhaltigem Handeln überwinden kann. IASS Discussion Paper, Potsdam. http://www.cobenefits.info/wp-content/uploads/2022/04/IASS-Discussion-Paper_Vom-Gefahren-zum-Chancennarrativ.pdf (20.05.2025)
- Otteni, C., & Weisskircher, M.** (2022). AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 35(2), S. 317–335. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0022>
- pollytix** (2024). Gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung von Umweltpolitik – Segmentspezifische Analysen. Abschlussbericht: Gesellschaftliche Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen II – Im Auftrag des BMUV. http://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_um21_16_0070_akzeptanz_umweltpolitik_bf.pdf (19.05.2025)
- Quent, M., Richter, C., & Salheiser, A.** (2022). *Klimarassismus – Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. Piper, München
- Radtke, J., Canzler, W., Schreurs, M., & Wurster, S.** (2019). *Energiewende in Zeiten des Populismus*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-26103-0>
- Redenius, P., Gromball, L. E., & Heinrichs, H.** (2023). Nachhaltigkeitsprüfungen in Kommunen. Kurzgutachten (06/2023). Leuphana Universität. <https://pubdata.leuphana.de/server/api/core/bitstreams/ddca26c9-54b7-46a7-a58e-10930ada5512/content> (20.05.2025)
- Rensmann, L.** (2006). Populismus und Ideologie. In: Decker, F. [Hrsg.] *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 59–80. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90163-3_3
- Repenning, J., Schumacher, K., Bergmann, T., Blanck, R., Böttcher, H., Bürger, V., Cludius, J., Cook, V., Emele, L., Jörß, W., Hennenberg, K., Hermann, H., Loreck, C., Ludig, S., Matthes, F., Nissen, C., Scheffler, M., Wiegmann, K., Zell-Ziegler, C., ... & Wirz, A.** (2019). Folgenabschätzung zu den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen der Sektorziele für 2030 des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung – Endbericht. Öko-Institut, Freiburg. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Folgenabschätzung-Klimaschutzplan-2050-Endbericht.pdf> (20.05.2025)
- Reusswig, F., Lass, W., & Bock, S.** (2020). Abschied vom NIMBY – Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, 33(1), S. 140–160. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0012>
- Reusswig, F., Küpper, B., & Rump, M.** (2021). Propagandafeld. Klima. In: Zick, A.; Küpper, B. [Hrsg.]: *Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Dietz Verlag, Bonn, S. 262–282. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=78925&token=eb588a6bb6d9b528b8f13b53c5f3642cf896db55> (20.05.2025)

- Reusswig, F., & Küpper, B.** (2023). Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In: Zick, A.; Küpper, B.; Mokros, N. [Hrsg.]: Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Dietz Verlag, Bonn, S. 289–314. <https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eab=dae3e0fd> (20.05.2025).
- Richter, C., Klinker, F., & Salheiser, A.** (2022). Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie – Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“. Band 11, S. 80–93. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD11/IDZ_WsD_11_290722.pdf (20.05.2025).
- Richter, C. Patz, J. Marschner, N. Salheiser, A.** (2024). Klimaschutzregression: Angriffe auf Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Middel, M. [Hrsg.]. Varianzen des Zusammenhalts – Historisch und transregional vergleichende Perspektiven. Campus, Frankfurt, S. 293–312
- Schäfer, A., & Zürn, M.** (2021). Die demokratische Regression. Suhrkamp, Berlin
- Schipperrges, M., Denk, A., Jakob, K., & Ivleva, I.** (2024). Umweltpolitik im Dialog: Umwelt / Populismus / Demokratie – Ergebnisse des Arbeitspakets 1: Wissenschaftliche Grundlagen. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltpolitik-im-dialog-umwelt-populismus> (10.02.2025)
- Schroeder, W., Greef, S., Elsen, J. T., & Heller, L.** (2020). Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts – Interventionsversuche und Reaktionsmuster. In: OBS-Arbeitsheft 102. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH102_Rechtspopulismus.pdf (20.05.2025)
- Selk, V., Kemmerzell, J., & Radtke, J.** (2019). In der Demokratiefalle? Probleme der Energiewende zwischen Expertokratie, partizipativer Governance und populistischer Reaktion. In: Radtke, J. Canzler, W. Schreurs, M. Wurster, S. [Hrsg.]. Energiewende in Zeiten des Populismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 31–66. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-26103-0>
- Semsrott, A.** (2024). Machtübernahme – Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren. Eine Anleitung zum Widerstand. Droemer Verlag, München
- Sharp, H. et al.** (2020). Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformation. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation> (10.03.2025)
- Sommer, B., Schad, M., Kadelke, P., Humpert, F., & Möstl, C.** (2022). Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze. Oekom Verlag, München
- Spitzner, M., Hummel, D., Stieß, I., Alber, G., & Röhr, U.** (2020). Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen – Abschlussbericht. Texte 30/2020, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/interdependente-genderaspekte-der-klimapolitik> (29.04.2025)
- Statistisches Bundesamt** (2025). Gut 4 % der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren in Deutschland sind offline. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/IT-Nutzung/_inhalt.html (29.04.2025)
- Staud, T., & Reimer, N.** (2021). Deutschland 2050 – Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird. Kiepenheuer & Witsch, Köln
- Straßburger, G., & .** (2014). Partizipation kompakt – Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Beltz Juventa, Weinheim
- Sturm, G.** (2020). Populismus und Klimaschutz – Der AfD-Klimadiskurs. In: Soziologiemagazin, 13(2), S. 69–92. <https://doi.org/10.3224/soz.v13i2.06>
- Tagesspiegel** (2024, 18. März). Flut von Klagen und Anfragen: AfD wird für Gerichte und Ministerien zur Belastungsprobe. <https://www.tagesspiegel.de/politik/flut-von-klagen-und-anfragen-afd-wird-fur-gerichte-und-ministerien-zur-belastungsprobe-11382646.html> (15.04.2025)
- Théodore, T., Jan, M., & Sattelmayer, L.** (2024). More Than Symbols: The Effect of Symbolic Policies on Climate Policy Support. OSF Preprints. https://doi.org/10.31219/osf.io/qjg85_v3 (15.04.2025)
- UBA** (2025). 2024 erstmals alle Grenzwerte zur Luftqualität eingehalten. Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/2024-erstmals-alle-grenzwerte-zur-luftqualitaet> (29.04.2025).
- Vehrkamp, R. & Merkel, W.** (2020). Populismusbarometer 2020 – Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. <https://doi.org/10.11586/2020044>
- Wolff, F., Brohmann, B., Fischer, C., Griefhammer, R., Gsell, M., Heyen, D. A., Jacob, K., Graaf, L., Pregernig, M., Espinosa, C., Potthast, T., Meisch, S., Kerr, M., Richerzhagen, C., Bauer, S., Brandi, C., Büttner, H., Fleischer, C., & Dorn, T.** (2019). Perspektiven für Umweltpolitik: Ansätze zum Umgang mit neuartigen Herausforderungen. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/perspektiven-fuer-umweltpolitik-ansaezte-umgang> (20.05.2025).

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BaköV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
BASE	Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BfS	Bundesamt für Strahlenschutz
BITV	Barrierefreiheitsverordnung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesfinanzministerium
BMBFSFJ	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUKN	Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMWE	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Bundespresseamt)
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
EU	Europäische Union
FARN	Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz
GEG	Gebäudeenergiegesetz
IÖW	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
KI	Künstliche Intelligenz
RENN	Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien
SDGs	Sustainable Development Goals
SFA	Strategiefolgenabschätzung
SIA	Social Impact Assessment
UBA	Umweltbundesamt

Wir bedanken uns herzlich und ausdrücklich bei allen Teilnehmer*innen der fünf Strategiewerkstätten. Ihre Vorschläge, Ideen und Meinungen sind maßgeblich in die Erarbeitung der Handlungsfelder und -ansätze eingeflossen.



► **Unsere Broschüren als Download**

Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.x.com/umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt/